



Petitionsausschuss

25.10.2022

BERICHT ÜBER EINEN ARBEITSBESUCH

im Anschluss an die Informationsreise vom 23. bis 25. Februar 2022 zum Mar Menor, Murcia (Spanien), im Zusammenhang mit der Umweltzerstörung des Mar Menor

Petitionsausschuss

Mitglieder der Delegation:

Tatjana Ždanoka	(NI) (Delegationsleiterin)
Loránt Vincze	(PPE)
Michal Wiezik	(Renew)
Kosma Złotowski	(ECR)

Mitglieder ex officio:

Dolors Montserrat	(PPE)
Marco Ros Sempere	(S&D)
María Soraya Rodríguez Ramos	(Renew)
Jorge Buxadé Villalba	(ECR)
Sira Rego	(The Left)

Inhalt

Einleitung.....	4
Petitionen und Petenten.....	4
Resümee der Treffen.....	5
Mittwoch, 23. Februar 2022 (11.00 bis 13.30 Uhr).....	5
Treffen mit den Petenten	5
Fragen und Antworten.	12
Mittwoch, 23. Februar 2022 (15.00 bis 16.30 Uhr).....	17
Treffen mit den regionalen Behörden von Murcia	17
Mittwoch, 23. Februar 2022 (16.45 bis 18.15 Uhr).....	23
Treffen mit lokalen Behörden	23
Fragen und Antworten.	27
Mittwoch, 23. Februar 2022 (18.30 bis 20.00 Uhr).....	33
Treffen mit spanischen Behörden	33
Fragen und Antworten.	36
Donnerstag, 24. Februar 2022 (10.00 bis 13.45 Uhr).....	41
Besuch in den betroffenen Gebieten des Mar Menor	41
Donnerstag, 24. Februar 2022 (15.00 bis 16.30 Uhr).....	41
Treffen mit Wissenschaftlern	41
Fragen und Antworten.	45
Donnerstag, 24. Februar 2022 (16.45 bis 18.15 Uhr).....	48
Treffen mit sozialen Organisationen	48
Fragen und Antworten.	51
Donnerstag, 24. Februar 2022 (18.15 bis 20.00 Uhr).....	53
Treffen mit Unternehmens- und Gewerkschaftsorganisationen	53
Fragen und Antworten.	57
Freitag, 25. Februar 2022 (09.00–10.30 Uhr).....	61
Treffen mit den Sprechern der Fraktionen des Regionalparlaments	61
Fragen und Antworten.	64
Freitag, 25. Februar 2022 (10.45 bis 12.15 Uhr).....	66
Treffen mit Experten und Fazit	66
Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	72
Schlussfolgerungen.....	72
Empfehlungen.....	73

Maßnahmen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene	73
Maßnahmen im Zusammenhang mit EU-Richtlinien	78
ANGABEN ZUR ANNAHME IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS.....	81
NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS	82

Einleitung

Der Informationsbesuch in Spanien vom 23. bis 25. Februar 2022 wurde vom Petitionsausschuss gemäß Artikel 228 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments organisiert und vom Präsidium am 4. Oktober 2021 genehmigt. Ziel dieses Informationsbesuchs war es, von den zuständigen spanischen Behörden, Petenten, verschiedenen Experten, Bürgerplattformen und Nichtregierungsorganisationen Informationen über die Umweltsituation des Mar Menor, einer Salzwasserlagune an der Mittelmeerküste in der Region Murcia im Südosten Spaniens, zu erhalten.

Die Delegationsleiterin erklärte, sie und die anderen Mitglieder seien sich durchaus der Tatsache bewusst, dass es sich bei der Umweltsituation des Mar Menor um ein vielschichtiges Problem handle, das alle Ebenen der Verwaltung betreffe, von der lokalen über die regionale und nationale bis hin zur europäischen Ebene. Dies sei der Grund, weshalb man sich mit diesem Informationsbesuch zum Ziel gesetzt habe, aus erster Hand Informationen über die verschiedenen Aspekte der Umweltprobleme zu erhalten und zu erfahren, wie man sie angehen könne und wie die europäischen Institutionen dazu beitragen könnten, die Situation in den Griff zu bekommen, bevor sie unumkehrbar werde. Die Delegationsleiterin teilte auch allen Gesprächspartnern der Delegation die feste Absicht der Delegation mit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die notwendigen Empfehlungen auszusprechen, um allen beteiligten Institutionen zu ermöglichen, bei der Lösung der Umweltprobleme des Mar Menor zusammenzuarbeiten.

Petitionen und Petenten

Anlass für diesen Informationsbesuch bilden die folgenden Petitionen, und die Delegation traf sich am ersten Tag ihres Aufenthalts in Murcia mit den Petenten:

- **Petition Nr. 0886/2016**, eingereicht von T. M. M., spanischer Staatsangehörigkeit, zur Verschlechterung des Ökosystems in der Lagune Mar Menor in Murcia
- **Petition Nr. 1168/2016**, eingereicht von Isabel Rubio Perez, spanischer Staatsangehörigkeit, im Namen der Ecologistas en Acción de la Región Murciana, zur Erhaltung des Mar Menor (Spanien)
- **Petition Nr. 1095/2018**, eingereicht von Mario Ginés Pérez Cervera, spanischer Staatsangehörigkeit, im Namen der PSOE Los Alcázares, zum Missbrauch von für integrierte territoriale Investitionen für das Mar Menor in Murcia vorgesehenen Mitteln
- **Petition Nr. 1059/2019**, eingereicht von José Luis Álvarez-Castellanos Rubio, spanischer Staatsangehörigkeit, im Namen von Izquierda Unida-Los Verdes de la Región de Murcia (Vereinigte Linke – die Grünen der Region Murcia) zur Verschmutzung und zur Verschlechterung der Umweltbedingungen des Mar Menor
- **Petition Nr. 1331/2019**, eingereicht von D. R. H., spanischer Staatsangehörigkeit, zu Umweltdelikten in der Lagune Mar Menor in Murcia
- **Petition Nr. 0756/2020**, eingereicht von V. A. M., spanischer Staatsangehörigkeit, zu Umweltdelikten am Mar Menor in Murcia

Resümee der Treffen

Mittwoch, 23. Februar 2022 (11.00 bis 13.30 Uhr)

Treffen mit den Petenten

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses dankt Tatjana Ždanoka allen Petenten und ihren Vertretern für ihre Teilnahme an dem Treffen und für die Darlegung ihrer Ansichten zu diesem Thema. Zunächst stellt Frau Ždanoka die Mitglieder der Delegation vor und erteilt dann den Petenten das Wort.

- Zur **Petition 0886/2016** ergreift Santiago Pérez Blaya, der den Petenten Manuel Macanás vertritt, das Wort. Zunächst dankt er dem Petitionsausschuss für die ihnen gewährte Möglichkeit, die aktuelle Situation des Mar Menor darzustellen. Nach 30 Jahren kontinuierlicher Umweltzerstörung hätten eine Vielzahl von Interessenträgern, von Umweltverbänden über Bürgerinnen und Bürger bis hin zu den Medien auf die Geschehnisse hingewiesen. Er ist der Ansicht, dass die zuständigen Behörden sie ignoriert hätten. Die Situation der Rambla del Albuñón habe sich verschlechtert, und sie hätten dies aus erster Hand miterlebt, da sie dort wohnten. Im Jahr 2004 habe das Abflusssystem der nahegelegenen Entsalzungsanlage versagt, und das Problem sei bis heute nicht behoben worden. Es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis das maritime Ökosystem zerstört würde, und leider sei dieser Zeitpunkt nun gekommen. Die Angelegenheit sei vor Gericht gebracht worden, wo die Richter schließlich entschieden hätten, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht das Recht hätten, die von ihnen vorgebrachten Forderungen zu stellen. Die Verschlechterung des Zustands der Strände um das Mar Menor sei bereits vor 2016 offensichtlich gewesen, als das Mar Menor sich durch die Vermehrung von Algen in „eine riesige grüne Suppe“ verwandelt habe. Die Einleitung des Abwassers sei fortgesetzt worden und die Kläranlagen hätten nicht richtig funktioniert. Sowohl Bürger als auch Organisationen hätten aufgezeigt, woher die Verschmutzung käme und wer dafür verantwortlich sei. Sie hätten auch Vorschläge gemacht, was getan werden sollte, um die Umweltsituation wieder ins Gleichgewicht zu bringen, und welche Maßnahmen in wirtschaftlicher Hinsicht ergriffen werden sollten. Er ist der Ansicht, dass die wesentlichen Gründe für die Verschlechterung der Situation nach den Überschwemmungen im September 2019 und der Anoxie im Oktober 2019 klar zu erkennen gewesen seien. Die sozialen Bewegungen hätten weiterhin Druck ausgeübt und festgestellt, dass die Verwaltungen weder die Gesetze angewandt noch die Verursacher sanktioniert hätten. Er führt aus, dass alle beteiligten Verwaltungen bei der Lösung dieses Problems zusammenarbeiten sollten. Weiterhin führt er aus, die EU solle eine größere Rolle bei der Erholung des Mar Menor spielen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass einige der in diesem Gebiet durchgeführten Projekte mit EU-Geldern finanziert werden. Zunächst führt der Petent an, dass die Kläranlagen immer noch Wasser in das Mar Menor einleiten würden und dass es keine Becken oder Reservoirs zum Auffangen von Regenwasser gebe. Bei starken Regenfällen müsse dieses Regenwasser ohne ein geeignetes Netz zum Auffangen und Aufbereiten direkt abgepumpt werden. Nach der Aufbereitung könne das Wasser aufgrund des hohen Anteils an Salzsedimenten nicht für die Bewässerung verwendet werden. Daher müsse es entweder mit Wasser höherer Qualität gemischt oder in das Mar Menor eingeleitet werden, ohne die große Menge der enthaltenen Nitrate zu extrahieren. Die Verwaltung hätte eine Lösung finden müssen, die seiner Meinung nach recht einfach sei: In diesen Wasseraufbereitungsanlagen müsse

sowohl eine Denitrifikationszone als auch eine Entsalzungsanlage eingerichtet werden. Die EU solle dies genauer im Auge behalten, um Straffreiheit für den Fall zu verhindern, dass die Verwaltungen ihrer Verantwortung nicht nachkommen, und die Institutionen, die die EU-Mittel auszahlen, sollten überprüfen, ob die Ziele der von ihnen finanzierten Projekte erreicht werden. Da die Infrastruktur veraltet sei und nicht ausreichend gewartet würde und die Zahl der in der Nähe lebenden Menschen, vor allem im Sommer, exponentiell zunehme, verschärfe sich die Umweltzerstörung in der Lagune dramatisch. Verschmutztes Wasser werde sowohl in den Grundwasserleiter als auch in das Mar Menor gepumpt, und es seien mehr Investitionen seitens der lokalen Behörden erforderlich, um die städtischen Abwasserentsorgungssysteme zu verbessern. Die Landwirtschaft sei in den letzten Jahren zum bedeutendsten Wirtschaftsbereich im Becken des Mar Menor geworden und solle einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung unterzogen werden. Er ist der Meinung, dass es nicht genügend Kontrollen der Landbewässerung gebe und dass die Bürgerinnen und Bürger keinen Zugang zu Informationen über den Umfang der in diesem Gebiet festgestellten illegalen Bewässerung hätten. Was die Menschen wütend mache, sei, dass einige der beanstandeten Projekte mit Mitteln der Europäischen Union finanziert würden. Die EU könne nicht behaupten, sie sei nicht handlungsfähig, ebenso wenig wie die zentralen und regionalen Behörden. Er schließt seine Ausführungen, indem er dem Petitionsausschuss nochmals dafür dankt, nach Murcia gekommen zu sein.

- Zur **Petition 1168/2016** ergreift Isabel Rubio Perez das Wort. Sie vertritt die spanischen Organisationen Ecologistas en Acción de la Región Murciana, Asociación de Naturalistas del Sureste (ANSE) und Federación de Asociaciones de Vecinos de Cartagena y Comarca (FAVCAC) sowie den Fischerverband des Mar Menor. Zunächst dankt sie dem Petitionsausschuss für seinen Besuch in Murcia und gibt eine Einführung zum Mar Menor, indem sie erklärt, wo es sich befindet und dass es die größte Salzlage Europas ist. Sie erläutert auch, dass der Bergbau in der Vergangenheit und die Landwirtschaft in der Vergangenheit und in der Gegenwart für die Verschlechterung des Mar Menor verantwortlich seien, da die Abwässer und Stoffe aus diesen industriellen Aktivitäten durch die Wasserläufe, die „ramblas“, in das Mar Menor geleitet würden, das als Auffangbecken fungiere. Das Wasser des Mar Menor sei salzhaltiger als das des Mittelmeers, da es durch eine Sandbank, La Manga genannt, isoliert sei. Es gebe drei Öffnungen, durch die das Wasser zwischen dem Mar Menor und dem Mittelmeer zirkulieren könne, zwei künstliche und eine natürliche. Bis vor Kurzem sei das Wasser des Mar Menor aufgrund der klimatischen Bedingungen in Murcia – wenig Regen und Verdunstung aufgrund der hohen Temperaturen im Sommer – oligotroph (d. h. nährstoffarm) und sehr klar gewesen. Diese Eigenschaften hätten die Entstehung eines einzigartigen Ökosystems für die in diesem Lebensraum lebenden Arten begünstigt, von denen einige vom Aussterben bedroht seien. Das Mar Menor und sein Ökosystem seien durch Gesetze auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene geschützt. Es sei ein Symbol für die Region Murcia und sehr wichtig für das wirtschaftliche Einkommen, das es in den Bereichen Tourismus und traditionelle Fischerei ermögliche. Frau Perez führt aus, dass es außerdem starke emotionale Bindungen der Menschen gebe, die in diesem Gebiet leben. Bis 2015 sei das Wasser zwar verschmutzt, aber immer noch transparent gewesen. Im Jahr 2016 sei die erste große Eutrophierungsepisode aufgetreten, gefolgt von einem riesigen Fischsterben im Jahr 2019 und dann einem weiteren, viermal größeren, im August 2021. Die Petentin erläutert auch die historische Entwicklung des Gebiets, von den kleinen Dörfern, die in den 1960er-Jahren existierten und von Landwirtschaft und Fischerei lebten, bis hin zum Wandel der Wirtschaft, die sich auf den Tourismus, den Bau

zahlreicher Zweitwohnungen in dem ländlichen Gebiet und die intensive Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen stütze. Die Abfälle der Bergbauindustrie in Cartagena-La Union hätten weitere Auswirkungen auf das Mar Menor gehabt. All dies verändere die Hydrodynamik des Mar Menor und seinen Salzgehalt, und aufgrund der Trübung des Wassers seien neue Arten ins Mar Menor gelangt. Sie kritisiert auch die chaotische Stadtplanung von La Manga del Mar Menor mit ihren riesigen Gebäuden. Im Umkreis von 70 Kilometern um das Mar Menor seien 10 Freizeithäfen gebaut worden, die oft als Hindernisse für die Meerwasserströmung wirkten und die Schlammansammlung begünstigten. All dies sei sehr gravierend, aber der letzte Gnadenstoß für dieses Ökosystem sei die Entwicklung der intensiven industriellen Landwirtschaft gewesen. Dies habe die Eutrophierung des Wassers verstärkt und das Mar Menor an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Die Fertigstellung eines riesigen Infrastrukturprojekts zur Einleitung von Wasser aus dem Fluss Tajo in den Fluss Segura habe einen Wandel in der Landwirtschaft bewirkt. Der traditionelle unbewässerte Anbau von Getreide und Olivenbäumen sei durch Gemüse und bewässerte Obstbäume ersetzt worden, die mehrmals im Jahr geerntet würden und für deren Anbau große Mengen an Wasser, Düngemitteln und Pestiziden benötigt würden. Da diese Bewirtschaftung rentabler sei, werde die traditionelle Landschaft der Terrassenlandwirtschaft zerstört. Nach den Feststellungen der Petentin dürften mehr als 10 000 Hektar landwirtschaftliche Fläche nicht mit dem aus dem Fluss Tajo umgeleiteten Wasser bewässert werden. Die Confederación Hidrográfica del Segura, die zuständige Wasserbehörde, habe mindestens 8 500 Hektar landwirtschaftlicher Grundstücke ohne Bewässerungsrecht festgestellt. Darüber hinaus erklärt die Petentin, dass das Wasser aus den Grundwasserleitern auch genutzt und durch chemische Stoffe aus der Landwirtschaft verschmutzt werde. Sie erklärt, einige Untersuchungen hätten ergeben, dass sich im Untergrund von Campo de Cartagena 300 000 Tonnen Nitrate befänden. Dieses Wasser sei brackig und müsse entsalzt werden, wenn es wiederverwendet werden solle. Die Rückstände dieses Prozesses, d. h. die Salzlake, sowie alle chemischen Substanzen seien in das Mar Menor eingeleitet worden, obwohl dies verboten sei. Derzeit laufe ein Strafverfahren gegen zwei hochrangige Beamte und 39 landwirtschaftliche Unternehmen wegen Umweltvergehen im Mar Menor im Zusammenhang mit der illegalen Bewässerung und der Einleitung von Salzlake. Im Jahr 2001 habe der Verband der Petentin bei der Europäischen Union eine Klage wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie in Murcia, insbesondere in Campo de Cartagena, eingereicht. Die Regionalregierung habe das Gebiet zu einem gefährdeten Gebiet erklärt, dies habe jedoch nicht verhindert, dass sich das Problem verschlimmert habe, da keine wirksamen Maßnahmen ergriffen worden seien. Im Jahr 2019 habe die Regionalregierung eine neue Karte der Gebiete erstellt, in denen Nitrate Schäden verursachen. Die Petentin kritisiert, dass keine Maßnahmen an der Quelle der Verschmutzung ergriffen würden. Aus dem Bericht der Europäischen Kommission vom Oktober 2021 gehe hervor, dass die Region Murcia zu den am stärksten verschmutzten Regionen in Europa gehöre. Der Großteil der in das Mar Menor verklappten chemischen Substanzen komme über die Rambla del Albuñón, die eigentlich trocken sein müsse, sowie über den Grundwasserleiter. All dies habe zu einem Anstieg der Eutrophierung des Mar Menor geführt, wobei das exponentielle Wachstum von Mikroalgen und Phytoplankton im Jahr 2016 zum Absterben von 80 % der Seegraswiesen geführt habe. Die Eutrophierung sei auch der Grund für den Sauerstoffmangel, der zu einem massiven Fischsterben in den Jahren 2019 und 2021 geführt habe. Im Oktober 2019 hätten 55 000 Menschen in Cartagena demonstriert, im Oktober 2021 dann 70 000 Menschen in Murcia. Die gewaltigen Schäden seien durch die Umleitung der Wasserläufe, die Veränderungen

in der Landwirtschaft und die Ausbreitung von Gewächshäusern noch verschlimmert worden, so die Petentin. Die Eutrophierung habe zu einer Krise in der traditionellen Fischerei geführt, da der Meeresboden so stark verändert und verschmutzt sei, sowie zu einem Verfall der Preise für Wohnungen in dem Gebiet, die um 40 % gesunken seien, was sich auch auf die Tourismusbranche auswirke. Die Petentin ist der Ansicht, dass diese Schäden teilweise hätten begrenzt werden können, wenn die regionalen Behörden im Jahr 2001 nicht von dem Gesetz zum Schutz und zur Harmonisierung der Nutzungen des Mar Menor abgewichen wären. Sie hätten auch die Nitratrichtlinie und die Richtlinie zur Einrichtung des Netzes „Natura 2000“ einhalten müssen. Es sei von wesentlicher Bedeutung, die landwirtschaftlichen Aktivitäten einzuschränken, Teile der von der intensiven Landwirtschaft genutzten Flächen wieder zu begrünen und die weitere Erschließung und Bebauung zu verhindern. Darüber hinaus sollten bestimmte Jachthäfen beseitigt und die Gebiete wieder zu öffentlichen maritimen Küstenzonen erklärt werden. Die vertretenen Organisationen prangern die Art und Weise an, in der die regionalen Behörden EU-Mittel verwendet haben, ohne nennenswerte Ergebnisse zu erzielen, und erklären, dass die kürzlich angekündigten Maßnahmen nicht ordnungsgemäß evaluiert worden seien. Sie bemängeln auch, dass die Beteiligungsorgane, wie der Rat für das Mar Menor, noch nicht eingerichtet worden seien. Die Petentin hofft, dass die Delegation des Parlaments dazu beiträgt, die Verwendung von EU-Mitteln besser zu kontrollieren und zu überwachen, um die Entwicklung neuer Infrastrukturen oder wirtschaftlicher Aktivitäten, mit denen das Mar Menor geschädigt werden könnte, zu verhindern, und zwar im Einklang mit dem Verursacherprinzip, und erklärt, dass naturnahe Investitionen getätigt werden sollten. Sie erklärten, dass sie dreimal nach Brüssel gereist seien und bisher leider keine Maßnahmen feststellen konnten.

- Zur **Petition 1095/2018** ergreift María José Benzal als Vertreterin für PSOE Los Alcázares das Wort. Die Petentin kritisiert, dass die Mittel für integrierte territoriale Investitionen im Jahr 2014 zur Unterstützung der Erholung des Mar Menor unsachgemäß verwendet worden seien, da der 2016 gebaute und eingeweihte Regenwasserspeicher, der mehr als 1 Million Euro gekostet habe, aufgrund von Konstruktionsfehlern und nicht funktionierender Pumpen nicht funktionsfähig sei. Daher sei das Ziel der Mittel nicht erreicht worden. Sie informiert die Delegation über verschiedene Expertenberichte, die sich mit der Angelegenheit befasst hätten. Sie erklärt, dass aufgrund der bei der Inbetriebnahme festgestellten Mängel schon in den ersten Tagen klar gewesen sei, dass der Tank nicht richtig funktioniere. Die Trennung von Wasser und Abwasser funktioniere nicht richtig, und wenn der Regenwasserspeicher voll gewesen sei, habe sich das Regenwasser mit den Abwasserrückständen vermischt. Die Pumpen hätten eigentlich abschalten und den Speicher schließen sollen, wenn er 70 % seines Fassungsvermögens erreicht hätte, aber dies funktioniere nicht und die Pumpen liefen weiter. Wenn der Speicher voll sei, laufe er in das Abwassersystem über, und das verschmutzte Wasser gelange in das Mar Menor. Die Petentin erläutert auch andere Mängel beim Bau dieser Infrastruktur. Die Petentin prangert die schlechte Verwaltung der EU-Mittel durch die regionalen Behörden in der Stadtverwaltung von Los Alcázares an. Nitrate würden aus dem Regenwasserspeicher in das Mar Menor überlaufen, auch wenn es nicht regne, so die Petentin.
- Zur **Petition 1059/2019** ergreift José Luis Álvarez-Castellanos Rubio das Wort als Vertreter von Izquierda Unida-Verdes de la Región de Murcia. Er heißt die Delegation in der Region Murcia willkommen. Er erklärt, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner

der Region große Hoffnungen in diesen Besuch gesetzt hätten. Er kritisiert, dass die ersten Petitionen zu diesem Thema im Jahr 2016 eingereicht worden seien und der Petitionsausschuss erst im Jahr 2022 zu einem Besuch in die Region gekommen sei. Er bittet die Delegationsmitglieder, sich genau anzuhören, was die Menschen in Murcia sagen, von den Fischern bis zu den Bewohnern der Umgebung des Mar Menor, als Bürger, die ihre Region vertreten. Er sagt, dass die Regionalregierung ihnen nicht zugehört habe. Was im Mar Menor geschehen sei, sei größtenteils darauf zurückzuführen, dass die Behörden, vor allem die Regionalregierung, ihrer Verpflichtung zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt gemäß Artikel 55 der spanischen Verfassung nicht nachgekommen seien. Auch das Vorsorgeprinzip, der Grundsatz der Vorbeugung von Umweltverschmutzung an ihrer Quelle und das Verursacherprinzip, welche die Grundlage der EU-Umweltgesetzgebung bilden, seien nicht beachtet worden. Die derzeitige Situation entspreche weder der spanischen Verfassung noch der EU-Politik, so der Petent. Der Petent weist darauf hin, dass dieser Besuch für viele Bürgerinnen und Bürger möglicherweise die einzige Gelegenheit sei, das Europäische Parlament aus erster Hand über dieses Problem zu informieren, während die öffentlichen Verwaltungen andere Möglichkeiten hätten, ihre Botschaft zu vermitteln. Er ist der Ansicht, dass die Regionalregierung das Mar Menor nicht nur nicht vor Belastungen und Verschmutzung geschützt, sondern auch bewusst zu seiner Verschlechterung beigetragen habe. Die Regionalregierung habe der Entwicklung bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten im Gebiet des Mar Menor Vorrang eingeräumt, wie z. B. dem Baugewerbe, der intensiven Landwirtschaft und der intensiven Schweinehaltung, ganz zu schweigen von den Bergbauaktivitäten in den 1970er- und 1980er-Jahren, die eine Schwermetallverschmutzung verursacht hätten und noch immer verursachen. Der Petent führt aus, das Hauptproblem sei die intensive Landwirtschaft in der Region, die die Quelle für die großen Mengen an Nitraten darstelle, die in das Mar Menor gelangten und zu einer Eutrophierung des Wassers geführt hätten. Laut Herrn Esteve, einem Experten, dessen Ausführungen die Mitglieder der Delegation bei einer späteren Sitzung hören könnten, stammten fast 85 % der Nitrate in der Lagune aus der intensiven Landwirtschaft in der Umgebung von Campo de Cartagena. Aus diesem Grund vertritt der Petent die Auffassung, dass Lösungen in Form von Kontrollen dieser Aktivitäten an der Quelle geschaffen werden sollten. Dabei handle es sich um objektive Fakten und nicht um Meinungen, so der Petent. Der Petent erklärt, die Delegationsmitglieder würden hören, dass die derzeitigen landwirtschaftlichen Methoden viel weniger umweltschädlich seien und weniger Wasser benötigten als die früheren Methoden. Darüber lasse sich streiten. Tatsache sei jedoch, dass die bewässerten landwirtschaftlichen Flächen auf 50 000 oder 60 000 Hektar angewachsen seien, während in dem Plan für Campo de Cartagena lediglich 36 000 Hektar vorgesehen gewesen seien. Hinzu komme, dass fast 90 % der Schweinehaltungsbetriebe und die von ihnen verwendeten Gülletanks für Schweineexkremate nicht den für sie geltenden Vorschriften entsprächen. So sei man mit der Tatsache konfrontiert, dass die Regionalregierung nicht gehandelt habe und ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sei. Der Petent verweist auf den Fall Topillo, der derzeit vor dem Gericht von Murcia verhandelt werde und in dem der Staatsanwalt festgestellt habe, dass die Hauptursache für die Verschmutzung die Untätigkeit der früheren regionalen Behörden in der Zeit von 1999 bis 2015 gewesen sei. Deren Prognosen seien nicht realistisch gewesen, sie habe die Einleitung von Düngemitteln in das Mar Menor nicht verhindert. Schließlich befinde sich die Regionalregierung seit 1995 in denselben Händen und habe die Vorschriften zum Schutz der Umwelt im Mar Menor systematisch ignoriert. Der Petent konzentriert sich auf die Einhaltung der Nitrat- und der

Habitat-Richtlinie, die 1996 in spanisches Recht umgesetzt worden seien. Seit 1987, als das erste Gesetz zum Schutz der Lagune verabschiedet worden sei, habe die Regionalregierung alles getan, um zu versuchen, von diesem Gesetz abzuweichen. Es sei kein perfektes Gesetz gewesen, aber es habe einen Wendepunkt für den Schutz des Mar Menor bedeuten können. Einige Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes habe die Regionalregierung eine Verfassungsklage dagegen eingereicht, und als 2001 dieselbe politische Partei an die Macht gekommen sei, habe sie das Gesetz aufgehoben. Die Regionalregierung habe das Bodengesetz eingebracht, das eine Bestimmung enthalten habe, die es allen Gemeinderäten erlaubt habe, viel mehr Bauvorhaben zu genehmigen, zum Beispiel den Bau von Zweitwohnungen. Dies sei eine verpasste Gelegenheit gewesen, so der Petent. Darüber hinaus sei das Gesetz 4/1992 über den Schutz des Territoriums der Region Murcia nicht eingehalten worden, in dem geregelt gewesen sei, dass bestimmte Teile des Mar Menor und der Inseln Schutzgebiete seien, die einem Plan zur Harmonisierung der natürlichen Ressourcen hätten unterworfen werden müssen. Der Plan zur Verwaltung der natürlichen Ressourcen sei nie verabschiedet worden. Nach 27 Jahren Bürokratie und Untätigkeit habe sich die Errichtung illegaler Entsalzungsanlagen im Campo de Cartagena offensichtlich auf das Mar Menor ausgewirkt, und erst im Dezember 2019 sei das Mar Menor zu einem durch Nitratverschmutzung gefährdeten Gebiet erklärt worden. Der Petent fordert, dass die Aktionspläne der EU von der Regionalregierung umgesetzt werden. Im Jahr 2001 sei das Becken zu einem gefährdeten Gebiet erklärt worden, 2003 sei der erste Aktionsplan verabschiedet worden, der nach drei Jahren hätte überarbeitet werden sollen, aber bei allen Aktionsplänen sei es bis heute zu ungerechtfertigten Verzögerungen gekommen. Im Jahr 2007 sei die Erstellung eines Überwachungs- und Kontrollplans mit einem Ausschuss vorgeschlagen worden, der erst im Dezember 2019 eingerichtet worden sei. Seitdem habe dieser Ausschuss nur einmal getagt. Der Petent verweist auf eine chronologische Übersicht, aus der die Delegationsmitglieder die Nachlässigkeit der Regionalregierung ersehen könnten. Der Petent weist darauf hin, dass 1995, als eine schwere Dürre geherrscht habe, den Landwirten gestattet worden sei, Wasser aus dem Untergrund zu extrahieren, was zur Errichtung einer Vielzahl von illegalen Entsalzungsanlagen geführt habe. Die meisten Abfallprodukte aus diesem Prozess seien über viele Jahre hinweg illegal im Mar Menor verklappt worden. Dies sei eine der Hauptursachen für die Verschmutzung der Lagune und habe den größten Teil der Fauna und der Meeresbodenflora in diesem Gebiet zerstört, die es der Lagune ermöglichten, sich selbst zu regulieren. Die Frage sei, was angesichts dieser Situation zu tun sei. Die Nachlässigkeit und die Untätigkeit der Regionalregierung könne so nicht weitergehen, so der Petent. Auch der Wasserverband des Flusses Segura und die Zentralregierung seien zeitweise für diese Situation mitverantwortlich gewesen. Der Petent skizziert zwei alternative Lösungsansätze: Fortsetzung der öffentlichen Investitionen und Infrastrukturarbeiten zum Schutz der Lagune nach dem Verursacherprinzip und Eingreifen an der Quelle der Verschmutzung, d. h. Abbau von Flächen mit intensiver Landwirtschaft und Reduzierung der in das Mar Menor eingeleiteten Nitrat- und Phosphatmengen. Er erklärt, dass Flächen neu begrünt und die Wasserläufe wiederhergestellt werden müssten. All dies sei im Gesetz zum Schutz des Mar Menor enthalten, das 2020 verabschiedet, aber noch nicht umgesetzt worden sei. Die Europäische Kommission habe die Bedeutung der Bekämpfung der Verschmutzung des Mar Menor an der Quelle betont und nach dem Besuch von Kommissar Sinkevičius im September 2021 in einem Schreiben dringende Maßnahmen ergriffen.

- Zur **Petition 1331/2019** ergreift Diego de Ramón Hernández das Wort. Einleitend erklärt er, dass er Naturforscher und europäischer Bürger sei. Er sagt, dass wir seit mehr als 30 Jahren über die Institutionen, die nicht gehandelt haben, und die Monopole, die zur Zerstörung der Schönheit des Mar Menor und seiner Rolle als Teil der Identität der Menschen in Murcia geführt haben, sprechen würden. Er erklärt, dass er sieben Jahre alt gewesen sei, als er das erste Mal im Mar Menor schwimmen gewesen sei. Bis 1985 sei er jeden Sommer in dem schönen klaren Wasser geschwommen, wo man die Fische um sich herum habe sehen können. Er sagte, dass es in der Europäischen Union keine Umweltkatastrophe geben dürfe. In Spanien gebe es ein Vakuum, wenn es um den Schutz von Umwelt-Whistleblowern gehe. Der Petent betont, dass er weder eine politische Partei noch eine Wirtschaftsorganisation vertrete. Er kritisiert die Tatsache, dass Menschen die Schuld trügen; er spreche von Menschen und nicht von Institutionen. Er betont, dass laut einem Buch, das er der Vorsitzenden übergeben werde, die Region Murcia von der Europäischen Union Millionen von Euro erhalten habe. Von 2000 bis 2014 habe die Region Murcia 111 Millionen Euro für den Umweltschutz des Mar Menor erhalten. Zwischen 2014 und 2020 seien es 1,3 Milliarden Euro gewesen. Wenn dieses Geld richtig ausgegeben worden wäre, würde es nicht 300 000 Tonnen Nitrate in der Lagune geben. Die Genehmigung von Bauvorhaben habe dazu geführt, dass sich die Bevölkerungszahl in dem Gebiet verdoppelt habe. Ein weiteres Problem sei die Frage des Verbots von Düngemitteln. Der ehemalige Umweltkommissar Karmenu Vela habe 2016 erklärt, dass Spanien die EU-Umweltgesetzgebung in Bezug auf das Mar Menor (die Habitat- und Nitrat-Richtlinie) nicht eingehalten habe. Der Petent fordert ein Moratorium für den Bau von Häusern in der Nähe des Mar Menor. Er wirft die Frage auf, wohin die EU-Gelder geflossen seien und wie sie ausgegeben worden seien. Die Umweltschäden, die durch die viermalige Ernte pro Jahr in der Landwirtschaft verursacht würden, seien ein weiteres zu berücksichtigendes Element. Diese beiden Faktoren seien die Hauptursachen für die Verschlechterung des Mar Menor. Der Petent ist der Ansicht, dass dies überprüft und die Verantwortlichen bestraft werden müssten, und zwar nicht die Institutionen, sondern die dafür verantwortlichen Einzelpersonen. Das Mar Menor müsse als heiliges Gut respektiert werden. Die von ihm vorgestellte Petition beziehe sich auf europäisches Recht (Gebiete von gemeinschaftlichem Interesse, besondere Schutzgebiete für Vögel und andere). Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) habe in einem seiner Urteile festgestellt, dass es im Zusammenhang mit Umweldelikten möglich sei, strafrechtliche Sanktionen zu verhängen. Nach Ansicht des Petenten sei die missbräuchliche Verwendung von EU-Geldern die Ursache für die Verschlechterung des Zustands des Mar Menor. Der Petent bittet den Petitionsausschuss, die juristischen Dienste des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission hinsichtlich der Möglichkeit der Verhängung strafrechtlicher Sanktionen für diese Umweltverbrechen zu befragen. Der Petent erklärt, dass der Name des Mar Menor angesichts der derzeitigen Situation ebenso gut in „Totes Meer“ geändert werden könnte.
- Zur **Petition 0756/2020** ergreift Victoria Alcaraz Marín das Wort. Sie erklärt, dass die Menschen genug von schönen Worten und guten Absichten hätten. Sie wollten, dass alle Verantwortlichen aktiv werden und zusammenarbeiten. Ihre Stadt, Los Alcázares, sei ein einladender Ort mit warmem, kristallklarem Salzwasser zum Schwimmen gewesen. Jetzt sei es ein trauriges Dorf. Es bemühe sich, aus seiner Depression herauszukommen, aber es gelinge ihm nicht. Die Einwohner würden zitternd in den Himmel schauen und auf Regen warten. Sie würden auf das Meer blicken, und da das Mar Menor tot sei, seien viele Leute weggezogen. Sie sagt, es müsse gehandelt werden. Als gewöhnliche Bürgerinnen und

Bürger verstünden sie die von Experten und Behörden vorgelegten technischen Berichte nicht. Das mangelnde Verständnis und die fehlende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungen und Verwaltungen sei eine der Hauptursachen für diese Situation. Die Petentin sagt, sie wolle, dass das Mar Menor wieder das werde, was es einmal war, nämlich ein Naturparadies. Die Natur habe es den Menschen freiwillig geschenkt, und die Menschen hätten es zerstört. Die Behörden müssten zusammenarbeiten und politische Streitigkeiten beiseitelassen. Die Einhaltung des EU-Rechts solle untersucht werden, und wenn sich herausstelle, dass dagegen verstoßen worden sei, solle der Petitionsausschuss entsprechende Maßnahmen ergreifen. Man dürfe die Menschen im Mar Menor nicht allein lassen. Die Petentin fordert das Europäische Parlament auf, die spanischen Verwaltungen zu überwachen, die bewilligten Mittel und die Fristen für deren Verwendung zu überprüfen und die Arbeit der zuständigen Behörden zu kontrollieren. Sie fordert, dem Mar Menor zu helfen und seine Bevölkerung nicht zu vergessen.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Frau Ždanoka erinnert die Petenten daran, dass der Petitionsausschuss aufgrund der Pandemie nicht früher habe kommen können und dass die Aktivitäten im Zusammenhang mit den Informationsbesuchen im Europäischen Parlament gerade erst aufgenommen worden seien. Anschließend erteilt sie den offiziellen Mitgliedern der Delegation das Wort, beginnend mit Loránt Vincze.

Herr Vincze dankt den Petenten für ihre leidenschaftlichen Ausführungen und erklärt, dass er ihr Engagement und ihre Sorge um die Situation des Mar Menor sehr gut verstehe. Er stellt fest, dass es sich um eine sehr komplexe Situation handle. Deren verschiedene Facetten seien bereits aufgezeigt worden und müssten berücksichtigt werden. Kern des Themas sei der Umweltschutz. Aber auch der Tourismus, die Landwirtschaft, die Fischereiindustrie und die Situation im Immobilienbereich sowie andere wirtschaftliche Aktivitäten spielten alle eine Rolle. Die Situation müsse in ihrer ganzen Komplexität gesehen werden. Bei dem Versuch, ein Problem zu lösen, müsse vermieden werden, andere Probleme zu schaffen. In solchen Fällen sei es immer wichtig, das Gleichgewicht zu wahren und eine faire Lösung zu finden. Der Petitionsausschuss setze sich dafür ein, aber wie die Vorsitzende zu Recht betont habe, seien seine Mitglieder nicht dazu da, für Gerechtigkeit zu sorgen. Sie würden sich um eine korrekte Bewertung der Situation bemühen und einen Bericht verfassen. Herr Vincze bittet die Petenten um konkrete Vorschläge und fragt, ob es noch möglich sei, diese Situation umzukehren.

Daraufhin ergreift Kosma Złotowski das Wort und erklärt, er habe noch keine konkreten Fragen, da die Petenten das Problem aus vielen verschiedenen Perspektiven beschrieben hätten. Die Delegationsmitglieder seien da, um sich über die Situation zu informieren und dann einen Bericht zu verfassen. Er schlägt vor, eine Entschließung im Namen des gesamten Europäischen Parlaments zu verfassen, um auch die Europäische Kommission in diese Angelegenheit einzubeziehen. Er dankt allen Petenten für die sehr ausführliche Darstellung der Situation. Er ist der Meinung, dass umweltbezogene Lösungen möglich seien, aber sie müssten, wie Herr Vincze zu Recht gesagt habe, auf eine Weise gefunden werden, die keine Probleme in anderen Bereichen verursache.

Als er das Wort ergreift, dankt Michal Wiezik allen Petenten für die Darlegung ihrer Anliegen. Er dankt ihnen auch für ihre Beharrlichkeit, mit der sie ihre Anliegen verteidigen. Er sehe, dass die Situation komplex und problematisch sei und es viele Opfer gebe. In erster Linie sei das Mar Menor selbst das größte Opfer, doch auch die Fischer, deren Fischbestände dramatisch zurückgingen. Touristen würden wegen der schlechten Wasserqualität nicht im Mar Menor baden wollen. Immobilieneigentümer verlören Geld. Es gebe also nicht nur Umweltschäden, sondern auch wirtschaftliche Schäden. Er stellt die Frage, ob dieser Schaden zu groß sei, um sich wirklich um diese Situation zu bemühen. Er stellt fest, dass einige Petenten einen Schuldigen präsentieren und dass einige ihrer Behauptungen untersucht werden sollten, dass dies aber nicht die Aufgabe des Petitionsausschusses sei, der gekommen sei, um sich ihre Geschichten und Standpunkte anzuhören. Es scheine, dass die intensive Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Verschlechterung des Mar Menor spiele. Er fragt die Petenten, ob sie der Meinung seien, dass die Landwirtschaft sich nicht um die Auswirkungen kümmere, die sie in diesem Gebiet verursache, oder ob sie auch auf der Seite der Petenten stünde. Ob sie miteinander kooperierten oder auf entgegengesetzten Seiten stünden.

Pedro García, Direktor der ANSE, antwortet, dass er eine der Organisationen vertrete, die die Petition 1168/2016 eingereicht hätten, und dass sie im Jahr 2021 auch eine Beschwerde wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie sowie der Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie eingereicht hätten, und zwar nicht nur für das Mar Menor, sondern für die gesamte Region. Zur Beantwortung der Fragen: So habe das Modell der intensiven Landwirtschaft und der Agrarindustrie zu viele Jahre lang Tausende von Hektar illegaler Bewässerung umfasst. In der Vergangenheit habe die Branche die Schäden nicht erkannt, wie aus verschiedenen Berichten hervorgehe, in denen festgestellt werde, dass 80 % der Schadstoffe im Mar Menor aus dieser Art von Landwirtschaft stammten, wobei es sich hauptsächlich um Nitrate handele. Heute beginne die Landwirtschaft, bei der es sich ebenfalls um einen komplexen Industriezweig handle, diese Schäden zu erkennen, und versuche, zur Lösung beizutragen. Es gebe viele verschiedene Arten von Landwirten. Einige würden gute Arbeit leisten, andere nicht so sehr. Er ist der Meinung, dass das Mar Menor aus natürlichen Gründen nicht in der Lage sei, sich selbst zu regenerieren und die Schäden während der Wintermonate ohne das Eingreifen des Menschen vollständig zu beheben. Es sei zutreffend, dass die Eutrophierung hauptsächlich in der warmen Jahreszeit, also im Sommer, auftrete. Im Winter sei das Wasser an einigen Stellen relativ klar und transparent. Das Mar Menor könne sich jedoch nicht von selbst so erholen, dass es wieder seinen ursprünglichen Zustand erreichte. Die Lösung liege in den Händen der öffentlichen Hand, der Verwaltung und Teilen der Landwirtschaft. Er könne mehrere Lösungen vorschlagen, wolle aber zunächst, dass die Vorschriften und die Umweltgesetzgebung korrekt angewendet würden. Europa brauche zu lange, um zu erkennen, dass die Nitratrichtlinie nicht eingehalten werde, und habe die in der Region ausgegebenen Mittel nicht überwacht. Es gebe noch viele andere Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, wie z. B. die Wiederbegrünung und die Wiederherstellung des früheren Zustands der Gebiete um das Mar Menor. In vielen Fällen sei sein Zustand unrechtmäßig verändert worden. Während des Besuchs am folgenden Tag werde er versuchen, diese Lösungen zur Wiederbegrünung des Gebiets und zum Verbot bestimmter Nutzungsformen näher zu erläutern. Es seien nicht nur die Landwirte, die diese illegalen Maßnahmen ergriffen, sondern auch andere Akteure.

Frau Ždanoka ergreift ebenfalls das Wort und erklärt, dass die meisten Informationsbesuche

in Spanien in der Vergangenheit auch mit Umweltverschmutzung zu tun gehabt hätten. Sie habe an den Besuchen in Galicien, am Fluss Ebro und am Fluss Tajo teilgenommen. Sie fasst zusammen, dass die Petenten gesagt hätten, die Landwirtschaft sei die Hauptursache für die Verschmutzung des Mar Menor. Sie wolle, dass die Petenten die Situation mit der an den von ihr genannten Orten vergleichen und ihre Meinung dazu abgeben, bevor am nächsten Tag Experten und Wissenschaftler angehört würden.

Pedro Luengo, Vertreter von Ecologistas en Acción, antwortet, dass hier wissenschaftlich bestätigt worden sei, dass die Landwirtschaft der Hauptverursacher der Eutrophierung des Ökosystems des Mar Menor sei. Dies sei gegenwärtig das dringlichste Problem, weil es zu einer sehr schnellen Verschlechterung der Umwelt führe. Andere Auswirkungen würden durch andere Aktivitäten verursacht, die sich gegenseitig ergänzten und so zu noch größeren Schäden führten. Dennoch trage die Landwirtschaft direkt zur Verschlechterung der Lagune bei. Durch Bebauung seien einige Feuchtgebiete, die natürliche Barrieren und Filter darstellten, beseitigt worden, die einen Teil der in das Mar Menor gelangenden Nährstoffe eliminierten. Die Landwirtschaft sei zwar nicht die einzige, aber doch die wichtigste Ursache, sodass hier der dringendste Handlungsbedarf bestehe. An anderen Orten mit ähnlichen Merkmalen in Spanien, Europa oder Amerika sei das Gleiche zu beobachten: Überall dort, wo große Agrarindustrieregionen ihr Restwasser in geschlossene Feuchtgebiete ableiten würden, verursachten sie die Verschlechterung und Zerstörung des bestehenden Ökosystems.

Pedro García, Direktor der ANSE, fährt fort und antwortet, dass der Hauptgrund für den Besuch des Petitionsausschusses in Murcia wahrscheinlich das Problem der Eutrophierung sei, das ein immenses Fisch- und Algensterben verursacht habe. Er sagt, er habe andere Probleme mit anderen komplexen Ursachen lediglich angedeutet. Die EU habe dieses Problem jedoch erkannt und Spanien wegen der Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie vor den EuGH gebracht. Außerdem seien die zentralen Behörden dabei, Pläne für das hydrologische Gebiet des Flusses Segura zu erstellen, wo das Problem der Verschmutzung durch die intensive Landwirtschaft eindeutig festzustellen sei.

Im Anschluss an die Wortmeldung der begleitenden Mitglieder ergreift Jorge Buxadé das Wort und stellt klar, dass nicht alle Redner erklärt hätten, dass die Hauptprobleme in Bezug auf die Verschlechterung des Mar Menor durch die Landwirtschaft verursacht würden. Einer der Redner, der betonte, dass er nicht politisch oder ideologisch motiviert sei, habe erklärt, dass es drei Hauptursachen gebe, die alle gleich zu bewerten seien: nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die mangelhafte städtische Abfallwirtschaft und das Fehlen geeigneter Abwasserkanäle. Er spricht über die Eutrophierung, die als Tatsache angesehen werde; er erwähnt einen Bericht der Europäischen Kommission für den Zeitraum 2016–2019, in dem keine der aktuellen Umweltbeschwerden in Bezug auf das Mar Menor erwähnt werden. Er fragt, ob es zu irgendeinem Zeitpunkt Pläne gegeben habe, den Riegel, der das Mar Menor vom Mittelmeer trennt, leicht zu öffnen, damit Wasser aus dem Mittelmeer eindringen und die Umweltsituation des Mar Menor wiederherstellen könne. Die meisten Redner hätten die Landwirtschaft kritisiert, aber nur ein oder zwei hätten die Rolle der Immobiliengeschäfte und der Tourismusbranche in dem Gebiet im Hinblick auf die übermäßige Ausbeutung der Ressourcen erwähnt. Er erwähnt auch, dass das Mar Menor künstlich geschlossen worden sei. Ursprünglich sei die Lagune nicht so gewesen, wie sie sich heute darstelle. Er fragt sich, ob die Schaffung eines groß angelegten Kanals in Betracht gezogen worden sei, um zu verhindern, dass Wasser aus der Landwirtschaft in das Mar Menor gelange, anstatt einen Wirtschaftszweig zu kriminalisieren, der Tausenden von Familien in

der Region Murcia Arbeit gebe.

María Soraya Rodríguez Ramos dankt den Petenten für ihre Beiträge und ihr Engagement. Es sei notwendig, dass sich die EU stärker für die Rettung und Regeneration des Mar Menor einsetze. Sie befänden sich auf einem Besuch in einem in Europa einzigartigen Ökosystem. Dieses sei sehr empfindlich und brauche mehr Aufmerksamkeit als andere Ökosysteme, um im Gleichgewicht zu bleiben. Sie glaube nicht, dass die Petenten ihre Forderungen auf eine einzige wirtschaftliche Aktivität konzentriert hätten. Nach ihrem Verständnis gehe es nicht darum, irgendwelche Aktivitäten zu kriminalisieren. Alle Redner hätten gezeigt, dass die komplexe Situation, unter der das Mar Menor leide, durch eine Vielzahl verschiedener Aktivitäten verursacht werde. Nicht alle hätten den gleichen Einfluss auf die Verschlechterung des Zustands der Lagune. Das Problem der Eutrophierung stehe zum Beispiel in direktem Zusammenhang mit Nitraten. Durch städtische Entwicklungen und landwirtschaftliche Flächen sei der Natur Raum entzogen worden. Es gebe jedoch modernere, nachhaltigere und effizientere Möglichkeiten, das Land zu nutzen. Die Botschaft, die in Erinnerung bleiben solle, sei, dass die Situation noch umkehrbar sei.

Sira Rego dankt den Rednern für ihren gesunden Menschenverstand und die Vielfalt ihrer Meinungen und ermutigt sie, das Land zu verteidigen und den Kampf um den Schutz dieses Gebiets fortzusetzen. Ihre Beiträge würden die Präzision der Wissenschaft mit dem Gefühl derjenigen verbinden, die das Gebiet bewohnen und wüssten, wie sich die Dinge Tag für Tag entwickeln. Als Delegation des Europäischen Parlaments seien die Mitglieder in der Lage, die politischen Verantwortlichkeiten aufzuzeigen, und sie hebt hervor, dass die Redner die Verantwortung der verschiedenen zuständigen Verwaltungen bei der Bewältigung dieses Problems betont hätten. Sie sei der Meinung, dass diese Verwaltungen ihre Aufgaben nicht ausreichend erfüllt hätten. Viele rechtliche und politische Instrumente hätten genutzt werden können, seien aber nicht in die Praxis umgesetzt worden. Sie sagt, dass die Redner konkrete Maßnahmen vorgestellt hätten, die dazu beitragen würden, die Situation im Mar Menor zu entspannen, und dass diese in Betracht gezogen werden sollten. Sie fragt sich, ob es einen tatsächlichen Widerspruch zwischen Wirtschaft und Umwelt gebe, wo wirtschaftliche Aktivitäten, die scheinbar Arbeitsplätze schaffen, diese in Wirklichkeit zerstören, indem sie eine traditionelle Lebensweise und Landwirtschaft verdrängen, die viel nachhaltigere Arbeitsplätze und ein wirtschaftliches und soziales Wachstum ermöglichen könnten. Sie bittet um Fakten und Zahlen zu diesem Thema. Sie erkundigt sich auch nach dem Gerichtsverfahren in Sachen Topillo und nach dem aktuellen Stand des Verfahrens.

Marcos Ros Sempere heißt die gesamte Delegation in seiner Stadt, in seiner Region und am Mar Menor willkommen. Die Petenten und einige Fraktionen hätten seit 2019 um einen Besuch gebeten, der damals nicht möglich gewesen sei, aber jetzt sei der Petitionsausschuss hier. Es sei sehr wichtig, den Rednern zuzuhören, auch wenn er sie und das Problem gut kenne und ihnen schon viele Male zugehört habe. Es handle sich um eine vielschichtige Realität. Die verschiedenen Standpunkte ergäben mehr als eine einzige Vision. Es gebe so viele Visionen wie die mehr als 1,5 Millionen Einwohner der Region Murcia. Er sagt, sie seien hier, um die europäische Dimension dieses Problems zu untersuchen. Es gebe eine regionale Dimension, eine nationale Dimension, eine lokale Dimension, aber auch eine europäische Dimension. Das Gebiet des Mar Menor hat sechs besondere Schutzzonen, die auf EU-Richtlinien beruhen (Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie, Natura-2000-Richtlinie, Nitratrichtlinie und Wasserrahmenrichtlinie). Deren ordnungsgemäße Umsetzung müsse überprüft werden. Es seien auch EU-Mittel investiert worden, und es müsse überprüft werden,

ob sie für das verwendet worden seien, wofür sie bestimmt gewesen seien. Außerdem müssten die Grundsätze der EU-Umweltpolitik angewendet werden, insbesondere das Verursacherprinzip. Die spanische Regierung werde 485 Millionen Euro investieren, um das Gebiet der Lagune neu zu begrünen, was von der spanischen Regierung und allen Bürgerinnen und Bürgern, nicht aber von den Verursachern bezahlt werde. Er sei darüber sehr besorgt, aber wir hätten die Möglichkeit zu reagieren, da wir Teil der Legislative des Europäischen Grünen Deals und des ökologischen Wandels seien. Er sagt, es solle nach Wegen gesucht werden, einen landwirtschaftlichen Wandel herbeizuführen und das Gesellschaftsmodell in der Region Murcia so zu verändern, dass es mit dem Mar Menor vereinbar sei. Es gehe nicht darum, irgendjemanden zu verteufeln oder irgendeine wirtschaftliche Aktivität zu eliminieren, sondern darum, ein kompatibles Modell zu finden. Der Bericht des Petitionsausschusses solle einige Verantwortlichkeiten feststellen, die Ursachen für diese Situation untersuchen und mögliche Wege zur Regeneration aufzeigen. Obwohl er die derzeitige Situation pessimistisch beurteile, glaube er, dass sich das Mar Menor erholen werde. Dieser Bericht müsse sehr eindringlich sein und die Europäische Kommission dazu bewegen, ihre Verantwortung bei der Umsetzung der Umweltgesetzgebung wahrzunehmen und zu überprüfen, wofür die EU-Mittel ausgegeben worden seien. Er betont, dass der EU-Kommissar mehrfach erklärt habe, dass es wichtig sei, zuerst an der Quelle des Problems zu handeln, um die Ursachen der Verschmutzung zu beseitigen. Herr Sempere fragt, was sie von dieser Delegation fordern würden, und ob sie glauben, dass ein landwirtschaftlicher Wandel im Gebiet des Mar Menor möglich ist, der die wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Umweltschutz einer hypersalinen Lagune, wie sie es ursprünglich war, in Einklang bringt.

Ramón Pagán, Sprecher von Pacto por el Mar Menor, ist Chemieingenieur und versucht, einige der Fragen der Mitglieder von Amts wegen zu beantworten. Um ein Problem zu lösen, müsse man es zunächst einmal anerkennen, sagt er. In der Region Murcia sei das Umweltproblem der Nitratverschmutzung mehr als 20 Jahre lang nicht anerkannt worden. Dies habe nur zur Zerstörung dieses Ökosystems und zum wirtschaftlichen Niedergang der Region führen können. Die Öffnungen vom Mar Menor zum Mittelmeer seien alle offen, einschließlich der natürlichen Öffnungen im nördlichen Teil der Lagune. Weniger als 10 % des Wassers im Mar Menor werde durch diese Öffnungen erneuert. 85 % des Wassers werde durch den Estacio-Kanal erneuert. Dies habe zu einer erheblichen Verringerung des Salzgehalts in der Lagune geführt. Früher habe der Wert bei 51 g/l gelegen, jetzt liege er unter 40 g/l. Das Problem müsse gelöst und der Nitratreintrag gestoppt werden. Es dauere eineinhalb bis zwei Jahre, bis sich das Wasser des Mar Menor vollständig erneuert habe.

Jesús Gómez, Vorsitzender des Fischerverbandes des Mar Menor, möchte über seine Situation sprechen, da er aus einer Linie mehrerer Generationen von Fischern stamme. Er habe 1971 mit der Berufsfischerei im Mar Menor begonnen. In den letzten fünf Jahrzehnten habe er unter dem Niedergang der Lagune gelitten. Heute würden weder er noch seine Enkelkinder im Mar Menor schwimmen gehen. Er habe fast sein ganzes Leben lang Fisch aus dem Mar Menor gegessen, aber jetzt esse er fast keinen Fisch mehr, der aus der Lagune stamme, sagte er. Jetzt gebe es eine historische Chance, diese Situation umzukehren. Dieses Problem sei im Mar Menor, aber auch in anderen ähnlichen Ökosystemen in der Welt, wohl bekannt. Die Landwirtschaft sei nicht allein dafür verantwortlich. Die örtlichen Behörden seien dafür verantwortlich, weil die Abfallbehandlungssysteme unzureichend seien und nicht mit starken Regenfällen fertig werden könnten. Darüber hinaus würden die Stadtentwicklungspläne rund um das Mar Menor Druck auf das Gebiet ausüben. Er bittet die

Delegation, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses Problem zu lösen. Die Fangmengen seien in den letzten Jahren zurückgegangen, doch die Zahl der invasiven Arten nehme aufgrund der Eutrophierung zu. Im Jahr 1971 habe es im Mar Menor 12 kommerziell genutzte Arten gegeben. Jetzt sei nur noch eine kommerziell genutzte Art übrig. Dieses Problem betreffe ein natürliches System und belaste die Menschen in der Region.

Ramón Pagán von Pacto por el Mar Menor ergreift erneut das Wort und erklärt, er glaube, dass das Mar Menor über die nötige Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeit zur Erneuerung verfüge, um innerhalb eines angemessenen Zeitraums von fünf oder sechs Jahren zu einer besseren Situation zurückzukehren, wenn die Nitratwerte gesenkt würden. Dies sei kein hoffnungsloser Fall, aber es müsse dringend gehandelt werden. Er fordert, dass die europäischen Institutionen die erforderlichen Mittel bereitstellen, um das Problem an der Quelle zu bekämpfen und auch die Verwendung dieser Mittel zu prüfen und zu kontrollieren. Es seien Veränderungen in der Landwirtschaft erforderlich, und er fordert, dass die europäischen Institutionen diesen Weg zu einem nachhaltigeren Agrarsystem erleichtern. Das spanische Ministerium für den ökologischen Wandel habe bereits 20 Mio. EUR investiert, um diesen Wandel in der Landwirtschaft einzuleiten. Die Zukunft des Mar Menor und der Landwirtschaft im Campo de Cartagena seien miteinander verbunden. Die Zerstörung des marinen Ökosystems in der Lagune und die Zerstörung der Landwirtschaft wären eine totale Katastrophe für die Region Murcia.

Diego de Ramón Hernández, Petent der Petition 1331/2019, ergreift das Wort und erklärt, er stimme Herrn Ros Sempere zu, dass der Bericht aufzeigen müsse, wer die politische Verantwortung für diese Situation trage. Danach werde der EuGH darüber urteilen. Er sagt, er glaube, dass die Landwirte keine Kriminellen seien, die das Mar Menor verschmutzt hätten. Sie hätten ihre Arbeit mit dem Einverständnis und dem Schweigen der Behörden getan, die diese Praktiken erst ab August 2021 verboten hätten. Der Petent führt aus, dass 528 Mio. EUR verschwendet worden seien und nicht ihr Ziel erreicht hätten, von denen 111 Mio. EUR für die Sanierung des Mar Menor hätten verwendet werden müssen. Er fordert eine Prüfung durch die zuständigen europäischen Behörden für die Zeiträume 2000–2014 und 2014–2020, betreffend Finanzmittel in Höhe von 1 200 Mio. EUR.

Frau Ždanoka dankt erneut allen Petenten und ihren Vertretern für ihre Anmerkungen und versichert, dass die Delegation den zuständigen Behörden die von den Petenten aufgeworfenen Fragen unterbreite und dass der Bericht des Petitionsausschusses darauf abzielen werde, eine Lösung für diese Situation zu finden.

Mittwoch, 23. Februar 2022 (15.00 bis 16.30 Uhr)

Treffen mit den regionalen Behörden von Murcia

Aufgrund unvorhergesehener Umstände im Zusammenhang mit dem Terminplan des Präsidenten der Region Murcia wird das Treffen mit Fernando López Miras vorgezogen und findet um 13.30 Uhr statt, unmittelbar nach dem Treffen mit den Petenten.

Herr López Miras begrüßt in seinem Beitrag die Delegation des Petitionsausschusses in der Region Murcia und dankt ihr für die Aufmerksamkeit, nach Murcia zu kommen und sich aus

erster Hand ein Bild von einem Thema zu machen, das nicht nur für Murcia, sondern auch für Spanien und den Rest von Europa von großer Bedeutung sei. Er stellt die regionalen Behörden vor, die ihn begleiten und die nach der Mittagspause sprechen würden. Er erklärt, dass das Umweltproblem des Mar Menor eines der komplexesten Probleme sei, das in den letzten Jahren in der Europäischen Union aufgetreten sei. Das Mar Menor sei ein Juwel Spaniens und Europas und es sei ein Privileg der Region Murcia, zwei Meere zu haben, das Mittelmeer und das Mar Menor. Aufgrund verschiedener Umstände in den letzten Jahrzehnten sei das Mar Menor nun an einem kritischen Punkt angelangt. Es sei zwar korrekt, dass sich während der Wintersaison die Umweltparameter (Sauerstoff, Transparenz, Chlorophyll) des Mar Menor verbessern würden, aber wenn die Tage wärmer und länger würden, könne sich die Situation der vergangenen Jahre wiederholen, mit Episoden von Eutrophierung und Anoxie, die zum Tod der Fauna und Flora im Mar Menor führen könnten. Herr López Miras sagt, er glaube, dass es eine Lösung für dieses Problem gebe. Diese Lösung gehe über die Zuständigkeit einer Region hinaus. Nicht nur die nationalen Behörden, sondern auch die Europäische Union müssten sich engagieren, um diese kritische Situation zu bewältigen. Der Präsident möchte nicht über technische Lösungen sprechen, die er lieber den Experten überlasse. Er bekräftigt, dass die Regionalregierung Gesetze zu diesem Thema erlassen habe. Die Region Murcia habe die Aktivitäten, durch die das Mar Menor am stärksten belastet werde, reduziert und die Verwendung von Düngemitteln und anderen stickstoffhaltigen Substanzen eingeschränkt. Das Gesetz werde zwar durchgesetzt, aber es müssten noch weitere Mechanismen eingeführt werden. Es sei offensichtlich, dass die landwirtschaftliche Tätigkeit rund um die Lagune reguliert werden müsse. Nach Angaben des spanischen Ministeriums für den ökologischen Wandel gebe es 8 000 Hektar illegal bewässerter Felder. Nach Angaben des Regionalpräsidenten habe das Ministerium zugesagt, diese Felder unbewässert zu lassen. Die meisten Experten seien sich einig, dass das dringendste Problem des Mar Menor die große Menge an nitrathaltigem Wasser sei, das aus der Rambla del Albuñón komme. An ebendiesem Tag betrage der Durchfluss in diesem Kanal 95 Liter pro Sekunde. Langfristig müssten Maßnahmen an der Quelle ergriffen werden. Dieser Fluss von nitrathaltigem Wasser müsse jedoch sofort gestoppt werden. Dieses Wasser stamme nicht direkt aus landwirtschaftlichen Betrieben, sondern aus dem Untergrund, da der Grundwasserspiegel hoch sei. Er fordert, dass das Ministerium seinen Verpflichtungen bezüglich der Pumpensysteme nachkomme, damit das Wasser nicht mehr ins Mar Menor fließe. Er erklärt, dies sei die vordringlichste Maßnahme, und die übrigen Maßnahmen würden keine Wirkung zeigen, wenn diese Maßnahme nicht ergriffen werde. Im Laufe des Nachmittags werde der Berater für Wasser und Landwirtschaft die Delegation über die verschiedenen Maßnahmen informieren, die die Regionalregierung mit einem Budget von 85 Millionen Euro und der täglichen Überwachung und Beseitigung von Biomasse durchgeführt habe. Es seien Projekte für Bioreaktoren ausgeschrieben worden, um den Nitratgehalt des Wassers, das durch die Rambla del Albuñón fließt, zu reduzieren. In den letzten Monaten sei die Zusammenarbeit mit dem Ministerium und der spanischen Regierung zustande gekommen. Er bittet darum, einen dringenden Appell an die EU zu richten, sich zusammen mit den anderen Ebenen der öffentlichen Verwaltung mit Mitteln und konkreten Maßnahmen für den Schutz und die Erhaltung des Mar Menor einzusetzen. Er ist überzeugt, dass dieser Besuch zur Lösung dieses komplexen Problems beitragen werde.

Der Rest des Treffens mit den regionalen Behörden findet zur vereinbarten Zeit statt und beginnt um 15.00 Uhr. Nach der Vorstellung der Delegation des Petitionsausschusses übergibt Frau Ždanoka das Wort an Antonio Luengo Zapata, Regionalrat für Wasser, Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Umwelt.

Luengo Zapata heißt die Delegation in der Region Murcia willkommen und erklärt, es sei wichtig, dass die Delegation objektiv und genau wisse, was im Mar Menor passiere. Es sei wichtig, anzuhören, was die Wissenschaftler und Experten zu sagen haben. Der Berater stellt der Delegation sein Team vor und erklärt, dass sie in vier verschiedenen Blöcken erläutern würden, was die Regionalregierung unternahme, um dieses Problem zu lösen. Zunächst fasst er die Hauptursachen für die Belastung des Mar Menor zusammen und erläutert dann die Strategien und Pläne, die von der Region Murcia umgesetzt würden. Unter den Mitgliedern der Delegation werden zwei Dokumente verteilt: die Präsentation, die der Berater halten würde, und die *Strategie des integrierten Managements der Küstengebiete des Mar Menor* (Aktion 1). Dieses Dokument enthalte den Strategieplan für die Erholung des Mar Menor. Diese Strategie sei unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Wissenschaft und der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen verabschiedet worden. Aktion 2 beziehe sich auf den rechtlichen, finanziellen und branchenspezifischen Verpflichtungsrahmen. Aktion 3 betreffe die Überwachung, den wissenschaftlichen Ausschuss und die gesellschaftliche Beteiligung. Im Fazit werde dann auf die wichtigsten Maßnahmen der Regionalregierung eingegangen. Eine der Hauptursachen für die Belastung des Mar Menor sei die Landwirtschaft. In der Nähe des Mar Menor gebe es etwa 121 000 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Eine weitere Quelle der Belastung sei die städtische und industrielle Entwicklung sowie der Tourismus. Auch der Bergbau führe zu einer Belastung der Lagune, und schließlich verursachten auch die Sedimente und Schlämme selbst ein großes Ungleichgewicht im Ökosystem. Die Regionalregierung habe im Laufe der Jahre daran gearbeitet, das Problem zu erkennen, es zu diagnostizieren und Lösungen zu finden. Der Redner unterscheidet drei gut abgegrenzte Gebiete nach ihrer Lage in Bezug auf die Wassermasse. Im Bereich der Landwirtschaft würden von den vorhandenen 121 000 Hektar 80 000 Hektar bewirtschaftet. 56 000 Hektar dürften bewässert werden. Die Präsentation zeige, wie die einzelnen Parzellen genutzt würden. Was die Viehzucht betreffe, so zeige die Präsentation, wo sich die wichtigsten Viehzuchtbetriebe befänden. In der Umgebung des Mar Menor wurden 460 Betriebe ermittelt. Einige davon seien weit entfernt, würden jedoch zu einer erheblichen Belastung führen. Aus diesem Grund sei auf regionaler Ebene eine strenge Regelung erlassen worden, um die Abdichtung aller Tierhaltungsanlagen sicherzustellen, damit kein Stickstoff in den Grundwasserleiter gelange. Eine weitere Belastung sei das hohe piezometrische Niveau des Grundwassers; es fließe ein beträchtlicher Wasserstrom an der Oberfläche und im Untergrund, vor allem durch die Rambla del Albuñón. Dieser kontinuierliche Fluss entstehe, weil das Niveau des Grundwasserleiters sehr hoch sei, und führe dazu, dass Süßwasser mit einer hohen Nährstoffkonzentration in das Mar Menor fließe. Es komme auch zu einem unterirdischen Wasseraustausch. Nach Ansicht von Experten und Wissenschaftlern müsse unbedingt gehandelt werden, um das Niveau des Grundwasserleiters zu senken, da der Grundwasserleiter voller Nährstoffe sei, die zu einer Verschlechterung des Ökosystems des Mar Menor führten. Der Redner erwähnt den Plan der Nullableitung der spanischen Zentralbehörden, der den Bau einer Leitung vorsehe, die das Wasser aus der Rambla del Albuñón aufnehmen und nach Norden ableiten solle, wo es wiederverwendet oder ordnungsgemäß aufbereitet und in das Mittelmeer geleitet werden könne. Für eine weitere, bereits gebaute Leitung werde derzeit die Genehmigung für die Ableitung des Wassers in den Süden erwartet, wo es gemäß EU-Rechtsvorschriften aufbereitet und in das Mittelmeer geleitet werden solle. Was die städtischen und industriellen Aktivitäten betreffe, so seien von den 125 000 Hektar des Gebiets des Beckens 18 000 Hektar abgedichtet, da sich darauf städtische und industrielle Gebäude und Straßeninfrastrukturen befänden. Alle Anrainergemeinden würden über ein angemessenes Abwassernetz mit Kläranlagen verfügen,

die effizient arbeiteten, um sicherzustellen, dass kein verschmutztes Wasser in das Mar Menor fließe. Der Bergbau habe in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt und zur industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region und des ganzen Landes beigetragen. Die damals angewandten Techniken hätten eine Reihe von hochriskanten Bergwerksteichen und große Mengen an Mineralien hinterlassen, die sich in den Flussbetten abgelagert hätten und in das Mar Menor gelangen könnten. Auch der Tourismus habe Auswirkungen auf das Mar Menor. Entlang der Küste seien aufgrund der Nachfrage im 20. Jahrhundert elf Jachthäfen gebaut und zahlreiche künstliche Strände angelegt worden, und aus dem nördlichen Teil von La Manga sei Sand entnommen und auf die verschiedenen Strände verteilt worden. Abschließend geht der Referent auf die Eutrophierungskrise ein. Der Fluss des Oberflächen- und Grundwassers sei die Hauptursache für diese spezifische Krise. Das erste Eutrophierungsereignis habe im Sommer 2016 stattgefunden und das Gleichgewicht des Ökosystems gefährdet. In der Folge habe es eine relativ schnelle Erholung gegeben, als der Zufluss aus der Rambla del Albuñón gestoppt worden sei. Die wissenschaftliche Gemeinschaft habe Alarm geschlagen und festgestellt, dass das Gleichgewicht des Ökosystems sehr schwach sei. Es seien zwei Hauptrisiken zu berücksichtigen: die sintflutartigen Regenfälle, die einen erheblichen Wasserzufluss in das Mar Menor mit vielen Sedimenten verursacht hätten, und der Temperaturanstieg. Im Jahr 2019 sei es in dem Gebiet zu den schwersten sintflutartigen Regenfällen der letzten Jahrzehnte gekommen. Dies habe zu einem enormen Wasserzufluss in die Lagune geführt, der etwa 10 % des Volumens der Lagune ausgemacht habe, und zu einer Anoxie, die das erste große Fischsterben im nördlichen Teil der Lagune verursacht habe. Im Jahr 2021 habe der Temperaturanstieg und der hohe Nährstoffgehalt zu einer weiteren Eutrophierungskrise im südlichen Teil geführt.

Juan Faustino Martínez Fernández, stellvertretender Direktor für Naturerbe und Klimawandel, ergreift das Wort. Er beschreibt das Mar Menor als das Naturjuwel der Region Murcia. Als größte Salzwasserlagune Europas habe es nationale und europäische Bedeutung, mit 21 Habitaten von EU-Interesse, mit einer Reihe von gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und 13 Schutzgebieten, darunter sieben aus dem EU-Netz „Natura 2000“. Er führt aus, dass die von der Regionalregierung ergriffenen Maßnahmen auf einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Beratung beruhen, die sich auf die besten verfügbaren Daten aus der Umweltüberwachung stützen, die von Universitäten, Forschungszentren und öffentlichen Verwaltungen erhoben würden. Es gebe drei Säulen, auf die sich diese Maßnahmen stützten: wissenschaftliche Erkenntnisse, Beteiligung der Öffentlichkeit und administrative Koordination. Der Redner präsentiert eine Zeitleiste, aus der sich ergebe, dass bereits vor der Episode der „grünen Suppe“ im Juli 2016 eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der grünen Filter im Gebiet des Mar Menor gegründet worden sei. Ebenfalls im Juli 2016 sei der Wissenschaftliche Beirat des Mar Menor gegründet worden. Dieser Ausschuss habe 2017 einen Bericht verabschiedet, in dem die Ursachen der Eutrophierungskrise dargelegt würden. Ein weiterer wichtiger wissenschaftlicher Meilenstein sei die Gründung der Beobachtungsstelle für das Mar Menor im Juni 2021 gewesen, die dem Institut für Agrar- und Umweltforschung und -entwicklung von Murcia unterstellt sei, um alle Maßnahmen der verschiedenen Universitäten und wissenschaftlichen Gruppen in Bezug auf die Lagune zu koordinieren. Auch die Beteiligung der Öffentlichkeit sei von entscheidender Bedeutung, angefangen bei bestehenden Einrichtungen wie dem Regionalen Umweltbeirat oder dem Verwaltungsrat des Regionalparks San Pedro del Pinatar bis hin zu Ad-hoc-Gremien wie dem Ausschuss für soziale Teilhabe des Mar Menor oder der Website „Canal Mar Menor“, auf der alle öffentlichen Dokumente über die Lagune verfügbar seien. Was die administrative Koordination anbelange, so gebe es eine ressortübergreifende Kommission des Mar Menor,

die alle regionalen Organisationen koordiniere, die über Zuständigkeiten bei der Entwicklung von Projekten und Aktionen im Zusammenhang mit dem Mar Menor verfügten. Außerdem gebe es die verwaltungsübergreifende Kommission des Mar Menor, die monatlich zusammenkomme und in der die zuständigen lokalen, regionalen und zentralen Behörden vertreten seien. Darüber hinaus gebe es ein Abkommen zwischen der Zentralregierung und der Regionalregierung (2013-2018), das zur Ausarbeitung des Plans der Nullableitung geführt habe. Die Redner legen die von der Regionalregierung beschlossenen Strategien und Pläne detailliert dar, die in der Präsentation enthalten seien. Die wichtigste Strategie sei dabei die integrierte Verwaltungsstrategie für das Küstengebiet des Mar Menor. Außerdem gebe es einen integrierten Managementplan für die Schutzgebiete des Mar Menor, einschließlich Richtlinien und Vorschriften für das Naturschutz- und Umweltmanagement. Wichtig sei auch die Verabschiedung des Gesetzes 3/2020 vom 27. Juli über die Erholung und den Schutz des Mar Menor, mit dem die Kontrolle des Mar Menor verbessert werde, einschließlich der landwirtschaftlichen Aktivitäten sowie aller anderen Aktivitäten im Einzugsgebiet. Der Redner erwähnt den von der Zentralregierung ausgearbeiteten Plan der Nullableitung, in dem die Hauptprobleme, die zur Verschlechterung des Mar Menor führten, identifiziert worden seien. Laut Meinung von Experten müsse die Priorität darin bestehen, das Volumen und das Niveau des Grundwasserleiters zu reduzieren, um das dringendste Problem des Mar Menor zu lösen, indem der massive Zufluss von nährstoffreichem Wasser in das Mar Menor verhindert und die Auswirkungen der sintflutartigen Regenfälle minimiert würden.

Andrés Martínez Bastida, stellvertretender Direktor für Kontrolle, Prävention und Überwachung gefährdeter Gebiete, ergreift das Wort. Er spricht über die für das Mar Menor und sein Einzugsgebiet geltenden Schutzbestimmungen und die Umsetzung auf regionaler Ebene der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen und der Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik sowie der nationalen Gesetzgebung. Er ist der Meinung, dass die landwirtschaftlichen Nutzungen in Campo de Cartagena die technologisch fortschrittlichsten und am besten kontrollierten landwirtschaftlichen Aktivitäten in Spanien und wahrscheinlich in Europa seien. Er zeigt alle Gebiete, die als nitratgefährdet eingestuft worden seien. Alle Maßnahmen seien auf die Kontrolle und Prävention in diesen Gebieten ausgerichtet. Er erwähnt den Regionalen Kodex der guten landwirtschaftlichen Praxis, der für die Landwirte von entscheidender Bedeutung sei. Die Kontrolle sei durch die Aktionspläne und Programme von 2009 bis 2016 intensiviert worden. In Übereinstimmung mit dem Gesetz 3/2020 über die Erholung und den Schutz des Mar Menor betrachte die Regionalregierung zwei verschiedene Zonen in der Nähe des Mar Menor. Selbst innerhalb der Zone 1 würden im Bereich in Meeresnähe, d. h. in einer Entfernung von bis zu 1 500 Metern, strengere Maßnahmen ergriffen. Dieses Gesetz beinhalte die Kontrolle jeglicher Branchen, die die Lagune beeinflussen könnten. Alle Grundstücke müssten mit einer Sonde zur Kontrolle der Feuchtigkeit ausgestattet sein, da das Wasser die Quelle zur Kontrolle der Düngung sei. Außerdem gebe es Kontrollsensoren zur Überwachung von Stickstoff und Phosphor. Alle Landwirte seien verpflichtet, die Stickstoffbilanz ihrer Betriebe zu berechnen. Es gebe Grenzwerte sowohl für die Mineraldüngung als auch für die organische Düngung (wie Mist und Gülle). Außerdem sei die Frist für die Bearbeitung der Rückführung von Ernterückständen und Sanktionsverfahren von sechs auf drei Monate verkürzt worden. All diese Maßnahmen würden dem Ziel dienen, eine nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Die Region Murcia habe im Zusammenhang mit dem EuGH-Verfahren gegen Spanien wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die vier Verstöße auf einen zu reduzieren. Der einzige

verbleibende Punkt beziehe sich auf die Verbesserung der Aktionsprogramme, die durch den Aktionsplan für gefährdete Gebiete abgedeckt würden, der demnächst verabschiedet werden solle. Er nennt weitere Kontrollinstrumente und Maßnahmen, die in naher Zukunft eingeführt würden, sowie die Sanktionsregelung und das Verfahren zur Rückführung von Ernterückständen. Es gebe keine illegalen landwirtschaftlichen Betriebe, aber es gebe illegale Bewässerung. Diese Grundstücke müssten in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden, und die Regionalregierung sei dabei, diese Verfahren zu veranlassen.

Emilio Dolores Pedrero von der Generaldirektion für Viehzucht, Fischerei und Aquakultur informiert die Delegation darüber, wie all diese Maßnahmen und Pläne mit dem EU-Besitzstand in Einklang zu bringen seien. Er weist auf die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Primärsektors in der Region hin, nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Tierhaltungsbetriebe, der Fischerei und der Aquakultur. Zunächst erwähnt er den Meeresstrategie-Rahmen und dass die Richtlinie 2008/56/EG durch das Gesetz 41/2010 zum Schutz der Meeresumwelt umgesetzt worden sei. Er informiert die Delegation über die Maßnahmenprogramme des zweiten Zyklus im Mar Menor in vier verschiedenen Bereichen: TETRA, welches das System zur Ortung und Überwachung von Fischereifahrzeugen in der Region Murcia regelt; das Umwelthanpassungsprogramm für die Berufsfischereiflotte mit Energieaudits; der Managementplan für Fischbestände und das Instrument für integrierte territoriale Investitionen (ITI) für das Mar Menor. Die integrierte Managementstrategie umfasse all diese Maßnahmen als Strategieplan für die gegenwärtigen und zukünftigen Aktionen im Mar Menor. Er erläutert auch die Organisationsstruktur der Direktion und des Instruments sowie die verschiedenen Aktionspläne. Er spricht über die integrierte Meerespolitik und insbesondere über die Meeresdaten- und Wissenssysteme (SIOM) und die integrierte Meeresüberwachung. Die Budgethilfe sei von entscheidender Bedeutung, wobei der Schwerpunkt auf dem ITI mit einem Budget von 99 Millionen Euro liege, von denen 27 Millionen Euro bereits ausgegeben worden seien. Es handle sich um ein Multifonds-Instrument, das den EFRE, den ELER und den EMFF kombiniert und einen enormen Multiplikatoreffekt habe.

Regionalrat Luengo Zapata ergreift erneut das Wort, um sein Fazit zu präsentieren. Er informiert die Delegation über die verschiedenen Inspektionen, mit denen die Einhaltung der im Gesetz 3/2020 über die Erholung und den Schutz des Mar Menor vorgesehenen Maßnahmen überprüft werde. Für die Regionalregierung sei klar, dass ein Gesetz notwendig sei, um alle Aktivitäten und Belastungen betreffend das Mar Menor zu überwachen, zu überprüfen und zu regeln. Die Region Murcia sei die einzige spanische autonome Gemeinschaft, die über einen Rechtsrahmen verfüge, der es ihr ermögliche, Landwirte, die ihr Land unerlaubt bewässern, dazu zu verpflichten, es wieder in seine ursprüngliche Lage zurückzusetzen. Zwar gebe es ein nationales Gesetz, das dies vorschreibe, aber da die zuständige Stelle es nicht umsetze, habe die Regionalregierung reagiert. Die Entfernung von Biomasse von der Küste sei ebenfalls sehr wichtig, um den Eutrophierungsprozess zu verhindern. Von 2017 bis 2021 habe die Regionalregierung 8 355,5 Tonnen Biomasse entfernt, was mit einem Kostenaufwand von 4,1 Millionen Euro verbunden gewesen sei. Es sei auch wichtig, den Landwirten Hilfe und Beratung anzubieten. Deshalb habe die Regionalregierung ein lysimetrisches Netz mit rund 1 000 Sensoren installiert, um eine effiziente Nutzung von Wasser und Düngemitteln zu sichern. Ziel sei es, Verschmutzungen zu verhindern und diese Tätigkeit mit dem Schutz gefährdeter Gebiete in Einklang zu bringen. Es sei außerdem unerlässlich, in Regenwasserspeicher zu investieren. Die Regionalregierung habe bis zu sieben Regenwasserspeicher in den verschiedenen Gemeinden entlang des Mar

Menor gebaut, um zu verhindern, dass die ersten, am stärksten verschmutzten Sturzbäche in der Lagune landen. Sie beabsichtige, den Bau dieser Speicher fortzusetzen und Wasserleitungen zu reparieren, um Überschwemmungen und das Auslaufen von Schadstoffen in das Mar Menor zu verhindern. Die Regionalregierung habe mehr als 25 Kilometer Wasserleitungen kontrolliert und rund 1,5 Millionen Euro für die Reparatur von 9 Kilometern investiert. Rund um das Mar Menor sei ein Abwassernetz von etwa 1 000 Kilometern Länge ausgewiesen. Es müssten dringend Bioreaktoren gebaut werden. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass nitratbelastetes Wasser aus der Rambla del Albuñón abfließt. Der Vorschlag der Wissenschaftler sehe den Bau von Flößen aus Zitrusholzspänen vor, um die Nitrate zu binden, was eine Investition von mehr als 5 Mio. EUR erfordere. Die Regionalregierung werde weiterhin in den Bau von Kläranlagen und die Beseitigung verlassener oder halbgesunkener Boote investieren. Außerdem werde sie ihre Investitionen in Forschung, Innovation und Entwicklung in einem Umfang von 6,6 Millionen Euro fortsetzen.

Fünf konkrete Maßnahmen zum Abschluss:

1. Sicherung des Rechtsrahmens für den Umweltschutz der Küstenlagune.
2. Überwachung des Abflussbeckens, der Grundwasserleiter und des Mar Menor.
3. Einholung branchenspezifischer und gesellschaftlicher Engagements in Bezug auf gute Praktiken und den Einsatz der besten verfügbaren Techniken.
4. Förderung einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung.
5. Sicherstellung eines kontinuierlichen finanziellen Beitrags der EU. Die meisten der in der Präsentation erörterten Maßnahmen würden aus von der EU finanzierten Projekten stammen, sodass ihr wirtschaftlicher Beitrag für den weiteren Schutz des Mar Menor unerlässlich sei. Wissenschaftliche Unterstützung und Follow-up seien ebenfalls wichtig.

Mittwoch, 23. Februar 2022 (16.45 bis 18.15 Uhr)

Treffen mit lokalen Behörden

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses begrüßt Frau Ždanoka die Bürgermeister der sechs verschiedenen Gemeinden, die an dem Treffen vertreten sind, und erläutert ihnen das Hauptziel des Informationsbesuchs.

Zunächst ergreift die Bürgermeisterin von Cartagena, Noelia María Arroyo Hernández, das Wort. Sie erläutert, dass die Strände in der Nähe der Rambla del Albuñón zum Stadtgebiet von Cartagena gehören würden, im südlichen Teil des Mar Menor. Zwar sei die Umweltsituation des gesamten Ökosystems kritisch, aber die Situation an diesen Stränden im Süden sei noch schlimmer. Im Sommer 2021 sei es in diesem Gebiet zu einer Anoxie gekommen. Sie ist der Meinung, dass zu viel darüber gesprochen werde, wer die Schuld trage, aber im Namen der Gemeinde, die sie vertritt, würde sie sich lieber auf die Suche nach Lösungen konzentrieren. Sie konzentriere sich auf drei Phasen des Problems. Erstens, die Verschmutzung des Grundwasserleiters direkt an der Rambla del Albuñón von der Oberfläche aus. Zweitens, die Verschmutzung des Mar Menor, die durch ebendiesen Grundwasserleiter verursacht werde. Drittens, die Folgen der Untätigkeit in den beiden vorangegangenen Phasen hinsichtlich der Verschmutzung der Strände von Cartagena und des Meeres. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass noch mehr Nährstoffe in den Grundwasserleiter gelangten, aber man dürfe nicht vergessen, dass der Grundwasserleiter bereits verschmutzt sei und nach den Angaben des

Ministers für ökologischen Wandel noch viele Jahrzehnte lang verschmutzt bleiben werde. Jeden Tag würden Tausende Liter Wasser aus diesem Grundwasserleiter in das Mar Menor gelangen. In den Foren, an denen die Bürgermeisterin teilgenommen habe, habe sie keine Lösungen für dieses Problem gehört. Das Problem der Verschmutzung der Strände in Form von Tonnen an Biomasse stehe nicht zur Debatte. Am Anfang sei es ein gelegentliches Problem gewesen, jetzt sei es zu einem strukturellen Problem geworden. Sie erklärt, der Schlamm verhindere das Baden und lasse die Algen verfaulen. Die Lösung für die dritte Phase sei nicht einfach und erfordere schwierige umweltbezogene Verfahren. In dieser dritten Phase würden sich die Gemeinden allein gelassen fühlen. Dieses Problem betreffe auch San Pedro del Pinatar und Los Alcázares. An jedem Tag im Jahr seien Teams von Arbeitern damit beschäftigt, die Algen zu entfernen, damit sie sich nicht vor den Stränden ansammeln, verrotten und noch mehr Schlamm erzeugen würden. Die Gemeinden übernahmen Aufgaben wie die Reinigung des Meeresbodens, für die sie nicht zuständig sein sollten, und zwar ohne ausreichende Mittel. Sie stellt ein Dokument mit einem Plan zum Schutz des Küstenstreifens vor, der in seiner ursprünglichen Fassung die Entfernung des Schlammes vorgesehen habe, doch sei diese Maßnahme inzwischen aus dem Dokument verschwunden. Die Gemeinden würden weder über die technischen noch über die wirtschaftlichen Mittel verfügen, um den Schlamm zu entfernen. Sie bittet die Delegation, das Problem zu berücksichtigen, zu dessen Lösung sich das Ministerium für ökologischen Wandel verpflichtet habe, das aber noch nicht gelöst sei. Die Verschmutzung des Grundwasserleiters werde in Zukunft Probleme verursachen, aber es gebe bereits jetzt Probleme, die gelöst werden müssten. Es handle sich weder um ein lokales noch um ein regionales Problem. Es handle sich um ein nationales Problem, das die Koordination aller Ebenen der spanischen Verwaltung mit einem grundlegenden Eingreifen der Europäischen Union erfordere.

Danach ergreift der Bürgermeister von Los Alcázares, Mario Ginés Pérez Cervera, das Wort. Er erklärt, die von ihm vertretene Gemeinde habe in den letzten zwei Jahren unter den negativen Auswirkungen des Klimawandels gelitten. Keiner der Einwohner von Los Alcázares bestreite, dass es notwendig sei, eine Umweltpolitik für alle in der Gemeinde vertretenen Wirtschaftszweige umzusetzen. Die Folgen seien sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch aus physiologischer Sicht kritisch gewesen. Das Problem des Mar Menor sei ein Umweltproblem. Einige hätten versucht, eine Konfrontation zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen herbeizuführen, aber das sei nicht die Realität. Die wirkliche Konfrontation bestehe zwischen denjenigen, die sich an das Gesetz halten, und denjenigen, die dagegen verstoßen und für ihre Nichteinhaltung nicht bestraft würden. Es gebe Lösungen, aber sie müssten an der Quelle ansetzen. Die EU, die spanische Zentralregierung und die Regionalregierungen sollten kein Geld für provisorische Notlösungen ausgeben. Man müsse das Problem an der Wurzel packen. Dafür müsse man die Entwicklung der Wirtschaftszweige mit der Regenerierung des Mar Menor in Einklang bringen. Mit dieser Regenerierung würde die Landwirtschaft weiterbestehen, und ohne die Regenerierung würde sie im Gebiet von Cartagena verschwinden. Die Kommunalverwaltung von Los Alcázares habe in dieser Frage eine proaktive Haltung eingenommen. Erstens habe sie versucht, das Mar Menor durch Gesetzgebungsmaßnahmen zu schützen, z. B. mit dem Volksbegehren, das darauf abziele, dem Mar Menor eine Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Es sei auch versucht worden, Öko- oder Nachhaltigkeitssiegel in den Branchen zu fördern, welche die Situation des Mar Menor beeinflussen. In diesem Zusammenhang sei die Gemeinsame Agrarpolitik der EU von entscheidender Bedeutung. Sie seien sich bewusst, dass Mittel für solche landwirtschaftlichen Projekte bereitgestellt werden, die sich um die Entwicklung nachhaltigerer Aktivitäten bemühten. Das Mar Menor sei das Erbe aller, auch der EU.

Anschließend ergreift der Bürgermeister von San Javier, José Miguel Luengo Gallego, das Wort. Zunächst dankt er der Europäischen Union für ihr langjähriges Engagement für das Mar Menor. Es scheine, dass in der Lagune nichts getan worden sei, aber er erinnere sich noch daran, wie in seiner Kindheit, vor 30 Jahren, die Abwassersammler in das Mar Menor geflossen seien. Dies sei damals ein Notfall gewesen, und die EU habe geholfen, das Problem durch den Bau der modernsten Aufbereitungsanlagen in Spanien zu lösen. Diese Aufbereitungsanlagen würden fast 99 % des Abwassers aus den Küstengemeinden und fast 100 % des in den Aufbereitungsanlagen anfallenden Schlammes wiederaufbereiten. Dabei handle es sich um ein klares Beispiel für Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz. Die von manchen so kritisierte Landwirtschaft habe sich immer als Erste an die EU-Rechtsvorschriften angepasst, weil ihre Hauptkunden die anspruchsvollsten Märkte in Bezug auf den Umweltschutz seien (Frankreich, Deutschland). Mehr als 80 % der Produktion von Campo de Cartagena werde in das übrige Europa exportiert. Es handle sich um eine moderne und hochtechnisierte Landwirtschaft, die auch einer Regulierung bedürfe. Die landwirtschaftlichen Wirtschaftszweige würden nicht Teil des Problems sein wollen, sondern würden die Lösung vorantreiben wollen. Er habe in seiner Gemeinde erhebliche Investitionen in Regenwassersammler beobachten können. Diese Niederschläge würden zu enormen Überschwemmungen führen, die schließlich in das Mar Menor flössen. In San Javier würden enorme Mittel von der EU und der Regionalregierung investiert, um das städtische Abwassersystem zu verbessern. Er glaube, dass eine Lösung gefunden werden könne, um das Mar Menor zu schützen und zu sanieren. Die EU habe die verschiedenen spanischen Verwaltungen aufgefordert, eine Einigung zu erzielen, und habe bereits den Zero-Waste-Plan für das Mar Menor mit rund 700 000 Euro finanziert. Dieser Plan sei von 2013 bis 2018 in fünfjähriger Arbeit und im Einvernehmen mit allen Beteiligten umgesetzt worden. Am 5. Juni 2018 sei er im spanischen Amtsblatt (BOE) veröffentlicht worden. Im September 2019 habe die Zentralregierung ihre Umwelterklärung veröffentlicht. Das Projekt solle bereits laufen. Die Gemeinden würden investieren und Ressourcen für diese Maßnahmen bereitstellen. Es solle keine Diskussion über die Befugnisse der einzelnen Verwaltungen geben. Wir alle seien Teil der Lösung, und wir müssten jetzt handeln. Es müssten kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen ergriffen werden. Es sei heute dringend erforderlich, das Niveau des Grundwasserleiters aus dem Quartär zu senken. Dieser Grundwasserleiter solle vom Mar Menor getrennt werden. Selbst wenn die Landwirtschaft und die Viehhaltung sofort eingestellt würden, würde der Grundwasserleiter in mehr als 30 Jahren immer noch Nitrate ausstoßen. Eine der wichtigsten Maßnahmen des Zero-Waste-Plans sei die Sammlung dieser Abwässer, ihre Aufbereitung und Denitrifikation sowie ihre Ableitung ins Mittelmeer. Dies sei dringend; es handle sich um einen Notfall. Die übrigen Maßnahmen seien für die Zukunft sehr zu begrüßen. Er prognostiziert, in diesem Sommer komme es zu weiteren Anoxie-Episoden, weil Tausende Liter Nitrate aus der Rambla del Albuñón in die Lagune flössen. Hier müsse umgehend gehandelt werden.

Danach ergreift die Bürgermeisterin von San Pedro del Pinatar, Frau Visitación Martínez, das Wort. Sie erklärt, die Gemeinde, die sie vertrete, habe 25 000 Einwohner auf einer Fläche von 21 Quadratkilometern, von denen ein Drittel ein Regionalpark sei. Die Gemeinde verfüge über wenig Landwirtschaft, wenig Industrie, eine riesige Dienstleistungsbranche und sei in hohem Maße vom Tourismus abhängig. Das Mar Menor sei der wirtschaftliche Motor der Gemeinde. Die Gemeinde verfüge auch über den einzigen Fischereiverband und eine Saline aus der Zeit des Römischen Reiches, in der die Salzgewinnung von Anfang bis Ende durchgeführt werde. Das Überleben der Gemeinde sei eng mit dem Überleben des Mar Menor

verbunden. Eine Voraussetzung sei für die Entwicklung und den Erfolg der übrigen Wirtschaftszweige unerlässlich: der gute ökologische Zustand der Lagune. Sie weist auf zwei große Bedrohungen hin: den Fluss des Oberflächen- und Grundwassers und die Auswirkungen des Klimawandels. Dies werde zu immer mehr Überschwemmungen und sintflutartigen Regenfällen führen und dazu, dass immer mehr trockene Flussbetten wie die Rambla del Albujón ständig nitratbelastetes Wasser ins Meer leiten. Sie erwähnt auch den Grundwasserleiter, aus dem Wasser in die Lagune fließt, und sagt, dass es wichtig sei, koordiniert zu handeln. Es gebe Foren zur Entwicklung dieser administrativen Koordination, in denen alle Verwaltungen vertreten seien. Es seien kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen erforderlich. Es seien Maßnahmen an der Quelle und auch am Ziel der Verschmutzung erforderlich. Die Rettung des Mar Menor sei davon abhängig, ob schnell reagiert werde. Die Gemeinden unternähmen große Anstrengungen, um zu reagieren. Sie würden ihre Abwassernetze und Kläranlagen überprüfen, ihre Strände von Biomasse befreien und Umweltprojekte planen. Sie bräuchten die Unterstützung eines jeden Einzelnen; sie bräuchten die Unterstützung der EU. Im Jahr 2020 habe sich ihre Gemeinde an das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission gewandt und um Hilfe für den Schutz und die Sanierung des Mar Menor gebeten. Die Gemeinden könnten dieses Problem nicht allein bewältigen. Es gebe Hoffnung, und die Erholung der Lagune sei ihre absolute Priorität. Sie müssten zusammenarbeiten und sich auf den wissenschaftlichen Rat verlassen.

Später ergreift der Bürgermeister von La Unión, Pedro López Milán, das Wort. Er erläutert, dass er eine Gemeinde vertrete, die nicht an der Küste liege, sondern eine Industrie- und Bergbaustadt sei. Im XIX. Jahrhundert sei sie „das neue Kalifornien“ genannt worden. Dort habe sich die schwerste Umweltkatastrophe des Mittelmeerraums ereignet, die immer noch nachwirke. 60 Millionen Tonnen Schwermetalle seien in die Bucht von Portmán im Mittelmeer geleitet worden. Dies sei geschehen, weil man es zugelassen habe. Er stellt diese Analogie in Bezug zum Mar Menor her, wo über einen langen Zeitraum hinweg viele Vorgänge stattgefunden hätten, die heute unvorstellbar seien. Möglicherweise werde jeder von ihnen eine andere Lösung vorschlagen, aber in einem Punkt seien sie sich alle einig: Die Lagune müsse sich erholen. Die hier vertretenen Bürgermeister hätten vielleicht eine andere politische Zugehörigkeit, aber sie hätten alle ein gemeinsames Ziel, nämlich die Erholung des Mar Menor. Er plädiert für den vollständigen Schutz des Mar Menor. Nicht alles müsse eingeschränkt werden, aber es müsse Grenzen geben. Keiner sei gegen die Landwirtschaft. Das Gebiet des Mar Menor sei durch Regenfeldbau geprägt gewesen. Heute würden bewässerte Anbauflächen in der Umgebung der Strände von Los Nietos und Islas Menores, im Campo de Cartagena, die Probleme verschärfen. Einige Probleme hätten ihren Ursprung auch in seiner Gemeinde, da die ausgetrockneten Flussbetten, die zum Mar Menor führen, Schwermetalle führten. Es müsse ein gemeinsamer Plan ausgearbeitet werden, um die Erholung der Lagune zu erreichen, angefangen bei ihrem Schutz. Man dürfe sich nicht scheuen, schädliche Aktivitäten einzuschränken, um dieses Juwel zu schützen, das sich in einer kritischen Situation befinde. Er verstehe die Besorgnis der Bürgermeister der Küstengemeinden hinsichtlich des Anoxieproblems, weil auch er diese Strände genossen habe.

Schließlich ergreift Antonio León Garre, Bürgermeister von Torre-Pacheco, das Wort. Er erklärt, dass seine Gemeinde keine an das Mar Menor angrenzende Küstenstadt sei, dass sie aber ebenfalls direkt von der Verschlechterung des Zustands des Mar Menor betroffen sei. Es gebe besondere Umstände, die diese Gemeinde betreffen, aber sie habe eines mit den anderen Gemeinden gemeinsam: Man müsse sich zunächst darüber einig sein, dass es ein Problem

gebe, und man müsse es identifizieren und seine Ursachen kennen. Diesen Punkt hätten sie jetzt erreicht. Man habe auch die Phase gegenseitiger Schuldzuweisungen hinter sich. In der Vergangenheit seien die in dem Gebiet ausgeübten Aktivitäten nicht angemessen gewesen. Abwässer aus dem Bergbau, schlechte Abwassersysteme, fehlende Wasseraufbereitung und schädliche Maßnahmen in der Landwirtschaft, die sich von den heute angewandten Methoden unterschieden, hätten jeweils ihren Tribut gefordert. Diese schlechten Praktiken seien die Ursache für die Verschlechterung des Mar Menor. Jetzt gebe es eine Gesetzgebung, die auch eingehalten werde. Fast 80 % der Aktivitäten seiner Gemeinde würden auf die Landwirtschaft entfallen. Dieser Wirtschaftszweig sei für die Verschlechterung des Zustands der Lagune verantwortlich gemacht worden. Die alten landwirtschaftlichen Praktiken seien mit dem Umweltschutz in dem Gebiet nicht vereinbar. Heutzutage werde in diesem Gebiet eine nachhaltige Landwirtschaft betrieben. Die Landwirte seien daran interessiert, alle Vorschriften einzuhalten. Wahrscheinlich unterlägen sie einigen der strengsten branchenspezifischen Vorschriften der Welt. Die aus dieser Region stammenden Erzeugnisse würden eingehend kontrolliert. Man müsse diese Wirtschaftszweige, ob Landwirtschaft oder Tourismus, verteidigen, die sich an die Gesetzgebung hielten. Der Schaden für das Mar Menor komme aus dem Untergrund, da der Grundwasserspiegel einen enormen Druck auf die Lagune ausübe. Torre-Pacheco liege 40 Meter über dem Meeresspiegel, während der Grundwasserspiegel 1,5 Meter unter der Oberfläche liege. In diesem Gebiet herrsche ein erheblicher hydrostatischer Druck. Eine Senkung dieses Wasserspiegels sei unerlässlich, um zu verhindern, dass verschmutztes Wasser in das Mar Menor gedrückt werde. Er bittet die EU um Hilfe, weil das Abwassersystem der Gemeinden verbessert und abgedichtet werden müsse. Außerdem bräuchten sie ein Wassertrennungsnetz zur Trennung von Regenwasser und Abwasser, da die jeweilige Aufbereitung völlig unterschiedlich sei. Der Schaden entstehe auch an der Oberfläche; es träten häufiger sintflutartige Regenfälle auf, eine Tatsache, die mit dem Klimawandel zusammenhänge. Die dadurch verursachten Überschwemmungen würden Ortschaften und landwirtschaftliche Betriebe verwüsten, und das gesamte verschmutzte Wasser gelange in das Mar Menor. Der Verlauf der ausgetrockneten Flussbetten müsse geändert werden, um Schäden zu verhindern. Diese gemeinsame Anstrengung erfordere die Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Frau Źdanoka erklärt, die sechs Bürgermeister hätten verschiedene Maßnahmen genannt, die umgesetzt werden sollten, aber sie wolle wissen, ob es einen gemeinsamen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Verboten gebe.

Herr Vincze ergreift das Wort und erklärt, die Präsentationen hätten gezeigt, dass die Gemeinden alle unterschiedlich seien, mit ihren eigenen Merkmalen, und dass es gut sei, ein klareres Verständnis dieser Region zu entwickeln. Er fragt, wie sich die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden selbst in Bezug auf die Verwaltung des Mar Menor gestalte und wie sie mit der Regionalregierung zusammenarbeiteten. Er habe gehört, dass es ein institutionelles Gremium zur Verwaltung des Mar Menor gebe, und er wolle wissen, ob die Gemeinden diesem angehörten und ob sie einen Beitrag dazu leisteten. Seine zweite Frage bezog sich auf die Wasseraufbereitung. Er möchte wissen, ob die Trennung der Wasseraufbereitung zwischen Restwasser und landwirtschaftlichem Wasser bereits im regionalen Managementplan enthalten sei.

Herr Złotowski erklärt, dass die Mitglieder der Delegation die Schilderung des Problems durch die Petenten, die regionalen Behörden und die lokalen Behörden zur Kenntnis genommen hätten. Er sei der Ansicht, dass diese drei Beschreibungen übereinstimmten. Auch die vorgeschlagenen Lösungen seien die gleichen. Alle Bürgermeister hätten davon gesprochen, Institutionen und Verwaltungen zusammenzubringen. Das Wort „zusammen“ sei das am häufigsten verwendete Wort. Er wirft die Frage auf, ob die Maßnahmen der Regionalregierung und der Zentralregierung in die richtige Richtung gehen oder ob sie die falsche Richtung einschlagen.

Herr Wiezik ergreift das Wort und erklärt, er schätze den von den Rednern vorgestellten praktischen Ansatz, aber er sei auch erschrocken über das Ausmaß des Problems, wenn die einzig mögliche und wirksame Lösung darin bestehe, den Wasserspiegel des Grundwasserleiters abzusenken, das Wasser zu reinigen und in das Mittelmeer einzuleiten. Dies stelle in technischer und finanzieller Hinsicht ein enormes Problem dar. In den Berichten hätten die Mitglieder der Delegation gelesen, dass das Mar Menor nicht nur ein Umweltproblem, sondern auch ein wirtschaftliches Problem darstelle. Die Verschlechterung der Umwelt habe Auswirkungen in Form eines Rückgangs der Fischbestände, eines Rückgangs des Tourismus und eines Verfalls der Immobilienpreise. Er wolle wissen, wie die Bürgermeister dieses Problem wahrnehmen und ob sie über Zahlen verfügten, um zu veranschaulichen, wie sich diese wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihre Gemeinden auswirken und wie sie von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

Der Bürgermeister von San Javier, Herr Luengo Gallego, ergreift als Erster das Wort. Er antwortet, es gebe bereits ein von der Europäischen Union finanziertes Dokument, in dem die erforderlichen Maßnahmen aufgeführt seien. Es handle sich dabei um den Zero-Waste-Plan für das Mar Menor. Er verweist darauf, dass die Zentralregierung im September 2019 ihre positive Umweltverträglichkeitsprüfung veröffentlicht habe, dass dieser Plan aber nach sechs Jahren koordinierter Bemühungen aller Beteiligten nicht umgesetzt worden sei. Die Absenkung des Grundwasserleiters sei nicht die einzige Lösung, und der Plan sehe viele Maßnahmen vor. Es seien Vorschriften von den regionalen Behörden erlassen worden. Einige konkrete Maßnahmen würden von lokalen Einrichtungen beaufsichtigt, andere von der Region und wieder andere vom Staat, je nachdem, wo deren Befugnisse lägen. Er erwähnt das Beispiel des Flusses Segura, der wegen seines Verschmutzungsgrades als Abwasserkanal Europas gegolten habe, die Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro, die in ihn geflossen seien, und die Gründung von ESAMUR, einer Einrichtung, die für die Verwaltung der Kläranlagen Murcias zuständig sei. Die Konservenindustrie, die Umweltprobleme verursacht habe, sei zwar reguliert, aber nicht abgeschafft worden. Der Fluss Segura sei immer noch als ein erfolgreiches Projekt zur Umweltsanierung anerkannt. Er glaube, dass dies auch mit dem Mar Menor möglich sei: Geld, einzuhaltende Gesetze und ein breit angelegter gesellschaftlicher Wille, der auf das gleiche Ziel ausgerichtet ist. Niemand sei überflüssig, nur die schlechten Praktiken und die Untätigkeit, die es möglicherweise bei allen Verwaltungen gegeben habe. Er sei optimistisch, weil die öffentlichen Verwaltungen an einem Strang zögen. Die Gemeinden würden ihren Beitrag leisten. Jede von ihnen müsse ihre eigenen geplanten Maßnahmen entwickeln.

Anschließend ergreift Herr León Garre, Bürgermeister von Torre-Pacheco, das Wort und antwortet auf die Frage der wirtschaftlichen Auswirkungen. Er bekräftigt, dass die Landwirtschaft heute die Umweltgesetzgebung einhalte. In einigen europäischen Ländern

veröffentlichte böswillige Informationen würden jedoch den Export von Produkten aus der Region Murcia behindern. Auch die negativen Auswirkungen auf die Fischereiindustrie seien deutlich zu erkennen. Außerdem sei der Anteil der Tourismusbranche zurückgegangen. Er könne die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht genau beziffern, wisse aber, dass sie enorm seien. Die getrennte Wasseraufbereitung sei in den Managementplänen und in der Gesetzgebung verankert, aber das bedeute, dass diese Gemeinden ihre Abwassersysteme duplizieren müssten, was wirtschaftlich nicht machbar sei. Aus diesem Grund bitte er die EU um Unterstützung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen.

Auch die Bürgermeisterin von San Pedro del Pinatar, Frau Martínez Martínez, befürwortet die Idee eines Forums, in dem alle Verwaltungen, die sich beteiligen wollen, vertreten seien und sich über Maßnahmen austauschen könnten. Es gebe einen Zero-Waste-Plan und jetzt kämen noch mehr Dokumente von der Zentralregierung. Ihrer Meinung nach liege das Problem im Zeitplan. Die Perspektive solle nicht nur auf das Jahr 2050 ausgerichtet sein. Es gebe Maßnahmen, die sofort ergriffen werden müssten, und andere, die langfristig zu entwickeln seien. Es gebe viele zu ergreifende Maßnahmen. Sie alle seien notwendig und müssten Teil der Lösung sein. Was die wirtschaftlichen Auswirkungen betreffe, so sei klar, dass es sie gebe. In San Pedro del Pinatar sei die Tourismusbranche stark betroffen und die Fischerei leide unter einem Rückgang der Fänge. Die schlechte Presse wirke sich auf die Preise für landwirtschaftliche und Fischereiprodukte sowie auf die Immobilienpreise aus. Sie habe zwar keine genauen Zahlen, sei sich aber sicher, dass es negative Auswirkungen gebe. Sie glaubt, dass eine Erholung noch möglich sei.

Die Bürgermeisterin von Cartagena, Frau Arroyo Hernández, beantwortet ebenfalls die Fragen. Es gebe ein verwaltungsübergreifendes Koordinationsforum, an dem die lokalen, regionalen und zentralen Behörden beteiligt seien, erklärt sie. Dieses Forum sei nicht nützlich gewesen, da sich seine Situation geändert habe. Der Bürgermeister von Los Alcázares sei nicht mehr daran beteiligt. Der Präsident der Segura Hydrographic Confederation nehme nicht teil und auch nicht der Leiter der Murcia Coastal Demarcation. Die Person, die an den Sitzungen des Forums teilnehme, sei ein Vertreter der Regierungsdelegation. Sie habe die Ernennung eines Hohen Kommissars zur Koordination dieses Forums, unabhängig von den politischen Parteien, gefordert, um es nützlich zu machen, denn dies sei eindeutig notwendig. Außerdem gebe es einen Wissenschaftlichen Ausschuss und einen Ausschuss für soziale Beteiligung. Diese würden jedoch jeweils einen Schritt vor und zwei zurück machen, weil es an dem für die Durchführung von Maßnahmen erforderlichen Konsens fehle. Die Diagnose sei gestellt worden. Das Problem sei erkannt und wohlbekannt. Es werde ständig versucht, Schuldige zu finden. Sie sagt, die derzeitigen Regierungsbehörden würden gerne Teil der Lösung sein. Gegebenenfalls sollten die Gerichte tätig werden. Sie betont, dass es laut den Experten des Ministeriums für den ökologischen Wandel mehr als 30 Jahre dauern würde, das nitrathaltige Wasser, das in das Mar Menor fließt, loszuwerden, selbst wenn die landwirtschaftlichen Aktivitäten im Campo de Cartagena vollständig eingestellt würden. Man müsse Maßnahmen in Bezug auf das bereits verschmutzte Wasser ergreifen, das sich im Grundwasserleiter befinde. Die lokale Landwirtschaft sei zwar vielleicht in der Vergangenheit Teil des Problems gewesen sein, heute sei sie aber nachhaltig, hochtechnisiert und gehöre zu den modernsten in Europa. Am meisten Sorgen mache ihr der Schlamm und Schlick, denn laut den Experten werde es bei den hohen Temperaturen, dem Anstieg des Chlorophylls und dem Rückgang des Sauerstoffs zu einer Anoxie des Meeresbodens kommen. Wenn die Gemeinden darauf nicht reagierten, werde es zu weiteren Vorfällen wie im letzten Sommer kommen. Auf die Frage, ob die Behörden auf dem richtigen Weg seien oder nicht, erwidert

sie, dass der Zero-Waste-Plan zwar verabschiedet, aber nicht umgesetzt worden sei und dass man wieder bei null angefangen habe. Zwar handle es sich möglicherweise um ein gutes Dokument, aber die Gemeinden bräuchten Pläne, die umgesetzt würden, und keine weiteren Untersuchungen oder Studien. Sie erwähnt ein Dokument vom März 2020, das den Schutz der Küstenlinie betreffe. Die Säuberung des Meeresbodens sei als vorrangige Maßnahme eingestuft worden, aber im Jahr 2022 sei sie aus dem Dokument verschwunden. Es handle sich nicht nur um eine Umweltkatastrophe, sondern auch um eine wirtschaftliche Krise für alle betroffenen Wirtschaftszweige.

Der Bürgermeister von Los Alcázares, Herr Pérez Cervera, antwortet ebenfalls auf die Fragen und erklärt, dass sich die Situation des Mar Menor noch verschlimmern könnte. Er verweist auf das Beispiel der Bucht von Portmán in La Unión. Die verschiedenen Verwaltungen müssten effizient handeln. Was das Koordinationsforum angehe, so habe es sich seiner Meinung nach in ein politisches Forum verwandelt, obwohl es ein institutionelles Gremium sein solle. Als er an diesem Forum teilgenommen habe, habe er zusammen mit den anderen Bürgermeistern sogar einen Brief an das Ministerium für ökologischen Wandel geschrieben, sodass er versucht habe, ein politisches Gleichgewicht herzustellen. Er habe miterlebt, wie einige der Teilnehmer an diesem Forum (nicht die Bürgermeister) es in einer parteiischen und politischen Art und Weise genutzt hätten. Nicht ein einziges Mal sei bei einer Pressekonferenz des verwaltungsübergreifenden Forums für das Mar Menor erklärt worden, dass dieses Forum etwas beschlossen habe. Es sei immer die Regionalregierung gewesen, die über ihre Aktivitäten informiert habe, während sie die anderen Teilnehmer des Forums kritisiert habe. Aus diesem Grund habe er beschlossen, nicht an diesem Forum teilzunehmen, das sich seiner Meinung nach als unwirksam erwiesen habe, was zu weiteren Anoxie-Episoden und einer weiteren Verschlechterung des Zustands der Lagune geführt habe. Die Bürgermeister seien sich über einige Maßnahmen einig, wie z. B. die Notwendigkeit der Schlickbeseitigung, und dass die Zuständigkeit dafür bei der Zentralregierung liege. Mit anderen Maßnahmen sei er jedoch nicht einverstanden. Zum Beispiel, dass der nördliche Verteiler, der im Zero-Waste-Plan enthalten sei, eine der wichtigsten zu ergreifenden Maßnahmen sein sollte. Seiner Meinung nach würde dies bedeuten, dass die verschmutzenden Elemente lediglich an andere Orte umgeleitet würden. Er schlägt vor, zunächst das Problem in Angriff zu nehmen und dann weitere Maßnahmen zu entwickeln. Er stellt die rhetorische Frage, was den Grundwasserleiter aus dem Quartär verschmutzt habe. Er schlägt vor, diese Ursachen zu bekämpfen und dann das verschmutzte Wasser zu extrahieren. Er ist der Meinung, dass gegenwärtig im Gebiet des Mar Menor gegen die Umweltgesetzgebung verstoßen werde, ohne, dass dies angemessen geahndet werde. Was die Maßnahmen der Regionalregierung und der nationalen Regierung anbelange, so werde das Mar Menor leider seit vielen Jahren als politisches Argument benutzt. Es sei sehr wichtig, ein Forum zu finden, an dem alle Interessengruppen teilnehmen könnten, ohne, dass es zu parteipolitischen Auseinandersetzungen komme. Es sei auch richtig, dass die verschiedenen Verwaltungen jetzt ein besseres Bewusstsein für die Situation hätten. Die Ministerin für den ökologischen Wandel habe den Zero-Waste-Plan nicht umgesetzt, weil sie der Meinung gewesen sei, dass dieser von einem schlecht definierten Konzept ausgegangen sei und die Maßnahmen daher falsch seien. Er ist der Meinung, dass alle Maßnahmen auf die Unterstützung der Bürgerbeteiligung bauen müssten.

Anschließend ergreift der Bürgermeister von La Unión, Herr López Milán, das Wort, um die Fragen zu beantworten. Bezüglich des Forums erklärt er, dass er nicht daran teilgenommen habe, aber glaube, dass es zumindest nützlich sei, eine Debatte anzustoßen und keine

Konfrontation zu fördern. Der Dialog müsse wieder aufgenommen werden, da alle Akteure das gemeinsame Ziel hätten, das Mar Menor zu retten. Was die Entnahme des verunreinigten Wassers aus dem Grundwasserleiter betreffe, so sei dies nach Aussage der von ihm konsultierten Experten eine überwältigend große Aufgabe. Alle Akteure würden dasselbe wollen und müssten sich einig werden, einschließlich der Zentral- und der Regionalregierung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Gebiet hätten sich enorm verschlechtert. Es bedürfe gemeinsamer Maßnahmen mit Unterstützung der EU, und die Verwaltungen müssten aufhören, sich im Kreis zu drehen, und die bestehenden Pläne umsetzen, um die Verschlechterung des Mar Menor aufzuhalten und sein Sterben zu verhindern.

Herr Buxadé, der die Delegation begleitet, fragt, ob bereits eine finanzielle Bewertung der Trennung des Abwassersystems zwischen Regenwasser und Abwasser durchgeführt worden sei und ob diese Trennung tatsächlich umgesetzt werde. Er fragt auch, ob bei der Dimensionierung des Abwassersystems der enorme Anstieg der Bevölkerung in dem Gebiet während der letzten Jahrzehnte berücksichtigt worden sei. Was die Umleitung der ausgetrockneten Flussbetten (ramblas) anbelange, so handele es sich zwar um enorme Aufgaben, die aber durchführbar seien. Als Beispiel führt er die Umleitung des Flusses Turia in der Stadt Valencia an. Er fragt, weshalb diese Umleitung, Reinigung und Entsalzung im Mar Menor nicht möglich sei, ob sie im Haushalt vorgesehen gewesen sei und warum dies nicht geschehen sei. Er fragt nach der Möglichkeit, die Schleusentore (golas) zu öffnen, um Wasser aus dem Mittelmeer in das Mar Menor zu leiten und so dessen Salzgehalt zu erhöhen. Er ist der Meinung, die Landwirte seien nicht die einzigen Verantwortlichen, denn es gebe viele Interessen und viele verantwortliche Akteure.

Danach ergreift Frau Rodríguez Ramos das Wort und lobt die Arbeit der Bürgermeister, die sich intensiv mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger befassen würden. Sie erklärt, die Natur sei unser größtes Kapital, und wenn die biologische Vielfalt zusammenbreche, würden wir alle zusammenbrechen. Das Mar Menor sei ein gutes Beispiel dafür. Sie möchte wissen, ob hinsichtlich des erforderlichen Budgets zur Umsetzung aller Maßnahmen, mit denen die Gemeinden konfrontiert seien, genügend Mittel zur Verfügung stünden. Die Umsetzung von Projekten für das Mar Menor scheine sehr gering zu sein, 14 % im Jahr 2021, was zu einer Kürzung der EU-Mittel für das Mar Menor um 10 Punkte geführt habe.

Herr Ros Sempere ergreift das Wort und stellt klar, dass die Delegation des Europäischen Parlaments kein Gericht sei. Diese Delegation besuche die Region, um die Situation zu analysieren, sich für die Forderungen der Petenten zu interessieren und schließlich Maßnahmen vorzuschlagen, die von allen zuständigen Behörden zu ergreifen seien. Er erklärt, er wolle das Europäische Parlament in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger der Region Murcia stellen. Er zeigt sich erstaunt darüber, dass einige Redner von einer Verschmutzung des Grundwasserleiters gesprochen hätten, als ob dies spontan und ohne Ursache geschehen sei. Dieses Problem habe sich über die letzten 20 oder 30 Jahre hingezogen. Er erwähnt die Maßnahmen, die am Ende der Pipeline vorgeschlagen worden seien, nämlich die Ableitung des verschmutzten Wassers in das Mittelmeer. Er erklärt, dass der EU-Kommissar dies zweimal gesagt habe, unter anderem bei seinem Besuch in Murcia und bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Region: Man müsse an der Quelle des Problems ansetzen. Er fragt, ob es ernsthafte Studien über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Verschlechterung des Mar Menor gebe. Er möchte außerdem wissen, ob es Pläne gebe, insbesondere seitens der zuständigen Behörden und der Regionalregierung, aber auch seitens der zentralen und lokalen Behörden, die über die Sanierung des Mar Menor hinausgingen (sozioökonomische Pläne,

Bildungspläne, Pläne zur Wiedereingliederung von Arbeitskräften, Pläne zur Erholung des Tourismus). Er wolle über die Bürgerinnen und Bürger und ihre Probleme und Bedürfnisse sprechen.

Der Bürgermeister von La Unión, Herr López Milán, erklärt, die meisten Gemeinden in der Region Murcia würden nicht über ein Regenwasserkanalisationsnetz verfügen. Den Asphalt einer Gemeinde aufzuheben, um ein zweites Netz einzurichten, sei unglaublich teuer und umständlich. Was die Schleusen betreffe, so sei er der Ansicht, dass vor der Entscheidung, diese zu öffnen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müsse. Die Gemeinden hätten eine sehr begrenzte Haushaltskapazität.

Der Bürgermeister von Los Alcázares, Herr Pérez Cervera, erklärt, seine Gemeinde habe einen Plan ausgearbeitet, um sicherzustellen, dass ihre Abwassersysteme und Kläranlagen nicht in das Mar Menor überliefen (dieser Plan würde 16 Millionen Euro kosten). Dieser Plan umfasse alle erforderlichen Maßnahmen (getrennte Netze und Investitionen in Pumpstationen). Er bestätigt, dass die Gemeinde in den Jahren 2022–2023 mithilfe von EU-Mitteln 8 Mio. EUR in die Verbesserung ihres gesamten Abwassernetzes investieren werde (das Ministerium habe ein Paket von 20 Mio. EUR für Küstengemeinden angekündigt, um in Abwassernetze und Kläranlagen zu investieren). Außerdem würden die Regionalregierung und ESAMUR dabei helfen, aber die Abwassernetze fielen in den Zuständigkeitsbereich der lokalen Behörden, die darauf reagieren müssten. Er sei dagegen, die Schleusen zu öffnen. Er stütze seine Argumentation auf die Aussagen des offiziellen Biologenkollegiums von Murcia. Die Öffnung der Tore sei gefährlich, weil der Salzgehalt des Mittelmeers und des Mar Menor sehr unterschiedlich sei, wobei letzterer viel höher sei. Wenn man Wasser aus dem Mittelmeer einströmen ließe, würde der Salzgehalt im Mar Menor sinken. Außerdem könnten nicht einheimische Arten in das Mar Menor gelangen. Es gebe bereits ein Problem mit der Blaukrabbe, einer invasiven Art. Betrachte man das Mar Menor als reines Badegebiet, so könne dies funktionieren, doch sei es aus ökologischer Sicht gefährlich. Die Gemeinden würden nach und nach mehr in Maßnahmen investieren, die in ihren Zuständigkeitsbereich fielen, um das Mar Menor zu regenerieren. Die öffentlichen Verwaltungen sollten bei der Planung und Umsetzung effektiver sein.

Die Bürgermeisterin von Cartagena, Frau Arroyo Hernández, erklärt in Bezug auf die Trennung der Abwassersysteme in ihrer Gemeinde, dass diese nicht durchgeführt worden sei. Die Gemeinden würden ihre Befugnisse nutzen, um diese Systeme zu planen und zu entwickeln, aber sie bräuchten finanzielle Unterstützung von anderen Behörden. Sie räumt ein, dass diese Situation durch schlechte Praktiken in der Vergangenheit entstanden sei. Sie veranschaulichte die Situation, indem sie ausführt, das Mar Menor sei krank und liege auf der Intensivstation, wo es aus seiner kritischen Lage heraus stabilisiert werden müsse. Natürlich seien auch die übrigen Maßnahmen, die die Ursache der Probleme angingen, erforderlich. Die Bürgerinnen und Bürger würden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern verlangen, auf das Problem zu reagieren, die Biomasse und den Schlick zu entfernen, obwohl sie dazu nicht in der Lage seien. Die Arbeitgeberverbände hätten Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Verschlechterung des Mar Menor erstellt.

Danach erklärt die Bürgermeisterin von San Pedro del Pinatar, Frau Martínez Martínez, die Gemeinden würden nur über sehr begrenzte Haushaltskapazitäten verfügen. Deshalb erbete sie die Hilfe sämtlicher Behörden. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die Ursache und die Symptome des Problems zu bekämpfen. Es müssten grüne Filter entwickelt werden,

um zu verhindern, dass Nährstoffe in das Mar Menor gelangen. Die Gemeinden bräuchten jedoch sowohl „grüne“ als auch „graue“ Infrastrukturen. Wenn man nicht die Überschwemmungen auf der unteren Ebene, wo San Pedro del Pinatar liegt, durch das Regenwasser aus der oberen Ebene verhindere, werde all dieses Wasser in das Mar Menor gelangen. Sie bestätigt, dass sie mit dem Budget jonglieren müsse. Beispielsweise habe sie die gesamte Infrastruktur des Trinkwassernetzes verändert, ohne das Geld dafür zu haben, indem sie das Kapital des Wasserversorgungsunternehmens verwendet habe. Die Bürgerinnen und Bürger würden nicht verstehen, warum niemand auf das Problem reagiere. Sie glauben, dass es zu viele Treffen, zu viele Diskussionen gebe aber zu wenig gehandelt werde.

Herr León Garre, der Bürgermeister von Torre-Pacheco, antwortet auf die Frage nach dem Vorhandensein von sozioökonomischen Plänen, Wiederherstellungs- und Wiedereingliederungsplänen. Er wisse nichts davon, aber was fehle, seien Taten. Alle Gemeinden hätten ihre Haushalte darauf ausgerichtet, diese Probleme zu lösen. In seinem Fall insbesondere auf die Verhinderung von Überschwemmungen. Die Verdoppelung des Abwassernetzes habe nicht nur enorme wirtschaftliche, sondern auch erhebliche städtebauliche Auswirkungen. Er erklärt, dass diesbezüglich keine finanzielle Bewertung vorgenommen worden sei, er halte dies jedoch derzeit für nicht zu bewältigen. In Torre-Pacheco werde in Zusammenarbeit mit ESAMUR ein Regenwasserspeicher gebaut, was eine kleine öffentliche Investition sei, die nicht alle Probleme löse. Es fehle an Finanzmitteln, um die öffentlichen Arbeiten durchzuführen, die einen erheblichen Betrag erforderten.

Frau Ždanoka bedankt sich bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für ihre Teilnahme und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Situation verbessern wird.

Mittwoch, 23. Februar 2022 (18.30 bis 20.00 Uhr)

Treffen mit spanischen Behörden

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses stellt Frau Ždanoka die Mitglieder der Delegation den zentralen Behörden vor und erläutert das Ziel des Informationsbesuchs.

Zunächst ergreift Miguel Ángel González Suela, Unterstaatssekretär für ökologischen Wandel und demografische Herausforderung, das Wort. Er überbringt die Grüße der Vizepräsidentin, Teresa Ribera, und des Staatssekretärs für Umwelt, Hugo Morán. Er wolle die Delegationsmitglieder nicht mit Daten, Plänen und Programmen überhäufen, sondern eine wichtige Botschaft im Namen der zentralen Behörden übermitteln. Er werde das Gesamtszenario vorstellen, und dann könnten die übrigen Delegationsmitglieder alle spezifischen Fragen zu ihren Tätigkeitsbereichen beantworten. Er wolle keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vermitteln, da die Delegation in den nächsten Tagen mit Experten zusammentreffen werde, aber natürlich handle die Regierung Hand in Hand mit der Wissenschaft. Die Regierung habe sofort reagiert, als die ersten Anoxie-, Hypoxie- und Eutrophierungserscheinungen bekannt geworden seien. Das Mar Menor habe seine Fähigkeit zur Selbstregulierung verloren. Die Regierung müsse handeln, um das Gleichgewicht des Ökosystems wiederherzustellen, und sie müsse die Ursachen für die Situation an der Wurzel packen. Es handle sich um eine Situation der Umweltzerstörung. Es gebe keine einfachen oder traditionellen Lösungen für komplexe Probleme. Konfrontiert mit einer neuartigen Situation, würden die Behörden immer Hand in Hand mit der Wissenschaft agieren, da sie

wüssten, dass es Zeit brauche, Probleme zu lösen. Es habe jedoch von Anfang an Handlungsbedarf bestanden, und die spanische Regierung sei aktiv geworden. Sie habe gemeinschaftlich und koordiniert gehandelt. Es seien verschiedene Ministerien beteiligt gewesen: das Ministerium für Wissenschaft und Innovation, das Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung und die anderen Ministerien mit Zuständigkeiten in diesem Bereich, darunter das Ministerium für Industrie, Handel und Tourismus. Innerhalb der Ministerien gehe es hier nicht nur um eine Frage der Wasserwirtschaft. Es sei auch eine Frage der biologischen Vielfalt, der Küsten und des Klimawandels. Er sei der Meinung, dass man nicht nur auf die Folgen reagieren dürfe. Die Ursachen müssten angegangen werden, ansonsten bliebe das Problem bestehen. Die Lösungen sollten ihre Grundlage in der Natur haben und die derzeitige Situation an der Quelle umkehren. Dies sei ein historischer Moment für das Mar Menor, der eine Umstellung des Verwaltungs- und Produktionsmodells erfordere. Das Ministerium habe stets vier Grundprinzipien befolgt: von Anfang an auf die Wissenschaft zu hören; die gesetzlichen Bestimmungen umzusetzen und einzuhalten, denn einige Situationen, die rückgängig gemacht werden müssten, seien auf bestimmte Missstände zurückzuführen; Sicherstellung eines koordinierten und verantwortungsvollen verwaltungsübergreifenden Handelns; Zusammenarbeit mit den anderen Ebenen der Verwaltung und der Gesellschaft und Berücksichtigung dessen, was diese zu sagen hätten. Die Vizepräsidentin sei nach Murcia gekommen und habe sich die Ansichten von Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und Bürgermeistern angehört. Eine öffentliche Konsultation sei unerlässlich. Dies sei die Ausgangsposition gewesen, und die spanische Regierung habe im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeiten zu arbeiten begonnen. Er weist darauf hin, dass die regionalen Behörden Zuständigkeiten u. a. in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Tourismus, Muschelfischerei, Aquakultur und Umweltschutz hätten. Die rechtlichen Gegenstände der Zuständigkeiten der nationalen Behörden seien zwar anders, aber sie agierten im gleichen Raum. Die nationalen Behörden haben gemeinsame Zuständigkeiten für den maritim-terrestrischen öffentlichen Bereich, für die Wasserbewirtschaftung des Wassers, das durch die Flüsse fließe, aber sie seien nicht verantwortlich für die Lagune. Die Regierung sei darüber hinausgegangen, weil sie die Bedeutung des Augenblicks erkannt habe. Sie habe eine Rechtsgrundlage genutzt, die in der spanischen Verfassung enthalten sei: die Erklärung des allgemeinen Interesses an öffentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gebiet des Mar Menor, da der Ernst der Lage außergewöhnliche Maßnahmen erfordere. Das Ziel aller Akteure sei die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts des Mar Menor. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die geschädigten Ökosysteme wiederherzustellen. Letztendlich gehe es auch um die Wirtschaft und darum, niemanden im Stich zu lassen. Es sei darüber gesprochen worden, den Prozess zu begleiten, ohne die Landwirtschaft zu stigmatisieren. Sie seien sich auch darüber im Klaren, dass das derzeitige Modell geändert werden müsse. Die Landwirtschaft sei nicht die einzige Ursache für diese Situation, aber wenn sich die Behörden darauf beschränkten, die Probleme in den nachgelagerten Bereichen zu lösen – Entsalzung und Denitrifikation –, ohne an der Quelle anzusetzen, werde das gleiche Problem auch in Zukunft auftreten. Herr González Suela verweist auf das Dokument mit dem Titel „Rahmen für vorrangige Maßnahmen zur Sanierung des Mar Menor“, das den Mitgliedern der Delegation ausgehändigt worden sei. Dieser Rahmen sei mit 484 Millionen Euro zur Unterstützung seiner Maßnahmen ausgestattet worden. Dieser Betrag sei nach der öffentlichen Konsultation in dem betroffenen Gebiet um 100 Millionen Euro aufgestockt worden. Dabei handle es sich um einen ehrgeizigen Rahmen, der bereits in Kraft sei. Die Mittel würden teilweise aus dem Staatshaushalt stammen, aber auch aus dem Plan für Wiederaufbau, Transformation und Resilienz, d. h. aus dem Programm

NextGenerationEU (NGEU). Er profitiere von allen Garantien der spanischen Gesetzgebung sowie von der Haushaltskontrolle der Europäischen Kommission (Komponente 4 – biologische Vielfalt und Komponente 5 – Wasserwirtschaft). Dieser Plan umfasse mehrere Maßnahmen: Wiederherstellung der Legalität und der natürlichen Dynamik der Ökosysteme; Einrichtung von Kontrollmechanismen, um die korrekte Verwendung von Wasser und Düngemitteln sicherzustellen; Wiederherstellung und Wiederbelebung der verschiedenen Aktionsbereiche auf Ebene des Einzugsgebiets; Entwicklung von Überwachungssystemen und mittel- und langfristig tragfähigen Strategien. Das Ministerium sei sich der Tatsache bewusst, dass dringende Maßnahmen unabdingbar seien, dass aber auch mittel- und langfristige Pläne erforderlich seien. Das Ergebnis der öffentlichen Konsultation sei ebenfalls in das Dokument mit den Verbesserungen und Ergänzungen eingeflossen, die berücksichtigt worden seien. Die Maßnahmen seien auf die von den Bürgerinnen und Bürgern am meisten gewünschten Bereiche konzentriert worden: Entwicklung der trockenen Flussbetten, Hochwassermanagement, Grüngürtel und Abgrenzung der öffentlichen Kanäle. Der Unterstaatssekretär verweist auf einige der Maßnahmen. Überwachungsmaßnahmen seien erforderlich, da die landwirtschaftliche Tätigkeit und die Stadtentwicklung mit dem Schutz des Mar Menor vereinbar sein müssten. Das Ministerium plane Wiederstellungsmaßnahmen für das ursprüngliche Entwässerungsnetz. Es arbeite an Maßnahmen zur Wiederherstellung des Randstreifens und eines Grüngürtels im Bereich der ersten 1 500 Meter um das Mar Menor. Dabei gehe es nicht nur um Maßnahmen im Hinblick auf Nitrate und Phosphate, sondern auch um die Sanierung stillgelegter Anlagen und kontaminierter Böden in den Bergbaubecken. Es definiere Aspekte des maritim-terrestrischen öffentlichen Bereichs neu, kaufe neue Grundstücke und arbeite an den trockenen Flussbetten. Es suche nach Lösungen an der Quelle, statt nur die Symptome zu bekämpfen. Diese Maßnahmen hätten zum Ziel, die Einleitung von Nährstoffen in die Rambla del Albuñón zu verhindern. Das Ministerium ergreife auch Maßnahmen für die biologische Vielfalt. Es gebe Pläne für Meeresarten und den Schutz aller bedrohten Arten. In rechtlicher Hinsicht arbeite das Ministerium an Reformen der Rechtsvorschriften und an der Stärkung der wissenschaftlichen Kenntnisse. Auch andere Ministerien würden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an der Lösung dieses Problems arbeiten. Der Staatssekretär für Tourismus stelle zur gleichen Zeit einen Plan für das „Reiseziel Mar Menor“ vor. Es gebe Projekte im Zusammenhang mit der GAP und auch mit grüner Beschäftigung oder der Bioökonomie. Er wolle darauf hinweisen, dass es Fortschritte gegeben habe. Die wichtigsten öffentlichen Arbeiten, die in diesem Rahmen vorgesehen seien, seien als von allgemeinem Interesse und von öffentlichem Nutzen erklärt worden. Die Regierung habe mehrere Verordnungen erlassen, die speziell den Schutz der Gewässer vor Nitratverschmutzung durch die Landwirtschaft betreffen. Sie habe damit begonnen, Überwachungsmaßnahmen für den öffentlichen Bereich einzuführen. Es sei gelungen, 52 Fälle von illegaler Bewässerung zu unterbinden. In dem Rahmendokument seien den Mitgliedern der Delegationen Karten zur Verfügung gestellt worden, aus denen hervorgehe, wo die verschiedenen Maßnahmen durchgeführt würden. Eine der begrüßenswertesten Initiativen stehe im Zusammenhang damit, dass die Landwirtschaft den Ertrag aus bewässerten Flächen auf ein Minimum reduziere, und dass man sich für konservierende landwirtschaftliche Praktiken einsetze. Die Regierung werde weiterhin auf alle Beteiligten zählen und die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen fördern. Es handle sich um eine kollektive Aktion, und die spanische Regierung werde sich mit aller Kraft für die Lösung des Problems einsetzen. Anschließend stellt Herr González Suela den Rest der Delegation der nationalen Behörden vor.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Frau Ždanoka stellt zunächst die Frage, wie die nationalen Vertreter mit dem Problem umgingen, dass die Bürgermeister unterschiedliche Meinungen zu der Maßnahme hätten, verschmutztes Wasser aus den Kanälen an einen anderen Ort umzuleiten und zu verhindern, dass es ins Mar Menor fließe.

Herr Vincze erklärt, es sei für die Mitglieder der Delegation schwierig, die unterschiedlichen Zuständigkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen in Spanien nachzuvollziehen. Er würde gerne verstehen, wo die nationalen und wo die regionalen und lokalen Zuständigkeiten lägen. Er wolle wissen, wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden funktioniere. Er fragt auch nach dem verwaltungsübergreifenden Koordinationsgremium, das nach Ansicht der Gemeinden nicht richtig funktioniere und an dem sich Vertreter beteiligen müssten, die Lösungen vorschlagen könnten.

Herr Żłotowski möchte sich der Frage von Herrn Vincze anschließen. Er habe gehört, dass alle Verwaltungsebenen wüssten, dass es ein Problem gebe und dass sie die Lösung für dieses Problem kennen würden, es aber fraglich sei, ob es auch gelöst werde. Sowohl die regionale als auch die nationale Regierung hätten den Mitgliedern der Delegation gesagt, dass sie Maßnahmen ergriffen hätten und dass das Problem in naher Zukunft gelöst werden würde, aber die Bürgermeister könnten keine Umsetzung dieser Maßnahmen erkennen.

Herr Wiezik erklärt, für ihn sei klar, dass ein großer Teil des Problems mit der Landwirtschaft, den Nitraten und den damit verbundenen Aktivitäten wie der Entsalzung und der Verklappung verschiedener Abfallprodukte in das Mar Menor zusammenhänge. Besorgniserregend sei für ihn die Tatsache, dass, selbst dann, wenn die Landwirtschaft in dem Gebiet jetzt vollständig eingestellt würde, noch 30 Jahre lang stark verschmutztes Wasser in das Mar Menor gelangen würde. Das liege daran, dass der Grundwasserleiter so stark verschmutzt sei. Einige Bürgermeister hätten vorgeschlagen, das Wasser aus dem Grundwasserleiter abzupumpen, zu reinigen und in das Mittelmeer einzuleiten. Seiner Meinung nach sei dies eine enorme Aufgabe. Er richtet die Frage an die nationalen Behörden, ob sie dies für ein realistisches Szenario hielten, ob sie Pläne für diesen Grundwasserleiter hätten oder ob dies nicht im Rahmen ihrer Strategien liege.

Teodoro Estrela Monreal, Generaldirektor für Wasser, beantwortet die Frage nach der Verschmutzung des Grundwasserleiters durch Nitrate. Die Ursache sei der übermäßige Einsatz von Düngemitteln im Laufe der Jahre. Der Hydrologische Verband des Flusses Segura habe dies zu einem „chemischen Risiko“ erklärt. Dies bedeute, dass der Einsatz von Düngemitteln reduziert werden müsse. Die Landwirtschaft könne weiter bestehen, aber sie müsse nachhaltig sein und auf einem Niveau, das die Umwelt nicht verschmutze. Dabei handle es sich um ein Problem, das nicht von einem Tag auf den anderen gelöst werden könne, aber es sei lösbar. Es sei eine Frage des exakten Einsatzes der von den Pflanzen benötigten Düngemittelmenge. Er glaubt, dass die Verschmutzung des Grundwasserleiters in einigen Jahren zurückgehen werde, wenn man anfangs, daran zu arbeiten. Aus diesem Grund gehe das Ministerium gegen die Ursachen der Nitratverschmutzung vor. Er erwähnt die von der nationalen Regierung verabschiedete Nitratverordnung, mit der das Wasser vor

Verschmutzung geschützt werde. Mit dieser Verordnung sei eine andere nationale Rechtsvorschrift aus dem Jahr 1996 aktualisiert worden, mit der eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1991 umgesetzt worden sei. Es gehe darum, einen Stickstoffüberschuss zu verhindern, der letztlich den Grundwasserleiter verschmutze. Das sei aber nicht das einzige Problem. Es komme auch zu einer Phosphatverschmutzung aus einigen kleinen Wohnsiedlungen oder anderen Gebieten, die in die Lagune gelange und eine Eutrophierung verursache. Der Aktionsplan befasse sich auch mit diesem Problem und versuche zu verhindern, dass jegliche Verschmutzung städtischen oder industriellen Ursprungs in das Mar Menor gelange. Diese beiden Hauptmaßnahmen würden der Lagune helfen, sich in naher Zukunft zu erholen. Der Aktionsplan enthalte auch einige dringendere Maßnahmen. Was die Umleitung von Kanälen betreffe, so sei die nationale Regierung dafür zuständig, Mittel bereitzustellen, um die Nachfrage nach einer nachhaltigen Wassernutzung zu befriedigen. Hinsichtlich des Wassertransfers erhalte dieses Gebiet Wasser aus dem Tajo-Segura-Transfer, ergänzt durch die Grundwasserentnahme. Die Qualität des aus dem Transfer stammenden Wassers sei gut, und es habe keine negativen Auswirkungen auf das Mar Menor.

Mario Andrés Urrea Mallebrera, Präsident der Segura Hydrographic Confederation, erklärt, dass der Verband zur Verringerung des Drucks auf den Grundwasserleiter und zur Verbesserung seines Schutzes und seiner Überwachung, die in seine unmittelbare Zuständigkeit fielen, nicht nur die Verringerung des Einsatzes von Stickstoffprodukten überwache, sondern auch umfassende Legalitätskontrollen der Oberflächenbewässerung durchführe. Seit 2018 versuche der Verband, alle Flächen aufzuspüren, die nicht bewässert werden dürften. Diese Bewässerungsflächen sollten aus dem System ausgeschlossen werden, wodurch die Stickstoffmengen, die in den Grundwasserleiter gelangten, direkt reduziert würden. Mehr als 1 000 Hektar von insgesamt 8 000 Hektar, die identifiziert worden seien, würden nicht mehr bewässert. Die Grundstücke, die nicht bewässert werden dürften, seien hinlänglich bekannt. Er prognostiziert, dass sie bis Ende dieses Jahres ihre Tätigkeit eingestellt haben würden und der Druck auf den Grundwasserleiter abnehme. Mit der Erklärung eines chemischen Risikos für den Grundwasserleiter im Juli 2020 habe der Einsatz von Düngemitteln im Gebiet des Campo de Cartagena reduziert werden müssen. Es gebe auch Vorsichtsmaßnahmen, die die legalen Grundstücke betreffen. Für die Durchführung dieser Maßnahmen sei eine Koordination mit der Region erforderlich, da sie in die gemeinsame Zuständigkeit fielen. Es gebe einen Aktionsplan mit den Maßnahmen, die erforderlich seien, um alle Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen, und dieser werde derzeit aktualisiert. Der Ausschuss der zuständigen Behörden existiere, um das Problem der Zuständigkeiten in diesem Bereich zu lösen, und gebe grünes Licht für die Maßnahmen.

Herr González Suela ergreift das Wort, um weitere Fragen zu beantworten. Das Kompetenzsystem in Spanien sei komplex, aber in der spanischen Verfassung und im Regionalstatut gut definiert. Die wichtigste Botschaft, die er vermitteln wolle, sei, dass es sich um ein Problem handle, das alle betreffe, ungeachtet der Verteilung der Zuständigkeiten. Die Verwaltungen müssten koordiniert arbeiten, um diese Situation zu ändern. Es gebe weder eine magische noch eine sofortige Lösung, aber sie hätten eine klare Vorstellung von dem zu beschreitenden Weg. Er betont, dass eine Umgestaltung des Modells mit Lösungen, die ihre Grundlage in der Natur hätten, und von Maßnahmen, die an der Quelle ansetzen müssten, um das Problem zu lösen, wichtig seien.

Das begleitende Mitglied der Delegation, Frau Rego, ergreift das Wort, um auf die Verteilung der Zuständigkeiten in Spanien hinzuweisen und darauf, wer für was verantwortlich sei. Sie

wolle ein Beispiel dafür, worauf man sich beziehe, wenn man davon spreche, an der Quelle des Problems anzusetzen, die Ursachen zu kennen und dies mit dem EU-Verursacherprinzip zu verknüpfen. Man brauche strategische Pläne, um das Problem zu lösen, und nicht nur einzelne Pflaster. Sie wolle auch wissen, wie die Koordination mit den Regionen ablaufe und wie das Budget von 484 Millionen Euro in konkrete Maßnahmen umgesetzt werde.

Herr Ros Sempere dankt den Rednern für ihre Ausführungen. Er erklärt, dass das Mar Menor genau das brauche. Er betont, dass das Modell geändert werden müsse, dass man an der Quelle der Probleme ansetzen müsse und sich nicht auf Lösungen am Ende der Pipeline konzentrieren dürfe. Er fragt, ob die Erklärung des allgemeinen Interesses an den öffentlichen Arbeiten vorgenommen werden musste, weil jemand seine Arbeit nicht gemacht habe. Ein weiteres Problem sei die Schwierigkeit, das Verursacherprinzip auf diese Frage der diffusen Verschmutzung von Gewässern durch Nitrate anzuwenden. Er habe gehört, wie andere Verwaltungen über Pumpensysteme, Verteiler, Gräben und Zero Waste gesprochen hätten, und es scheine ihnen nicht klar zu sein, dass die EU und der Grüne Deal ebenfalls eine Änderung des Modells erforderten. Er verstehe die Notwendigkeit einer Agrarreform in der gesamten Region, die unterstützt werden könne, um ein nachhaltiges Modell zu schaffen.

Auch Frau Rodríguez Ramos dankt den Rednern für ihre Beiträge. Sie erklärt, die Zivilgesellschaft habe das Gefühl, dass sofort gehandelt werden müsse. Sie konzentriere sich auf die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung und der Viehzucht. Was die illegalen Bewässerungsflächen anbelange, so hätten ihr einige Organisationen mitgeteilt, dass die Reduzierung der 8 000 Hektar nur sehr langsam vorankomme und bisher nur 300 Hektar betroffen seien. Außerdem sei unklar, wie der Ausschluss von Nitratdüngern auf 12 000 Hektar überwacht werden solle. Sie wolle etwas über einige der Maßnahmen erfahren, die die Küstenstädte betreffen.

Herr Buxadé ergreift das Wort und erklärt, dass aus den vorangegangenen Treffen nicht geschlossen werden könne, dass die Landwirtschaft für die Verschmutzung des Mar Menor verantwortlich sei. Einige Leute hätten das gesagt, aber es gebe auch das Problem der Abflüsse aus dem Bergbau und der Abwässer. Er bezieht sich auf eine Studie des Spanischen Ozeanographischen Instituts über die sintflutartigen Regenfälle und die Überschwemmung des Mar Menor mit phosphathaltigen Elementen, die die Eutrophierungsepisode und die weitere Episode im Sommer 2021 verursacht hätten, zu einem Zeitpunkt, an dem die Hotelbelegung in der Gegend mit einem Anstieg von 100 000 Personen in zwei Monaten am höchsten sei. In dieser zweiten Episode sei in den Studien auch von einer übermäßigen Belastung mit Phosphaten die Rede, die nicht mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Verbindung stünden. Er fragt sich, weshalb die nationalen Behörden die Landwirtschaft opfern wollten, aber nicht andere Aktivitäten, wie z. B. die Jachthäfen oder die Stadtentwicklung. Er sei der Meinung, dass nicht ein einziger Arbeitsplatz eines Spaniers geopfert werden dürfe. Er fragt nach den Schleusentoren (golas) und warum sie nicht geöffnet würden, um das Wasser aus dem Mittelmeer ins Mar Menor zu leiten. Er fragt nach dem Zero-Waste-Plan und warum einige der darin vorgesehenen Maßnahmen nicht umgesetzt werden könnten, da dies von den Bürgermeistern einiger Gemeinden gefordert werde, insbesondere im Falle derjenigen, die sich mit den Abwassersystemen befassten.

Herr Vincze kommt auf die Frage der verwaltungsübergreifenden Kommission des Mar Menor zurück, die nicht beantwortet worden sei. In Bezug auf die Landwirtschaft wünsche er sich eine Klärung, da er von Vorrednern gehört habe, dass es sich um eine sehr

leistungsfähige Branche handle, die den modernen Praktiken entspreche, dies jedoch nach Angaben der nationalen Behörden nicht der Fall sei.

Herr Estrela Monreal antwortet auf die Frage, wie das Problem an der Wurzel angegangen werden könne. Das Problem werde nicht allein durch die Landwirtschaft verursacht, denn es gebe auch Nitrate und Phosphate, und das seien die Nährstoffe, die letztlich das Problem der Eutrophierung verursachten. Der Eingriff an der Quelle bestehe darin, den Düngemiteleininsatz zu reduzieren. Die Nitratkonzentrationen würden 200 oder sogar 300 mg/Liter erreichen, während der Grenzwert bei 50 mg/Liter liegen sollte. Er schlägt auch vor, in einigen städtischen Gebieten einzugreifen, in denen die Regenwasserspeicher oder Klärgruben nicht richtig funktionierten. Es bestehe keine Notwendigkeit, einen Wirtschaftszweig zu opfern. Die Eutrophierung sei schon seit Langem ein Problem, aber jetzt habe sie das Sterben von Tausenden von Fischen und Algen durch Anoxie-Episoden verursacht. Die wichtigsten Maßnahmen, die mit EU-Mitteln finanziert würden, beträfen den Schutz vor Überschwemmungen und die Verhinderung des Zuflusses von Nährstoffen in die Lagune in derartigen Situationen, da die Chlorophyllkonzentration im Mar Menor exponentiell ansteige. Das Wasser müsse die Lagune langsamer erreichen. Auch die Flussbetten würden wiederhergestellt, ebenso wie Grüngürtel und Maßnahmen zur Förderung der Wiederaufforstung. Was den Zero-Waste-Plan anbelange, so seien einige der Maßnahmen, die jetzt angewendet würden, bereits vorhanden gewesen. Was sie nicht wollten, sei der Bau von riesigen Verteilern, die Nitrate auffangen, damit sie nicht in das Mar Menor gelangten. Sie seien für die Förderung einer nachhaltigeren Landwirtschaft, um Verschmutzungsprobleme zu verhindern. Campo de Cartagena nutze das Wasser sehr effizient, erfülle aber nicht die gesetzlichen Vorschriften, da die Nitratkonzentrationen im Grundwasserleiter über dem Grenzwert lägen, was jedoch schwer zu überwachen sei, da es sich um eine diffuse Verschmutzung handele. Wenn der Grundwasserleiter in schlechtem Zustand sei, werde auch das Mar Menor in Mitleidenschaft gezogen.

Daniel Caballero Quirantes, Leiter der Murcia Coast Demarcation, spricht über die Schleusentore. Aus wissenschaftlicher Sicht gebe es keine eindeutigen Beweise für die Vorteile der Öffnung dieser Kanäle und auch nicht für ihre negativen Folgen. Wenn man einen Experten bzw. eine Expertin für Thermodynamik befrage, werde er/sie sagen, dass es vorteilhaft sei, wenn man hingegen einen Experten bzw. eine Expertin für Umweltschutz frage, werde er/sie sagen, dass es schädlich sei. Die Region Murcia wolle im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Kanäle ausbaggern, habe aber nie eine Genehmigung für diese Arbeiten beantragt.

Herr Fernando de la Gándara García, Direktor des Spanischen Ozeanographischen Instituts (Ozeanographisches Zentrum von Murcia), antwortet auf die Erwähnung des Berichts seiner Institution, der sich nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auch auf andere Ursachen beziehe. Sie hätten das Fischsterben untersucht, die während der beiden Episoden im Oktober 2019 und im August 2021 aufgetreten seien. Im ersten Fall hätten sie erklärt, dass die Ursache die Sulfidbildung durch die Fäulnis der Algen auf dem Meeresboden gewesen sei. Im zweiten Fall sei das Fischsterben durch einen Sauerstoffmangel aufgrund des vorhandenen Phytoplanktons und dessen Sauerstoffverbrauch während der Nacht verursacht worden. Er erwähnt, dass der Experte für dieses Thema Juan Manuel Ruiz ist, der am nächsten Tag anwesend sein werde.

Herr José Vélez Fernández, Delegierter der spanischen Regierung in der Region Murcia, beantwortet die Frage nach dem verwaltungsübergreifenden Forum. Er erklärt, dass die Regionalregierung dieses Forum als politische Arena benutze und dass sie Presseerklärungen abgebe, bevor sie die Sitzungen beende und schriftliche Ergebnisse festhalte. Dies sei der Grund, weshalb einige Bürgermeister und andere Vertreter das Forum verlassen hätten.

Herr González Suela schließt mit der Feststellung, dass Maßnahmen an der Quelle ergriffen werden müssten. Dies stelle eine große Chance zur Lösung dieses Problems dar, und es werde jetzt in Angriff genommen; Es handle sich nicht nur um einen Plan für die Zukunft. Man versuche, alle Anforderungen der Europäischen Kommission bezüglich der Mittel zu erfüllen. Wichtig sei vor allem, dass es auch ein Bewertungssystem gebe, dass die ergriffenen Maßnahmen schrittweise analysiert würden, falls Änderungen vorgenommen werden müssten. Die nationale Regierung sehe sich in der Verantwortung, Antworten zu geben, wenn andere Verwaltungen nicht richtig handelten. Sie müsse in der ersten Reihe stehen und diese Maßnahmen anführen, wobei sie die Hilfe der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Europäischen Kommission mit dem Aufschwungs- und Resilienzplan habe. Er erklärt, dass alte Lösungen nicht ewig angewendet werden könnten, dies wäre ein großer Fehler. Es gebe Chancen für alle, aber das Wirtschaftsmodell müsse geändert werden. Die Menschen müssten sich der Umweltkosten bewusst sein. Mit strategischen Projekten zur wirtschaftlichen Erholung und Transformation (PERTE) würden sie auch der Landwirtschaft bei der Transformation helfen. Die Landwirtschaft sei nicht der Schuldige, aber dieser Wirtschaftszweig müsse sein Produktionsmodell mithilfe der Behörden umstellen. Es gebe auch grüne Arbeitsplätze. Diese Region müsse ein Beispiel für Europa sein.

Donnerstag, 24. Februar 2022 (10.00 bis 13.45 Uhr)

Besuch in den betroffenen Gebieten des Mar Menor

Mitglieder der Delegation verbringen den Tag damit, einige der am stärksten betroffenen Gebiete rund um das Mar Menor mit dem Bus zu besuchen. Einige der Petenten, die Umweltorganisationen wie Ecologistas en Acción und ANSE vertreten, begleiten sie während ihres Besuchs. Auch die regionalen Behörden sind anwesend, vertreten durch Herrn Antonio Luengo Zapata, Regionalrat für Wasser, Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Umwelt, und Herrn Emilio María Dolores Pedrero, Leiter der Fischereibehörde. Darüber hinaus ist Herr Mario Andrés Urrea Mallebrera, Präsident des Segura Hydrographic Confederation, zusammen mit dem Petenten Manuel Macanás an der Rambla del Albujón anwesend. Die Petenten und die Vertreter der Zentral- und Regionalregierung können bei diesem Besuch ihre Anliegen und Vorschläge vorbringen.

Die Besichtigungen verlaufen wie folgt:

- Panoramablick auf das landwirtschaftliche Gebiet um das Mar Menor
- Salinen von Marchamalo und Strand von Los Alemanes
- Strand von Los Nietos
- Mündung der Rambla del Albujón
- Regionalpark Salinas de San Pedro.

Die geplante Bootsfahrt um das Mar Menor kann wegen der Verspätung, die sich bei den übrigen Besuchen ergeben hat, nicht stattfinden.

Donnerstag, 24. Februar 2022 (15.00 bis 16.30 Uhr)

Da die meisten Experten und sozialen Organisationen den Mitgliedern der Delegation ihre Präsentationen zur Verfügung gestellt haben, wird die Zusammenfassung dieser Treffen knapper ausfallen.

Treffen mit Wissenschaftlern

Frau Ždanoka stellt den Mitgliedern der Delegation zunächst die Experten vor und erläutert das Ziel des Besuchs.

Angel Pérez Ruzafa, Professor für Ökologie am Lehrstuhl für Ökologie und Hydrologie der Biologischen Fakultät der Universität Murcia (UMU), ergreift das Wort und erläutert die Situation des Mar Menor, indem er es mit anderen ähnlichen Lagunen im übrigen Europa vergleicht, sowie die verschiedenen Aktivitäten, die sich um diese Ökosysteme herum entwickeln würden. Alle würden über ähnliche einheimische Arten und ähnliche invasive Arten wie die Blaukrabbe verfügen. Das Mar Menor zeichne sich im Vergleich zu anderen Lagunen mit schlammigem Wasser durch die Transparenz seines Wassers aus. Dies sei auf sein sehr vielfältiges Ökosystem zurückzuführen. Er führt aus, dass das Ausbaggern von Kanälen zur Verringerung der Verschmutzung ein schwerwiegender Fehler sei, da die Lagune durch die Beschränkung des Wasserdurchflusses ihre besonderen Eigenschaften

aufrechterhalten könne. Dies sei zum Beispiel in Venedig nicht der Fall, wo das Wasser alle fünf Tage ausgetauscht werde, während es im Mar Menor nur einmal im Jahr ausgetauscht werde. Die Lagune leide seit vielen Jahren unter starken Belastungen (Bergbau, Stadtentwicklung und Tourismus). Der in der Lagune gelagerte Schlick, der praktisch in der gesamten Lagune mehr als einen Meter dick sei, sei auf die Ansammlung der invasiven Alge *Caulerpa prolifera* zurückzuführen, die seit 1986, als sie erstmals auftrat, praktisch das gesamte Mar Menor bedeckt habe. In den 1990er Jahren sei die Vermehrung von Quallen festgestellt worden, und Experten hätten bestätigt, dass diese zur Senkung des Nährstoffgehalts beitragen. Sie hätten auch erkannt, dass sich die durch die intensive Landwirtschaft verursachten Veränderungen der Nährstoffmengen im Becken auf die Lagune auswirkten. Ein komplexes Ökosystem habe es dem Mar Menor ermöglicht, das Wasser so lange klar zu halten. Im Jahr 2015 sei festgestellt worden, dass das System kurz vor dem Zusammenbruch stehe, und anschließend der Chlorophyllgehalt angestiegen sei und es zu einigen Episoden mit schlammigem Wasser gekommen sei. Als die Verschmutzungen eingedämmt worden seien, habe sich die Lagune erholen können. Der Zustrom von Wasser aus den Flussbetten und aus dem Grundwasser sei zu hoch, und es kämen ständig Nährstoffe hinzu. Er unterstütze den Plan, den Wasserstand im Grundwasserleiter zu senken. Er glaube an einen grünen Deal mit blauem Wachstum, bei dem die Landwirtschaft mit anderen Aktivitäten vereinbar sei.

Julio Mas Hernández, ehemaliger Direktor des spanischen Ozeanographischen Instituts, möchte auf die Probleme des Mar Menor eingehen, die sich seit 2016 verschärft hätten. Die besonderen Merkmale der Lagune seien verloren gegangen, ebenso wie ihre Fähigkeit, sich zu erholen. Das multifaktorielle Problem betreffe unter anderem den Bergbau und den Zufluss von nährstoffhaltigem Wasser. Eine der Besonderheiten des Mar Menor sei sein im Vergleich zum Mittelmeer unterschiedlicher Salzgehalt. Es werde darüber diskutiert, ob die Zufuhr von Wasser aus dem Grundwasserleiter, das seinen Salzgehalt senkt, und die Öffnung und Ausbaggerung der Kanäle, die beide Meere miteinander verbinden, als vorrangige Maßnahmen betrachtet werden sollten. Das Fischereiwesen habe unter dieser Verschlechterung der Lagune gelitten. Das Vorhandensein störender Arten wie Phytoplankton sei sehr gefährlich für das Mar Menor und seine Erholung. Die Existenzberechtigung der Nitratrichtlinie beruhe auf der Tatsache, dass es sich dabei um schädliche Stoffe handle. Er sei der Meinung, dass die Antwort auf das Problem nicht im Auffangen von Wasser mit einer neuen Infrastruktur bei gleichzeitiger Beibehaltung des gleichen Modells liege. Das Mar Menor und der Campo de Cartagena bedürften einer städtebaulichen und landwirtschaftlichen Organisation mit einem Recycling- und Wartungssystem für das Wasser und einem Rückgewinnungssystem auf natürlicher Basis. Ein Grüngürtel sei erforderlich.

José Luis García Aróstegui, leitender Wissenschaftler am Spanischen Institut für Geologie und Bergbau (Büro Murcia) und außerordentlicher Professor für Hydrologie an der Fakultät für Ökologie und Hydrologie der Universität Murcia, weist darauf hin, dass das Problem der Eutrophierung des Mar Menor eindeutig mit dem Grundwasserleiter und dem unterirdischen Wasser verbunden sei. Um dieses hydrogeologische Problem zu lösen, seien enorme Investitionen erforderlich. Es bestehe ein Problem mit der Repräsentativität der Punkte, an denen die Nitratwerte gemessen und an die EU übermittelt werden. Er stellt eines der Projekte vor, an dem er beteiligt sei und das von Interreg finanziert werde. Campo de Cartagena habe sich von 3 000 Hektar bewässerter Fläche zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf heute etwa 50 000 Hektar entwickelt, die Wasser aus dem Grundwasserleiter und aus dem Tajo-Segura-Transfer bezögen. Der Grundwasserleiter aus dem Quartär sei derjenige, der mit dem Mar

Menor verbunden sei. Um das Problem zu verstehen, müsse man ein Jahrhundert zurückgehen. Das Wasser fließe weiter, auch wenn es nicht sichtbar sei, und ein weiteres Problem sei das Fehlen von Feuchtgebieten aufgrund der Stadtentwicklung. Früher habe sich das Wasser 20 Meter unter der Erde befunden, heute gebe es Orte, an denen es weniger als einen Meter unter der Erde fließe. Dieser Anstieg des Pegels hänge auch mit der Verringerung der Wasserentnahme durch Pumpen zusammen, was auf die Entwicklung von Entsalzungsanlagen zurückzuführen sei. Zum Zeitpunkt des Besuchs der Delegation in dem Gebiet flössen etwa 55 Liter/Sekunde aus der Rambla del Albujón. Wir müssten diese Werte senken, um das Auftreten dieses Problems zu verhindern. Feuchtgebiete seien nur teilweise wirksam. Er sei der Ansicht, dass man an der Quelle ansetzen müsse, der derzeitige Wasservorrat im Grundwasserleiter jedoch verwaltet werden müsse.

Juan Manuel Ruiz, Forscher am spanischen Ozeanographischen Institut (Ozeanographisches Zentrum von Murcia), ist Mitverfasser einiger der Berichte über den aktuellen Zustand des Mar Menor. Er erklärt, dass er in San Pedro del Pinatar, direkt an der Küste des Mar Menor, Forschungsarbeiten durchführe. Er untersuche marine Ökosysteme, ihre Struktur, Funktionsweise und Entwicklung. Seine besondere Aufmerksamkeit gelte der Interaktion des Menschen mit der Meeresumwelt. Das Spanische Ozeanographische Institut berate die verschiedenen öffentlichen Verwaltungen. Zusammen mit dem Ministerium für ökologischen Wandel sei es für die Umsetzung mehrerer EU-Richtlinien (einschließlich der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) verantwortlich. In den letzten Jahrzehnten hätten sie ihr Wissen über das Mar Menor und seine Umweltsituation erweitert, lange bevor die aktuellen Probleme öffentlich sichtbar geworden seien. Sie hätten die zuständigen Behörden vor der Gefahr eines Zusammenbruchs des Ökosystems gewarnt. Unglücklicherweise habe sich diese Prognose mehr als erfüllt. Dies sei ein Musterbeispiel für den Prozess der Eutrophierung. Dieser Prozess sei sehr viel komplexer als das bloße Vorhandensein von Nitraten. Die Zugabe von Nährstoffen, die durch menschliche Aktivitäten verursacht wird, sei die notwendige Voraussetzung für diesen Prozess. In diesem Zusammenhang seien Landwirtschaft, Viehzucht, Stadtentwicklung und Luftverschmutzung die Hauptquellen für Nährstoffe. Er vertritt die Auffassung, dass massive Phytoplanktonblüten oder Episoden von Sauerstoffmangel für sich genommen diesen Prozess der Eutrophierung nicht verursachen könnten. Hitzewellen und andere Ereignisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel könnten nicht als Ursache für die Verschlechterung des Mar Menor verantwortlich gemacht werden. Er führt aus, dass die überwiegende Mehrheit der wissenschaftlichen Gemeinschaft diesen Gedankengang teile. Es gebe keinen wissenschaftlichen Konflikt unter den Wissenschaftlern. Es gebe nur Äußerungen, die von nichtwissenschaftlichen Interessen beeinflusst seien und dazu dienten, die öffentliche Meinung zu verwirren und das Ansehen der Wissenschaftler und der Wissenschaft zu untergraben. Es sei dringend notwendig, einige Änderungen vorzunehmen, damit die wissenschaftliche Gemeinschaft ihre Arbeit unabhängig ausführen könne. Es müsse ein unabhängiger wissenschaftlicher Ausschuss eingesetzt werden. Die technischen Lösungen für die Probleme des Mar Menor müssten sich auf die beste verfügbare Wissenschaft stützen. Das Mar Menor brauche zuverlässige Überwachungssysteme, um den Zustand der Lagune in Echtzeit zu kontrollieren, und eine gute Koordination zwischen den Behörden.

Gonzalo González Barberá von der Forschungsgruppe für Boden- und Wasserschutz, Centro de Edafología y biología aplicada del Segura (CEBAS), beim spanischen Forschungsrat (CSIC) erklärte, dass das Problem des Mar Menor seinen Ursprung außerhalb der Lagune habe. Grundwasser und Oberflächenwasser, das in das Mar Menor fließe, seien die

Hauptquellen der Nährstoffe, die den Eutrophierungsprozess verursachten. Vor zehn oder 15 Jahren seien auch Abwässer in die Lagune geflossen, die man heute viel besser unter Kontrolle habe. Er bestätigt, dass die Landwirtschaft die Hauptquelle dafür sei, dass Nährstoffe in das Mar Menor gelangen. Er erklärt, dass, wenn in der Vergangenheit Wasser aus dem Grundwasserleiter entnommen, entsalzt und zur Bewässerung verwendet worden sei, die zurückbleibende Salzlake in die Lagune gelangt sei. Er führt aus, dass die öffentlichen Verwaltungen ihren Überwachungs- und Kontrollauftrag aufgegeben hätten. Jetzt liege das Problem vielleicht darin, dass nicht genug Wasser aus dem Grundwasserleiter gepumpt werde, aber früher seien durch diese Leitungen auch Nährstoffe aus den Entsalzungsanlagen in das Mar Menor gelangt. Er halte es für wichtig, alle möglichen Lösungen zu diskutieren, einschließlich des Baus von Infrastrukturen und der Wasserentnahme aus dem Grundwasserleiter. Es gebe jedoch Maßnahmen, die an der Quelle des Problems ansetzen müssten. Es gehe nicht nur darum, weniger Düngemittel zu verwenden, sondern auch die Bewässerungssysteme zu verbessern. Sehr wichtig sei die Installation von Sonden zur Kontrolle der Wassermenge, die durch den Boden versickert, die von der Regionalregierung entwickelt würden. Beim Auftreten sintflutartiger Regenfälle führe das abfließende Wasser große Mengen an Sedimenten, Nährstoffen und Phosphor mit sich. Im Jahr 2019, als es zu sintflutartigen Regenfällen gekommen sei, sei die Menge an gelöstem Phosphor, die an einem Tag in das Mar Menor gelangt sei, 100 Mal höher gewesen als die zu diesem Zeitpunkt in der Lagune vorhandene Menge. Die intensive Landwirtschaft habe vergessen, den Boden zu schützen. Seit der Einführung von Wasserleitungen werde der Boden nur noch als physische Stütze betrachtet, es gebe keine Terrassen mehr. Diese Änderung könne leicht umgesetzt werden und sei nicht sehr teuer. Es handle sich eher um einen kulturellen Wandel, aber auch um einen, der es den Landwirten ermöglichen werde, die Vorschriften einzuhalten.

Francisca Giménez Casalduero, Professorin für Meereswissenschaften und angewandte Biologie an der Fakultät für Naturwissenschaften der Universität Alicante (UA), konzentriert sich auf die Folgen, die diese Situation für die Arten und die Vielfalt des Mar Menor hat. Sie erwähnt die *Pinna nobilis*, eine gefährdete Art, die erst seit 2016 im Mar Menor und im Ebrodelta zu finden sei. Die Lagune habe zum Vorratsbecken für diese Art werden sollen. Bis 2015 habe es rund 1,6 Millionen Exemplare im Mar Menor gegeben, die aber von der Eutrophierung betroffen gewesen seien. Die Sterberate habe 99 % der Population erreicht. Nach 2016 habe es nur noch 6 000 Exemplare gegeben. Sintflutartige Regenfälle im Jahr 2019 und eine erneute Eutrophierungsepisode im Jahr 2021 hätten die Population auf 800 Exemplare schrumpfen lassen. Dies sei nur ein Beispiel, aber es gebe noch viele andere. Sie erklärt, dass es eine direkte Verbindung zwischen der industriellen Landwirtschaft und der Verschlechterung des Mar Menor gebe. Die Untätigkeit der zuständigen Behörden sei auf Desinformation oder schlechte Überwachung zurückzuführen. Sie sei der Meinung, dass die Geschichte manipuliert worden sei, ohne dass es eine wirkliche wissenschaftliche Grundlage gebe. Als Gesellschaft müssten wir entscheiden, welche Art von Mar Menor wir wollten. Entweder einen Behälter mit klarem Wasser, der durch mechanische oder künstliche Filtersysteme in diesem Zustand erhalten wird – und wenn dies der Fall ist, sollten wir alle Schutzmaßnahmen aufgeben, wobei wir dann das verlieren, was die Lagune auszeichnet –, oder ein ausgeglichenes und wiederhergestelltes Ökosystem mit ökologischen Werten. Sie plädiert dafür, den Ehrgeiz zu entwickeln, das ursprüngliche Mar Menor wiederherzustellen. Der Wiederherstellung der Umwelt solle Vorrang eingeräumt werden, indem äußere Belastungen beseitigt würden, damit sich das System von selbst erholen könne. Im Jahr 2018 habe jeder gesehen, dass das Mar Menor in der Lage sei, sich selbst neu zu erfinden, als die Leckagen gestoppt wurden. Abkürzungen seien überhaupt nicht gut.

Juan Carlos Fernández Zapata, Agraringenieur an der Universität Miguel Hernández in Elche, spricht als Liebhaber des Mar Menor. Experten sprächen manchmal über verschiedene Aspekte der Situation. Dies sei jedoch nur der sichtbare Teil eines umfassenderen Ökosystems. Das Mar Menor sei eng mit dem Wassereinzugsgebiet und einem Grundwasserleiter aus dem Quartär verbunden. Eine weitere Umweltkatastrophe in der Nähe der Lagune sei das Bergbauggebiet. In den 1960er Jahren sei die Situation des Mar Menor eine völlig andere als heute gewesen, und die Art und Weise, in der das Bergbauggebiet traditionell ausgebeutet worden sei, habe sich stark von dem später angewandten industriellen Verfahren unterschieden. Von den 1960er bis zu den 1990er Jahren sei es zum Zusammenbruch des Bergbaus in diesem Gebiet gekommen. Die Verschmutzung durch Schwermetalle, die in die Lagune gelangten, sei ein sehr wichtiger Faktor und dürfe nicht ignoriert werden. Die Belastungsfaktoren für das Mar Menor seien die Bergbautätigkeit, die Stadtentwicklung ab den 1970er Jahren und erhebliche Veränderungen in der Biologie und im Verhalten der Lagune gewesen. In den 1980er Jahren habe der Tajo-Segura-Wassertransfer die wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Gebiet verändert. Die Belastung sei immer größer geworden, ohne, dass etwas unternommen worden sei, und im Jahr 2001 habe die EU-Richtlinie den Campo de Cartagena zu einem nitratgefährdeten Gebiet erklärt. Das sei mehr als 20 Jahre her. Die Belastungsfaktoren hätten zugenommen, ohne, dass die zuständigen Behörden angemessene Maßnahmen ergriffen hätten. Der Zusammenbruch sei eingetreten, als die Anfälligkeit des Systems durch eine Reihe von Umweltereignissen deutlich wurde. Früher sei das System im Sommer vorübergehend durch die Überfüllung aufgrund der Touristenströme in Mitleidenschaft gezogen worden und habe sich dann im Laufe des Jahres wieder erholt. Mit zunehmenden Belastungsfaktoren habe diese Erholungsfähigkeit abgenommen, was zu den ökologischen Zusammenbrüchen von 2016 und 2019 geführt habe. Wiederum seien keine Maßnahmen ergriffen worden. Zwar seien zwei Gesetze zum Schutz der Lagune verabschiedet worden, aber ohne wirkliche Wirkung. Die Belastungsfaktoren müssten gestoppt werden. Das große Problem seien jetzt die großen Abflussmengen nach sintflutartigen Regenfällen und die enormen Zuflüsse von nährstoffreichem Wasser in die Lagune.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Frau Ždanoka beginnt damit, dass die Delegation zuvor gehört habe, dass es unterschiedliche Meinungen unter den Wissenschaftlern gebe, und heute habe sie gehört, dass Einstimmigkeit herrsche. Sie habe gelesen, dass eine falsche Interpretation der Ergebnisse zu Fehlinformationen geführt habe, und sie wolle diese Situation und die Möglichkeit eines unabhängigen wissenschaftlichen Ausschusses verstehen.

Herr Vincze sagt, er wisse, dass es sich um ein komplexes Problem handele, und fragt, wie die Belastung des Mar Menor durch die externen Faktoren beseitigt werden könne. Darüber hinaus stelle sich die Frage des Klimawandels, der nicht kontrolliert werden könne und der starke Regenfälle und Abflüsse in das Mar Menor bringen werde, was wiederum zu Veränderungen im Ökosystem führen werde. Er fragt, ob die Experten glaubten, dass die von den Behörden ergriffenen Maßnahmen ausreichten, um diese Situation zu lösen.

Herr Wiezik ist ebenfalls der Meinung, dass das Bild nach den jüngsten Präsentationen eher verschwommen sei, und er erklärt, dass die Delegation gekommen sei, um die Fakten zu überprüfen und eine klare Botschaft zu hören. Während der Exkursion habe er gesehen, dass bestimmte Dinge offensichtlich seien und nicht in Zweifel gezogen werden könnten. Er habe in verschiedenen Bereichen die deutliche Eutrophierung der Lagune gesehen. Er habe gesehen, dass der Meeresboden mit Algen bedeckt sei, was für dieses Gebiet nicht normal sei. Den Fall der *Pinna nobilis* werte er als eine Katastrophe. Die Frage sei, was kurz- und langfristig zu tun sei. Seiner Meinung nach sei die Landwirtschaft die Hauptquelle der Nährstoffe, die ins Mar Menor gelangten. Die Rambla del Albuñón wirke wie ein Abwasserkanal, und es werde nichts dagegen unternommen. Der größte Teil der Verschmutzung stamme von vor vielen Jahren und die heutige Landwirtschaft sei nachhaltiger.

Die Experten antworten, dass es je nach Wirtschaftszweig noch Diskussionen im wissenschaftlichen Ausschuss gebe. Herr García Aróstegui erklärt, dass er als einziger Hydrogeologe keine Diskussion führen könne, wenn es um unterirdische Gewässer gehe. Natürlich seien vor 60 Jahren Düngemittel nicht in der gleichen Weise eingesetzt worden wie heute. Außerdem werde durch das Abpumpen von Wasser aus dem Grundwasserleiter und die flächendeckende Bewässerung anstelle der Tropfbewässerung die Menge der in die Lagune fließenden Nährstoffe erhöht. In den 1970er Jahren sei der Grundwasserleiter bereits stark verschmutzt gewesen. Das Problem sei das Eindringen von Meerwasser aus dem Mar Menor in den Grundwasserleiter. Durch das aus dem Transfer stammende Wasser besserer Qualität habe sich die Ausbeutung des Grundwasserleiters verringert und sein Pegel sei gestiegen, aber jetzt ändere sich der Pegel durch Niederschläge und nicht durch Bewässerung. Der Boden müsse von Nährstoffen gereinigt werden, um ein Abfließen zu verhindern, und das sei eine schwierige Aufgabe.

Frau Giménez Casaldueiro antwortet auf die Frage nach Fehlinformationen. Sie glaube, dass die Ereignisse im Mar Menor nicht neu seien und gut untersucht worden seien. Es bestehe ein großes Interesse daran, diese Informationen zu verschleiern. Die Situation habe mit einer leichten Eutrophierung begonnen und sich dann immer weiter verschlechtert, zunächst durch die Senkgruben einiger Häuser, aber unmittelbar danach durch die Umstellung auf intensive Landwirtschaft. Dann hätten die invasiven Algen *Caulerpa prolifera* begonnen, die Nährstoffe zu absorbieren und sich am Meeresboden zu vermehren. Anfangs sei das Wasser noch klar gewesen, weil diese Algen die Nährstoffe abgebaut hätten. Mit der industriellen Umstellung der Landwirtschaft sei der Nährstofffluss so intensiv geworden, dass sich das gesamte System verändert habe. Die Algen hätten die in die Lagune gelangenden Nährstoffmengen nicht aufnehmen können. Dies habe zum Wachstum des Phytoplanktons geführt, und damit habe der Eutrophierungsprozess im Jahr 2016 begonnen, der zum Absterben von 80 % der Arten am Meeresboden geführt habe. Selbst als sich diese kritische Situation abgezeichnet hätte, hätten einige Kollegen gesagt, dass es dem Mar Menor besser denn je gehe, weil die Schäden nicht sichtbar gewesen seien.

Herr Mas Hernández erklärt, dass es keine wissenschaftliche Einstimmigkeit gebe. Ein Teil der Gemeinschaft denke in die eine Richtung, ein anderer Teil in eine andere. Einige Wissenschaftler verträten ähnliche Ideen wie die regionalen Behörden. Er befürworte die Einsetzung eines unabhängigen wissenschaftlichen Ausschusses. Die erste Lösung bestehe darin, die Belastung des Mar Menor zu beseitigen. Es bedürfe eines integralen Bodennutzungsplans, der alle Nutzungen und Ressourcen des Gebiets berücksichtige. Dabei

müssten auch der Klimawandel und seine Entwicklung berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft sei aufgrund ihrer Ausdehnung und der Art der Flächennutzung einer der hauptverantwortlichen Wirtschaftszweige.

Im Hinblick auf die begleitenden Mitglieder bedankt sich Herr Ros Sempere für die Beiträge der Experten und sagt, er glaube, dass man den Wissenschaftlern und der wissenschaftlichen Wahrheit Respekt zollen müsse. Er sei sehr besorgt darüber, dass Wissenschaftler einen wissenschaftlichen Ausschuss hätten verlassen müssen, der eigentlich unabhängig sein sollte. Er sei besorgt darüber, dass die Gesellschaft glaube, dass es eine Spaltung unter den Wissenschaftlern gebe. Wir müssten auf die Wissenschaft hören und uns auf die Diagnose der Ursachen und Lösungen einigen. Und von diesem Punkt ausgehend müsse mit der Arbeit begonnen werden. Er sei auch besorgt über Verstöße gegen das Gesetz. Er stellt die Frage, wie die Wissenschaftler die Situation des Mar Menor heute einschätzen würden, wenn das Gesetz zum Schutz der Lagune aus dem Jahr 2020 umgesetzt worden wäre. Außerdem fragt er, was passiert wäre, wenn das Gesetz von 1987 und das Gesetz von 1992 zur Stadtentwicklung eingehalten worden wären. In Bezug auf den Grundwasserleiter fragt er, ob dieser sich von selbst gefüllt habe. Wenn es nicht regne und der Pegel des Grundwasserleiters ansteige, müssten Wasser und Nährstoffe von irgendwoher kommen.

Frau Rego erklärt, die Präsentationen seien sehr klar gewesen, auch wenn es einige Widersprüche gegeben habe. Sie fordert einen klaren, wissenschaftlich fundierten Rahmen, um zweifelsfrei handeln zu können.

Frau Rodríguez Ramos erklärt, dass es einen Widerspruch zwischen Maßnahmen an der Oberfläche, mit denen das Austreten von Wasser verhindert werden solle, und Maßnahmen am Grundwasserleiter zu geben scheine. Beide Lösungen seien jedoch miteinander vereinbar. Aufgrund der Komplexität des Problems müssten viele Maßnahmen ergriffen werden, die jedoch nicht alle die gleiche Priorität hätten. Am dringlichsten schienen Maßnahmen zu sein, mit denen das Auslaufen von Wasser und der Zufluss von Nährstoffen in das Mar Menor gestoppt werden könnten. Sie fragt, ob dies im Widerspruch dazu stehe, dass man nicht auf den Grundwasserleiter einwirke. Sie fragt, ob die Wiederherstellung der ursprünglichen Kanäle und die Schaffung von Feuchtgebieten nach Ansicht der Experten gültige Lösungen seien.

Herr Fernández Zapata antwortet auf diese Frage und sagt, es stimme, dass die Landwirtschaft ein Problem verursacht habe. Er sei der Meinung, dass die Diagnose der wissenschaftlichen Gemeinschaft einstimmig sei, auch wenn die Wissenschaftler unterschiedliche Lösungen vorschlugen. Er erklärt, dass alle Wirtschaftszweige miteinander vereinbar sein müssten. Die Landwirtschaft sei ein strategischer Wirtschaftszweig, der von den Behörden geschützt werden müsse. Man habe Fehler gemacht, indem man zu viel Wasser und zu viel Nitratdünger verwendet habe. Es bedürfe einer nachhaltigen Landwirtschaft. Ein weiteres Problem in diesem Bereich sei die Steuerung, wobei das Gesetz von 2020 bis zu fünf verschiedene Gremien zur Verwaltung des Mar Menor vorsehe. Die Komplexität des Problems sei offensichtlich. Die Abwassersysteme hätten immer noch Probleme mit Leckagen und müssten überwacht werden. Es sei ein Gesamtplan erforderlich, der alle Lösungen umfasse.

Herr Ruiz erklärt, dass die Wissenschaftler nach Ansicht der Zivilgesellschaft einen Konflikt und eine Spaltung inszeniert hätten. Diese Konfrontation sei jedoch nicht real, denn es gebe keine solche Konfrontation gemäß der wissenschaftlichen Methode. Es gebe keine

wissenschaftliche Debatte in den Zeitungen. Diese Konfrontation sei von spezifischen Interessen geleitet. Dies müsse angesprochen werden, um die Wissenschaft für die Gesellschaft und die Betroffenen glaubwürdig zu machen. Er sei überrascht zu hören, dass es an der Zeit sei zu handeln, denn es gebe noch viele Aspekte, die in Bezug auf die Situation des Mar Menor untersucht werden müssten. So sei beispielsweise das Abpumpen von Wasser aus dem Grundwasserleiter eine enorme öffentliche Aufgabe. Die Maßnahmen müssten sich auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse stützen. Es solle nicht vergessen werden, dass auch das Mittelmeer von einer ähnlichen Eutrophierung betroffen sei wie das Mar Menor.

Herr González Barberá erklärt, die Frage der Nährstoffe im Wasser sei eine Frage des Gleichgewichts. Die Anoxie des Meeresbodens sei den Wissenschaftlern seit mehr als 30 Jahren bekannt, was durch den Rückgang der Fischerei auf Meeräsche gut veranschaulicht worden sei. Wenn das Ökosystem in der Lage sei, durch Fischfang Nährstoffe aufzunehmen und wieder abzugeben, bleibe das Gleichgewicht erhalten. Die gleiche Frage des Gleichgewichts stelle sich hinsichtlich der Zu- und Abflüsse von Wasser. Ungleichgewichte entstünden, wenn sintflutartige Regenfälle die Gebiete rund um die Lagune überschwemmten. Ein unabhängiger wissenschaftlicher Ausschuss solle sich auf Daten stützen. Es würden Infrastrukturen benötigt, die ein Zusammenleben zwischen der Lagune und den Aktivitäten in der Umgebung ermöglichten.

Herr Pérez Ruzafa bestätigte, dass es lange dauern werde, bis eine Lösung für dieses Problem gefunden sei. Es werde keine sofortige Lösung geben. Er könne sich vorstellen, dass die heutige Landwirtschaft nicht mehr so sei wie vor 25 Jahren, was den Einsatz von Düngemitteln angehe, und dennoch würden alle Studien zeigen, dass die Nitrate immer noch in den Boden gelangten. Es gebe Tausende von Landwirten mit unterschiedlichen Techniken. Was den Grundwasserleiter betreffe, so habe die öffentliche Verwaltung 8 000 Hektar illegal bewässerter Grundstücke ausgemacht. Deren Aktivitäten würden gestoppt, was eine erhebliche Verringerung der Bewässerung bedeute. Die intensive Bewässerung führe dazu, dass der Boden in Campo de Cartagena ständig feucht sei, was das Eindringen von Nährstoffen in den Grundwasserleiter erleichtere. Die Lösung bestehe nicht darin, die Landwirtschaft insgesamt abzuschaffen, sondern die nicht gesetzeskonformen Flächen auszusondern, was eine Verringerung der Belastung um etwa 20 % bedeuten würde. Seiner Meinung nach gebe es in Spanien zu viele Vorschriften und ein Problem bei deren Umsetzung. Er bestätigte, dass das Entwässerungsnetz völlig künstlich sei. Ein Teil des Problems könne durch neue Infrastrukturen gelöst werden, ein anderer Teil erfordere jedoch Änderungen der landwirtschaftlichen Praktiken, um sie nachhaltig zu gestalten.

Frau Ždanoka bedankt sich bei den Experten für ihre wertvollen Beiträge, die in den Empfehlungen berücksichtigt würden.

Donnerstag, 24. Februar 2022 (16.45 bis 18.15 Uhr)

Treffen mit sozialen Organisationen

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses stellt Frau Ždanoka die Mitglieder der Delegation vor und übergibt das Wort an die Vertreter der verschiedenen sozialen Organisationen.

Die Vertreter des Kollektivs „Banderas Negras“, Teresa Conesa und Pedro Macanás, erklären, dass das grundlegende Problem darin bestehe, dass die europäischen, staatlichen und regionalen Vorschriften, die die Küstenlagune betreffen, nicht eingehalten würden. Es sei Aufgabe der Regionalregierung, der lokalen Verwaltungen und der Segura Hydrographic Confederation, die Einhaltung der Vorschriften zu überwachen, aber sie hätten jahrzehntlang weggeschaut und systematische Verstöße ohne entsprechende Strafen oder Sanktionen zugelassen. Diese Straffreiheit habe zu einer fehlenden Kontrolle und zu einem Anstieg der Zahl der Unternehmen geführt, deren Gewinne begünstigt worden seien, da sie in keiner Weise gebremst worden seien und sogar europäische Gelder hätten erhalten können. Die Ursachen für die Zerstörung dieses einzigartigen Ökosystems seien der unkontrollierte Städtebau, der unverantwortliche Bergbau, die unzureichende Wasserwirtschaft, Abwässer aller Art sowie die sehr aggressive Agrarindustrie und Viehzucht. All dies geschehe auf Flächen, die aus drei Grundwasserleitern gespeist und mit Wasser aus dem Tajo-Segura-Transfer bewässert würden. Frau Conesa und Herr Macanás beklagen, dass bisher keine Maßnahmen ergriffen worden seien, die direkt der Erholung dieses einzigartigen Ökosystems zugutekämen, und dass man die Hilfen aus Europa überwachen und kontrollieren müsse, da die seit 2016 andauernden Ökozide zeigten, dass die Verwaltung dieser Mittel durch die zuständigen Regierungen katastrophal gewesen sei. Um die Küstenlagune zu sanieren und die Zukunft des Gebiets wiederherzustellen, hätten verschiedene Umwelt-, Technik- und Wissenschaftsgruppen der Umwelt- und Bürgerbewegung stets darauf hingewiesen, dass in der Region vorrangige Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Die Sprecherin von „Por un Mar Menor Vivo“, Caroline Rivière, konzentriert sich auf die verschiedenen Probleme, die zur Verschlechterung des Mar Menor geführt hätten, nämlich die intensive Land- und Viehwirtschaft, die Abflüsse aus dem Tajo-Segura-Transfer, die unkontrollierte Stadtentwicklung und die Untätigkeit der regionalen Behörden, die dies als Bedrohung für die Entwicklung ihres Wirtschaftsmodells betrachtet hätten. Die Suche nach Lösungen erfordere das Eingreifen und das Engagement vieler Beteiligten. Das Fehlen einer konzertierten Aktion könne mit einem „Custody of the territory“-Ansatz gelöst werden, wie er auf den Kanarischen Inseln angewandt werde, einschließlich eines Plans, der von allen relevanten Verwaltungsebenen ausgearbeitete Lösungen enthalte. Doch auch aktive Konsultationen mit allen Umweltschützern, Nachbarn, Landwirten, Fischern, dem Fremdenverkehr, der Bauindustrie, Arbeitnehmern, Wissenschaftlern und Bewässerungsverbänden seien ein Schlüssel für die Lösungsfindung. Sie erklärt, dass bis heute Millionen von Euro für nutzlose Lösungen ausgegeben worden seien, mit denen das Problem nicht an der Wurzel angegangen worden sei. Ganz zu schweigen davon, dass die Gesetzgebung nicht durchgesetzt werde und es keine angemessene Überwachung gebe. Sie betont, dass die Region Murcia und die Behörden im Campo de Cartagena und im Mar Menor ohne das direkte Eingreifen der Europäischen Union niemals in der Lage sein würden, die Vorschriften der Wasserrahmenrichtlinie von 2000 und der Nitratrichtlinie von 1991 zu erfüllen. Sie nutzt die Gelegenheit, um einen ehrgeizigen Vorschlag zu unterbreiten, nämlich, dass die Europäische Union in Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung ein mehrjähriges Programm einrichten solle, das dem „besseren Wiederaufbau“ des Mar Menor und des Campo de Cartagena gewidmet sei und das die Forschung und die Erprobung innovativer Ansätze zur Verbesserung der Praktiken in der Landwirtschaft und der Viehzucht zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums unterstützen solle. Dies könne als praktisches Bemühen um die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und damit zusammenhängender EU-Strategien und -Politikfelder betrachtet werden, in der Hoffnung, dass in einigen Jahren

die gewonnenen Erkenntnisse auf ähnliche Situationen in Europa und anderswo angewandt werden könnten.

Der Vertreter der Bürgerplattform „SOS Mar Menor“, Ramón Pagán, erklärt, man versuche, der Stimme der Einwohner der Region Murcia überall Gehör zu verschaffen. Sie seien sehr zuversichtlich, dass dieser Besuch fruchtbar sein werde. Der Bericht der Delegation soll es der Europäischen Union ermöglichen, die Grundlagen für die Wiederherstellung des Mar Menor zu schaffen. Die EU-Mittel müssten in diesem Bereich optimal eingesetzt werden, insbesondere die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik. Unter Berufung auf einen Bericht der Wirtschaftswissenschaftlerin Genoveva Aparicio erklärt er, dass die meisten dieser Mittel an große multinationale Agrarunternehmen gingen. Dies sei es, was dem Mar Menor am meisten schade. Er fordert eine Umgestaltung des Agrarmodells. Die Zukunft der Region Murcia sei mit der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft und dem Schutz des Mar Menor verbunden. Es sei eine Quelle des Reichtums für die gesamte Region. Ohne das Mar Menor gäbe es keinen Tourismus und alle Küstendörfer würden sterben, wie es derzeit in Los Nietos zu beobachten sei. Es sei sehr wichtig, dass das Gesetz eingehalten werde und dass die öffentlichen Gelder dafür verwendet würden, wirksame Lösungen für die Ursache des Problems zu finden.

Der Vertreter des Kollektivs „Elegimos Mar Menor“, Bernardo Sáez, erläutert die Ziele dieser umfassenden Bewegung. Anschließend verliest er sein Manifest, dessen Kernaussage der Schutz der Natur vor wirtschaftlichen Interessen und menschlichen Aktivitäten ist. Er erklärt, dass die Verschmutzung durch Abwässer gestoppt und die Landwirtschaft auf das begrenzt werden sollte, was das Ökosystem tragen könne. Er erklärt, die Menschen wollten nicht im Dienste der multinationalen Agrarkonzerne leben. Sie würden die traditionellen ökologischen Werte des Gebiets wiederherstellen wollen. Sie würden eine Neugestaltung des Tourismusmodells fordern, um die städtische Entwicklung und die nautischen Freizeitaktivitäten zu stoppen. Sie würden gerne einen Grüngürtel um das Mar Menor mit einheimischen Arten und nachhaltiger Landwirtschaft wiederherstellen und naturnahen Lösungen den Vorzug geben. Sie seien gegen unnütze öffentliche Bauvorhaben. Sie würden die Wiederherstellung des natürlichen Abwassernetzes fordern und den Abriss illegaler Bauten in Überschwemmungsgebieten als vorrangig ansehen. Sie würden einen größtmöglichen gesetzlichen Schutz des Mar Menor fordern. Sie würden sofortige Maßnahmen fordern, um eine Selbsterstörung zu verhindern, die in fünf Verben zusammengefasst seien:
Reduzieren/Rückführen/Wiederherstellen/Reparieren/Zurückgewinnen.

Juan Francisco Ortuño Hernández, der Vertreter der Plattform der vom Schwermetallbergbau in der Sierra de Cartagena und La Unión betroffenen Menschen, erklärt, die Verschmutzung kenne keine Grenzen und betreffe das gesamte Gebiet von Cartagena. An den Oberläufen der trockenen Flussbetten gebe es Schwermetallablagerungen. Er beklagt, dass die Abfälle aus dem Bergbau nicht inert seien und dass die Schwermetalle durch Wind und Abflüsse zur Bevölkerung, zu Grundstücken, Viehzuchtbetrieben und zum Mar Menor gelangten. Obwohl die zuständigen Behörden über dieses Problem Bescheid wüssten, sei nichts unternommen worden, um es zu lösen. Es gebe wissenschaftliche Studien, die besagten, dass mehr als 12 Tonnen Schwermetalle aus einigen Flussbetten in das Mar Menor gelangt seien. Dies wirke sich nicht nur auf die Oberflächengewässer aus, sondern durch das Durchsickern der Schwermetalle auch auf das Grundwasser. Eine Lösung müsse an der Quelle und nicht am Ende der Pipeline gefunden werden. In einigen der Flussbetten, die die Stadt und die Schule

durchquerten, seien mehr als 200 mg/kg Arsen gemessen worden, die in die Lagune gelangten. Er legt wissenschaftliche Studien vor, die zeigen würden, dass Mütter und Kinder über die Muttermilch kontaminiert würden. Schwermetalle würden das kognitive Niveau der Schüler beeinträchtigen. Dennoch würden keine Maßnahmen ergriffen. Er spricht über seinen persönlichen Fall, da seine Kinder Schwermetalle im Blut hätten (Blei). Die Gesundheitsbehörden müssten den Bleigehalt im Blut der Bewohner des Gebiets überwachen. Er sei der Meinung, dass das Ausbaggern des Mar Menor keine Lösung für das Problem der Schwermetalle sei.

Die Vertreterin der ILP Mar Menor (Spanische Bürgerinitiative, die mehr als 600 000 Unterschriften für ihr Anliegen erhalten habe), Frau Teresa Vicente, schloss sich den Ausführungen ihrer Vorredner an. Sie alle unterstützen die Bürgerinitiative, um dem Mar Menor eigene Rechte zu verleihen. Sie erzählt, wie es zu dieser Initiative gekommen sei, um den Zusammenbruch dieses Ökosystems zu verhindern. Sie beklagt, dass es Studien der Universität Murcia und anderer Forschungszentren gebe, die zeigten, was im Mar Menor geschehe und was nicht getan werden dürfe. Die Lagune scheine sich an einem Punkt zu befinden, an dem es kein Zurück mehr gebe. Die Verwaltungsvorschriften hätten nicht richtig funktioniert. Die Bürgerinnen und Bürger hätten diese Initiative ins Leben gerufen, um dem Mar Menor seine Rechte zu geben. Die Stimme des Mar Menor werde gehört werden. Man werde das Lebensrecht der Lagune als Ökosystem verteidigen. Jede Bürgerin und jeder Bürger werde die Stimme des Mar Menor sein. Sie hätten sich einer Bewegung angeschlossen, die sich auf der ganzen Welt aufgrund der verheerenden Handlungen der Menschheit gegen die Natur entwickelt habe. Die Natur sei die Quelle des Lebens und das wichtigste zu schützende Gut. Öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Menschen müssten ihre Rechte mit der Natur teilen. Sie kündigt an, dass diese Initiative auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des spanischen Parlaments im Mai 2022 stehen werde. Sie erwähnt die verschiedenen Initiativen in der Welt, in Europa (Frankreich, Deutschland, Niederlande und Dänemark) und die UN-Initiative „Harmony with nature“. Sie erwähnte auch die Initiative des Europäischen Parlaments, der Natur Grundrechte zu verleihen. Sie fordert die Delegation auf, sich für den Erfolg dieser Initiativen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene einzusetzen. Sie erwähnt auch die Notwendigkeit, dass der Ökozid als Verbrechen eingestuft werden müsse. Sie würden auf ein neues Modell für die Zukunft hoffen.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Herr Żłotowski weist auf die Zuständigkeit des Petitionsausschusses hin und erklärt, die Delegation habe festgestellt, dass das Problem sehr genau definiert sei. Es gebe gute Vorschläge zur Lösung des Problems, aber niemand handle danach. Er weist auf die verschiedenen zuständigen Behörden hin. Er spricht über die Demonstration vor dem Hotel und meint, dass die Menschen dort die richtige Idee hätten. Die verantwortlichen Autoritäten sollten zurücktreten und die Schuldigen sollten ins Gefängnis gehen. Seiner Meinung nach sei dies ein guter Vorschlag. Es sei Sache des spanischen Volkes, über die Wahl seiner Regierungen zu entscheiden.

Frau Ždanoka stellte klar, dass es aufgrund der komplexen territorialen Struktur in Spanien

immer wieder Probleme mit der Aufteilung von Kompetenzen und Befugnissen bei den verschiedenen Besuchen gebe. Sie fragt, ob die Zivilgesellschaft, wie die Wissenschaftler am Vortag betont hätten, der Meinung sei, dass die Gründe für dieses Problem klar seien. Die Suche nach einer Lösung sei jedoch eine Frage der unterschiedlichen Ansätze der verschiedenen Behörden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Herr Wiezik bestätigt, dass das Problem des Mar Menor komplex und langwierig sei. Es könne nicht mit einem Fingerschnippen gelöst werden. Ein Teil des Problems sei die Untätigkeit der öffentlichen Verwaltung, die von den meisten Vertretern erwähnt worden sei. Er fragt sich, ob die Gewährung von Rechten für das Mar Menor die Situation der Lagune wirklich verbessern oder das komplexe Problem nur noch komplizierter machen würde. Er erwähnt, dass das Europäische Parlament in den kommenden Monaten an einer Gesetzgebung zu Umweltverbrechen arbeiten werde. Sie würden versuchen, die Definition und den Inhalt des Begriffs „Ökozid“ zu klären. Er habe Probleme, den Begriff zu verstehen, und zwar aufgrund des erforderlichen Ausmaßes der ökologischen Schäden, um eine Situation als Ökozid einzustufen. Er würde gerne ihre Ideen zu diesem Thema in Bezug auf das Mar Menor hören.

Frau Teresa Vicente antwortet mit einem Beispiel der rechtlichen Änderungen, die sich ergeben würden, wenn das Mar Menor als Rechtssubjekt anerkannt würde. Sie spricht über den Fluss Vilcabamba in Ecuador. Es gebe ein Gerichtsverfahren, an dem ein Vertreter des Unternehmens, das beschuldigt werde, Schaden verursacht zu haben, und ein Vertreter des Flusses beteiligt seien. Der Richter habe in seinem Urteil die Frage untersucht, ob dem Ökosystem Schaden zugefügt worden sei. Der Richter habe das Unternehmen verurteilt. Da der Fluss ein geschütztes Ökosystem und eine juristische Person sei, könnten seine Vertreter seine Rechte direkt schützen und verteidigen. Was die Definition des Begriffs „Ökozid“ betrifft, so müsse diese im Europäischen Parlament in demselben Maße gefördert werden, wie dies auf internationaler Ebene geschehen sei.

Caroline Rivière erklärt, dass es im Mar Menor viele Probleme gebe, nicht nur eines. Die bisher vorgestellten Lösungen hätten sich auf das Ende der Pipeline konzentriert, aber man müsse sich auf Lösungen am Ursprung und an der Wurzel des Problems konzentrieren.

Pedro Macanás sagt, dass die vertretenen Organisationen sich über die Ursachen einig seien, die in der Bürgerinitiative aufgezeigt worden seien. Ökozid bedeute die Zerstörung eines ganzen Ökosystems oder eines großen Teils davon, wie es im Mar Menor geschehen ist.

Aus dem Kreis der Begleitpersonen fragt Herr Buxadé den Vertreter der Plattform für Schwermetalle, wann das Unternehmen die Ausbeutung der Mine gestoppt habe, nach dem Namen des Unternehmens und nach den Gründen für die Untätigkeit bezüglich der Sanierungspläne.

Frau Rodríguez Ramos dankt der Bürgerinitiative für ihre Bemühungen, auf europäischer Ebene zur Entwicklung der Grundrechte der Umwelt beizutragen und die EU-Grundrechtecharta zu reformieren, um dieses Recht aufzunehmen.

Herr Ros Sempere dankt dem Vertreter der Bürgerinnen und Bürger von Murcia dafür, dass er ihre Stimme sei. Er spüre die Kraft und die Ermutigung der Zivilgesellschaft, sich für die Menschen einzusetzen. Er verpflichte sich, die Stimme des Mar Menor im Europäischen

Parlament zu sein. Diese Delegation sei kein Gericht, sie komme, um zuzuhören, sich über das Problem zu informieren und Lösungen vorzuschlagen. Die Delegation wolle hören, wie das Europäische Parlament helfen könne. Zum Thema Ökozid werde es einen ersten Bericht des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments geben, in dem das Wort „Ökozid“ zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument vorkomme, wenn auch nur in der Präambel. Die Rechtsgrundlage für den Umgang mit der Umwelt sei im Wandel begriffen.

Frau Rego erklärt, dass die Mobilisierung und der Kampf der Bürgerinnen und Bürger dazu beitragen würden, Rechte zu erlangen. Auch sie dankt allen Vertretern der Zivilgesellschaft. Sie geht auf die EU-Richtlinien ein, die Spanien möglicherweise nicht einhalte. Das Europäische Parlament werde auch über die Initiative zum Schutz der Umwelt mithilfe des EU-Strafrechts debattieren. In diesem Bereich würden neue rechtliche Maßnahmen erörtert. Sie erwähnt das Schreiben an den EU-Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei, Virginijus Sinkevičius, zum Thema Ökozid, um die Debatte zu eröffnen.

Herr Ortuño Hernández antwortet, dass die Bergbautätigkeit vor 30 Jahren beendet worden sei. Diese Bergbautätigkeit sei in Gittern erfolgt. Für jedes Gitter gebe es eine Genehmigung mit unterschiedlichen Fristen für die Wiederherstellung. Für einige sei diese Genehmigung im Jahr 2022 abgelaufen. Die Sanierungsfrist sei ohne Angabe von Gründen um ein Jahr verlängert worden. Bei dem für das Portmán-Becken verantwortlichen Unternehmen handele es sich um Peñarroya. Für die letzte Erschließung in der „Sierra Minera-La Unión“ sei die Genehmigung eine Konzession von Peñarroya an das Unternehmen Portmán gewesen.

Frau Ždanoka bedankt sich bei den Rednern und schließt diesen Teil der Sitzung.

Donnerstag, 24. Februar 2022 (18.15 bis 20.00 Uhr)

Treffen mit Unternehmens- und Gewerkschaftsorganisationen

Die Sitzung beginnt mit einer Erklärung von Herrn Adolfo García Albaladejo, Präsident der Ingenio Foundation. Er erklärt, dass er eine unternehmerische, zivile und unpolitische Organisation vertrete. Ihr Ziel sei es, die Landwirtschaft zu erneuern, sie zu einem Motor für ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu machen und Landwirtschaft und Umweltschutz miteinander in Einklang zu bringen. Rund 10 000 kleine und mittlere Landwirte würden der Stiftung angehören. Er erklärte, dass die Landwirtschaft 38 % des BIP und 50 000 Vollzeit Arbeitsplätze ausmache und dass 33 % der Arbeitsplätze in Murcia mit der Agrar- und Ernährungsbranche verbunden seien. In Bezug auf das Umweltengagement und die Innovation der Landwirtschaft im Campo de Cartagena erwähnt er, dass sie landesweit führend in der Tropfbewässerung und im ökologischen Landbau seien, dass in 100 % der Gewächshäuser im Paprikaanbau natürliche Feinde zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt würden und dass der Wasserverbrauch weit unter den Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation liege. Er räumt ein, dass die landwirtschaftlichen Praktiken vor einigen Jahren noch nicht die gleichen gewesen seien. Das Problem im Mar Menor betreffe nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch andere Wirtschaftszweige. Es handle sich um ein multifaktorielles Problem. Er verwies auf den Rahmenplan der nationalen Behörden und die Verteilung der Mittel als Lösungen für die Sanierung des Mar Menor. Von einem Budget in Höhe von 382 Mio. EUR seien lediglich 6 % bis 8 % für die Landwirtschaft vorgesehen, während 26 % für die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Überschwemmungen

und sintflutartigen Regenfällen, 29 % für den Bergbau und 13 % für Sanierungsprojekte bestimmt seien. Außerdem sei der Landwirtschaftsbereich stark reguliert. Er bestätigt, dass sich die Landwirte strikt an alle einschlägigen Vorschriften hielten. Ihr Vorschlag für eine integrale Lösung sei ein integraler Schutzring. Dieser würde das Land vor Abflüssen, Siedlungsabfällen, Nährstofffilterung und Schwermetallverschmutzung schützen und die landwirtschaftlichen Praktiken verbessern.

Ana Correa Medina, Präsidentin des COEC, des regionalen Verbandes der Unternehmensorganisationen von Cartagena, konzentriert sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Es gebe viele Kleinbauern, die ihre Grundstücke seit Generationen bewirtschafteten. Sie weist auf die Überregulierung des Wirtschaftszweigs hin, die die Arbeit der Landwirte sehr schwierig mache. Sie erwähnt, dass Landwirte ihre Felder für die Installation von Solarzellen verpachtet haben, was weder Arbeitsplätze noch Wohlstand für die Gemeinschaft generiere. Der wirtschaftliche Nutzen fließe an Investmentfonds. Auch die Tourismusbranche sei von dieser Situation betroffen. Es gebe keine Aggressivität unter den Wirtschaftszweigen, sondern vielmehr den Willen zur Zusammenarbeit und zur Überwindung dieser Situation. Sie erklärt, dass es ihnen an Unterstützung durch die nationalen Behörden fehle, vor allem in Bezug auf die Reinigung der Strände, was für die Gemeinden mit hohen Kosten verbunden sei und für die Anwohner, die mit ihren Steuern für die Reinigung aufkämen, ungerecht sei. Die politischen Differenzen würden die Lösung beeinträchtigen, die für das Mar Menor gefunden werden müsse. Sie erwähnt den Zero-Waste-Plan, der angenommen, aber nicht umgesetzt worden sei. Wirtschaftsverbände hätten die nationalen Behörden um wirtschaftliche Unterstützung in Form von Steuersenkungen und niedrigeren Sozialquoten gebeten, ohne, dass sie eine Antwort erhalten hätten. Sie seien dabei, zusammen mit der Universität Cartagena eine Studie zu erstellen, um zu sehen, wie sich diese Situation auf alle Wirtschaftszweige ausgewirkt habe. Für das Gebiet von Campo de Cartagena lägen keine Daten vor. Die meisten verfügbaren Daten bezögen sich auf die Region Murcia als Ganzes. Sie hätten eine Zunahme der sozialen Spannungen festgestellt. Die Lösung müsse von allen kommen und allen zugutekommen.

José Blaya, Vorsitzender der Fischerbrüderschaft von San Pedro del Pinatar, die 63 kleine Boote und etwa 220 Familien vertritt, dankt für die Unterstützung durch EU-Mittel für das Fischereiwesen. Ihre Einrichtungen seien technisch modernisiert und die Energieeffizienz verbessert worden. Das Ministerium für wirtschaftlichen Wandel habe einen Rahmenplan für die Wiederherstellung des Mar Menor verabschiedet, der eine bedeutende Investition in die Fischereibranche vorsehe. Seiner Meinung nach reichten die Investitionen nicht aus. Er berichtet von seinem persönlichen Fall, da er seit seiner Kindheit Fischer sei. Er glaube nicht, dass die nächste Generation in der Lage sein werde, in der Fischereibranche zu arbeiten. Er weist auch auf die Bedeutung des Fischmarktes hin. Ohne die Fänge der Fischerei gebe es keine Arbeit für den Rest des Wirtschaftszweigs. Er verteidigt und verbürgt sich für die Qualität des Fisches aus dem Mar Menor, der strengen Hygienerichtlinien unterliegt. Die EU solle helfen, den Fisch aus dem Mar Menor zu fördern. Die Flotte setze sich für den Umweltschutz und die Modernisierung der Boote ein. Um diese Arbeiten durchführen zu können, brauche sie Hilfe.

Dionisio García Piqueras, Leiter der Nautischen Station Mar Menor, stellt den Mitgliedern der Delegation zunächst eine einfache Frage. Würden sie nach einem Besuch des Mar Menor mit ihren Familien wiederkommen, um ihren Urlaub an der Lagune zu verbringen? Die

Tourismusbranche biete über 35 000 Arbeitsplätze und 17 000 Unterkünfte. Das Mar Menor sei ein einzigartiger Ort, um nachhaltige nautische Aktivitäten zu entwickeln. Seit 2016 leide dieser Bereich unter einer Imagekrise, die nur schwer zu überwinden sei. Mehr als 40 % der mit dem Mar Menor verbundenen Unternehmen seien vom Markt verschwunden. Seit 2016 habe es Überschwemmungen gegeben, Anoxie-Episoden mit toten Fischen, viele Zeitungsberichte und TV-Schlagzeilen, die besagten, dass das Mar Menor verschmutzt sei. Diese Situation führe dazu, dass die Produkte an Wert verlören und die Rentabilität der Unterkünfte abnehme. Wenn man zu dieser Situation noch die zwei Jahre der COVID-19-Pandemie hinzufüge, ergebe sich ein verheerendes Bild. Nach fünf bis sechs Jahren der Untätigkeit verlange sein Wirtschaftszweig nach Lösungen. Es würden Millionen von Euro ausgegeben, um die Situation zu untersuchen, und viele Vorschläge in den verschiedenen Plänen angenommen. Er fordert, dass die EU einen Sonderkommissar einsetzen solle, der einen klaren Maßnahmenplan mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen aufstellen solle. Man dürfe nicht zulassen, dass das Mar Menor aufgrund politischer Kämpfe sterbe. Alle Wirtschaftszweige verlören Arbeitsplätze und Familien, die in dem Gebiet lebten. Es sei eine katastrophale Situation.

José Miguel Marín, Präsident des COAG, Koordinator der Landwirte und Züchterorganisationen, vertritt Tausende von Landwirten und Züchtern in der Region Murcia. Das Mar Menor befinde sich in einer schwierigen Situation. Zunächst ging er auf den Wassermangel in der Region ein. Es gebe Perioden mit sehr großer Trockenheit. Die Landwirtschaft habe sich in den letzten Jahrzehnten auf den Grundwasserleiter ausgewirkt, da die traditionellen Methoden weniger nachhaltig seien und mehr Wasser verbrauchten. Vor 15 Jahren habe sich das Modell jedoch radikal geändert. Die Verknappung der Wasserressourcen habe den Wirtschaftszweig dazu gezwungen, die Nutzung maximal zu optimieren, um den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden. Es gebe zahlreiche ökologische Anbauflächen und die nachhaltige Landwirtschaft nehme zu. Von 2005 bis 2009, während der letzten schweren Dürre, habe der COAG den öffentlichen Verwaltungen eine Lösung zur Entsalzung des Wassers aus dem Campo de Cartagena vorgeschlagen. Es habe keine Antwort gegeben und es sei keine Infrastruktur zur Lösung des Problems bereitgestellt worden. Der Wandel des Produktionsmodells sei heute eine Realität. Der landwirtschaftliche Bereich habe mit seinen eigenen Mitteln technische Innovationen und Studien entwickelt, um das Problem zu verringern. Er erklärt, dass die Frage der Nährstoffe sehr komplex sei. Die Landwirtschaft werde für diese Situation verantwortlich gemacht, und dabei würden andere Aspekte und Bereiche vergessen. Wissenschaftler hätten bestätigt, dass Nährstoffe wie Phosphor nicht aus der Landwirtschaft stammten und dass nicht alle Stickstoffnährstoffe aus der Landwirtschaft kämen. Er bestätigt, dass der Einsatz von biologischen Düngemitteln und die biologische Regeneration des Bodens zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Praxis führten. Die Verwendung von Wasser aus dem Grundwasserleiter könne aufgrund der Rückgewinnung von Nebenprodukten Teil eines Zero-Waste-Prozesses sein. Die Landwirtschaft sei Teil der Lösung. Nährstoffe und Stickstoff würden ohne die Landwirtschaft im Campo de Cartagena nicht verschwinden. Eine nachhaltige Landwirtschaft könne einen Teil dieser Nährstoffe auffangen.

Alfonso Gálvez Caravaca, Generalsekretär der ASAJA, der Vereinigung junger Landwirte, nennt einige Daten über das Mar Menor mit einer Fläche von 13 500 Hektar, ungefähr 600 Kubikhektometern und einer jährlichen Verdunstung von 200 Kubikhektometern. Der Nitratfluss werde mit acht Kubikhektometern pro Jahr beziffert, der Phosphatfluss mit einem Kubikhektometer. Um die Verdunstung auszugleichen und das Gleichgewicht

aufrechtzuerhalten, sei es wichtig zu wissen, dass das Mar Menor durch verschiedene Schleusen mit dem Mittelmeer verbunden sei. Die Lösung des Nitratproblems sei in den Zero-Waste-Plan aufgenommen worden, der von allen Beteiligten koordiniert worden sei. Er kritisiert die Tatsache, dass die nationalen Behörden diesen Plan nicht umgesetzt hätten. Der Wassermangel in der Region zwingt die Landwirte dazu, Wasser aus dem Grundwasserleiter und aus dem Tajo-Segura-Transfer zu entnehmen. Seiner Meinung nach müsse bei der Wiederherstellung des Mar Menor auch die Verbindung zum Mittelmeer berücksichtigt werden. Die alten landwirtschaftlichen Methoden mit einem übermäßigen Einsatz von Düngemitteln seien nicht nur in der Region Cartagena, sondern überall in Europa ein Problem. Er weist darauf hin, dass Nitrate die meisten Grundwasserleiter in Europa verschmutzen, was der Grund für die Nitratrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie gewesen sei. Er weist auch auf die öffentlichen Kanäle hin, die in die Lagune fließen und organische und städtische Abfälle mit sich führten. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, um das Abwassernetz in der Umgebung des Mar Menor zu verbessern. Er verteidigt die Einrichtung eines getrennten Systems für Abwasser und Regenwasser. Er erklärt, dass nahezu 100 % der bewässerten Felder im Campo de Cartagena effizient sind und genau die Nährstoffmenge einsetzen würden, die von den Pflanzen benötigt werde. Alle in den EU-Rechtsvorschriften für landwirtschaftliche Erzeugnisse geforderten Zertifizierungen bezögen sich auf die Einhaltung dieser Umweltprinzipien. Er weist darauf hin, dass dieses Gebiet für Europa im Zusammenhang mit der Agrar- und Ernährungsbranche von besonderer Bedeutung und strategischer Bedeutung sei. Als Beispiel führt er an, dass es neben Almeria das einzige Gebiet sei, in dem die Produktion nicht von der letzten polaren Kältewelle betroffen gewesen sei. Er unterstützt die Umsetzung des Zero-Waste-Plans zur Überwachung und Regulierung des integralen Wasserkreislaufs. Die Landwirte seien stets innovativ und arbeiteten an verschiedenen EU-finanzierten Projekten im Rahmen von Horizont 2020 zur Diversifizierung der Kulturen.

Santiago Martínez Gabaldón, Präsident der FECOAM, des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften von Murcia, erklärt, dass einige der Vorschläge, die die Delegation gehört habe, gegen die Agrarbranche gerichtet seien. Dieser Wirtschaftszweig widme sich ausschließlich der Erzeugung von Lebensmitteln mit hoher Lebensmittelsicherheit. Sie seien bereits mehrfach erfolgreich geprüft worden. Seine Organisation vertrete rund 22 000 Kleinbauern und rund 40 000 direkte Arbeitsplätze. Es gebe noch weitere Wirtschaftszweige, die für die Situation des Mar Menor verantwortlich seien, als nur die Landwirtschaft. Die Landwirte hätten mit einem Lehrstuhl an der Universität Cartagena zusammengearbeitet, um eine Lösung zu finden, einschließlich vierjähriger Forschungsarbeiten zur Denitrifikation des Wassers aus dem Grundwasserleiter, wobei sie zusammen mit dem COAG eine Menge Geld ausgegeben hätten, und das mit großem Erfolg. Von den nationalen Behörden seien keine Antworten gekommen. Die Einbeziehung der Agrar- und Ernährungsbranche sei unerlässlich, um das Problem des Mar Menor zu lösen. Er erwähnt die Situation des Grundwasserleiters mit einem Pegel von 16 m, der einen engen Kreislauf zwischen dem Grundwasserleiter und der Lagune herstelle. Wenn dieses Problem nicht gelöst werde, werde in einigen Jahren die Hälfte des Campo de Cartagena überflutet sein. Sie würden Sensoren einsetzen, die ihnen anzeigen, wie viel Wasser jede Pflanze benötige. Die Landwirte seien sehr penibel, weil das Wasser sehr teuer sei, etwa 60 Cent pro Kubikmeter. Er nennt einige Supermärkte, an die sie Produkte exportiert hätten, die hinsichtlich der Lebensmittelqualität und der Einhaltung der EU-Vorschriften sehr streng seien. Er sei der Meinung, dass die Landwirtschaft in den letzten sieben Monaten anscheinend für alles verantwortlich gewesen sei, was im Mar Menor passiert sei, während sie

während der Pandemie für ihr Engagement gelobt worden seien. Die Landwirte hätten mit ihrem eigenen Geld und mithilfe der EU an der Forschung mitgewirkt. Er lädt die Mitglieder ein, einige der Betriebe zu besuchen, um sich selbst ein Bild von der nachhaltigen Arbeit zu machen, die sie leisteten.

Antonio Moreno Soriano, Verantwortlicher für Landwirtschaft der UPA, der Union der Kleinbauern und Viehzüchter, erklärt, dass es nicht fair sei, sich auf einen einzigen Wirtschaftszweig zu beschränken, der allein für die Situation des Mar Menor verantwortlich sein solle. Alte landwirtschaftliche Methoden seien Teil des Problems, das wir heute in der Lagune hätten. Das derzeitige Agrarmodell sei eines der effizientesten der Welt und optimiere Wasser und Versorgung. Er fordert die Delegation auf, sich den bereits bestehenden Bemühungen anzuschließen und die zuständigen spanischen Verwaltungen aufzufordern, ihre Kräfte ebenfalls zu bündeln. Es gebe viele Vorschläge, aber er habe das Gefühl, dass diese Verwaltungen der Landwirtschaft nicht zuhörten. Die Landwirte würden daran arbeiten, das Gesetz rigoros umzusetzen. Er bittet darum, dass die Politiker zustimmen und dass die Verwaltungen zusammenkommen sollten und ihre Arbeit aufnehmen. Sie seien ein Wirtschaftszweig, der Lebensmittel produziere. Er erwähnt die Situation in der Ukraine und die Notwendigkeit, die europäische Lebensmittelsouveränität zu schützen.

Manuel Jódar Casanova, Vertreter des Verbandes der Bauingenieure von Murcia, stellt zwei Hauptprobleme im Zusammenhang mit dem Mar Menor vor. Das erste sei die zunehmende Abtrennung des Mar Menor vom Mittelmeer, was zu einer vollständigen Schließung der Lagune führen würde. Das zweite Problem seien die großen Mengen an Abfällen, die in das Mar Menor fließen (z. B. Nitrate, Phosphate, städtische Abwässer, Abflüsse von sintflutartigen Regenfällen). Diese beiden Phänomene hätten zu der derzeitigen Situation geführt, in der sich das Ökosystem nicht regenerieren könne. Er erwähnt die Wassermenge, die verdunstet, und die Zuflüsse in die Lagune, die hauptsächlich über die „Rambla del Albujón“ und den Grundwasserleiter erfolgen. Der Rest stamme hauptsächlich aus der Verbindung mit dem Mittelmeer. Er erwähnt den Zero-Waste-Plan mit 31 Vorschlägen zur Regenerierung des Mar Menor. Er bestätigt, dass diese Vorschläge einen großen Teil des Problems der Lagune lösen könnten. Sie ließen sich in drei große Themenbereiche gliedern: Entwässerung des Grundwasserleiters, Rückgewinnung und Wiederverwendung von Wasser, getrennte städtische Abwasser- und Regenwassernetze sowie Maßnahmen zur Korrektur und Umleitung der Flussbetten. In dem Plan werde kurz auf die Verbindung zwischen den beiden Meeren eingegangen; Er sei der Ansicht, dass es wichtig sei, diese Verbindung und das Gleichgewicht des dadurch erzeugten Wassers zu überwachen. Die Koordination innerhalb der öffentlichen Verwaltung sei unerlässlich. Er betont, dass der gute Gesundheitszustand des Mar Menor und die Wirtschaftstätigkeit im Campo de Cartagena durchaus miteinander vereinbar seien. Innovation und Infrastruktur seien ein Teil der Lösung. Er unterstützt die Umsetzung des Zero-Waste-Plans.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Zuerst ergreift Herr Vincze das Wort und dankt den Rednern für ihre Präsentationen, die es der Delegation ermöglicht hätten, die andere Seite derselben Medaille zu sehen. Die

Wirtschaft, die Unternehmen und die Arbeitsplätze seien für alle Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung. Bei der Suche nach einer Lösung gehe es auch um Familien, die Zukunft und die Ernährungssicherheit in Europa. Er sei überrascht, dass die Landwirtschaft nur 6 % der von den nationalen Behörden in ihrem Rahmenplan vorgeschlagenen Maßnahmen ausmache. Er bestätigt, dass der Landwirtschaft im Rahmen der übrigen Beiträge des Besuchs die Schuld gegeben worden sei. Er sei der Meinung, dass es nicht richtig sei, die Landwirtschaft zum Hauptverantwortlichen für die Situation des Mar Menor zu machen, da dies mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Wirtschaftszweigs und der Zahl der von ihm geschaffenen Arbeitsplätze zusammenhänge. Mit Genugtuung habe er gehört, dass sich die Landwirtschaft in den letzten Jahren stark verbessert habe, dass sie sich an die Gesetze halte und mit den Projekten von Horizont 2020 arbeite. Er findet es schade, dass es einen unpolitischen Kampf um das Mar Menor gebe und dass die Wirtschaftszweige die Opfer dieses Kampfes seien. Er stellt fest, dass es auch eine Disparität in der Gesellschaft gebe, wie er es bei früheren Interventionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen beobachtet habe. Er hält es für wichtig, dass die Landwirte soziale Verantwortung übernehmen und für eine Zusammenarbeit bei der Suche nach Lösungen offen seien. Die Frage der Nitratre spiegle die Situation von vor einigen Jahrzehnten wider, und man könne nicht eine ganze Branche für das verantwortlich machen, was passiert sei, als es diese Vorschriften noch nicht gegeben habe. Seiner Meinung nach müssten Lösungen in der Region selbst gefunden werden, auch wenn die EU eine gewisse Orientierungshilfe bieten könne. Er fragt nach der Situation der illegalen Landwirtschaft und der illegalen Bewässerung auf einer Fläche von geschätzten 8 000-10 000 Hektar. Er erkundigt sich auch über die Schweinehaltung und deren Zunahme in der Region.

Die Verbände der Landwirte würden illegale Praktiken nicht verteidigen. Die öffentliche Verwaltung müsse hier tätig werden, um illegale Bewässerungsmethoden zu beseitigen. Das Problem sei, dass ein Teil dieser Situation durch das Handeln der öffentlichen Verwaltungen verursacht worden sei. Herr García Albaladejo bezieht sich auf eine der Entsalzungsanlagen und das dort verwendete Wasser.

Herr Martínez Gabaldón ergreift das Wort, um die Antwort bezüglich der Entsalzungsanlage in Valdelentisco zu ergänzen. Als die Anlage gebaut worden sei, hätten die nationalen Behörden einigen Landwirten das Recht zur Bewässerung eingeräumt, die jetzt von denselben nationalen Behörden angeprangert würden. Es sei merkwürdig, dass sie den Landwirten, die dafür bezahlten, Wasser zur Verfügung stellten, und nun würden die Landwirte angeprangert. Es gebe zwar einige illegale Hektar, aber sie gehörten nicht zu der Gemeinschaft der Bewässerter, die in dieser Hinsicht sehr strenge Regeln habe. Er erklärt, dass der Anteil der großen multinationalen Unternehmen im Agrar- und Ernährungsbereich in Murcia sehr gering sei. Der größte Teil der Branche bestehe aus kleinen und mittelgroßen Betrieben.

Von den begleitenden Mitgliedern meldet sich Frau Montserrat zu Wort und fragt, welche Forderungen die Landwirte und Unternehmensverbände an die Europäische Union stellen würden, um den Umweltschutz und die Entwicklung anderer Wirtschaftszweige miteinander in Einklang zu bringen.

Herr Ros Sempere dankt den Rednern und zeigt sich besonders besorgt über die Auswirkungen der Verschlechterung des Mar Menor auf einige nachhaltige Aktivitäten, wie z. B. den nautischen Bereich. Er habe aufmerksam zugehört, was die Landwirtschaft und die Fischerei betreffe. Er sei erleichtert darüber, dass sich die EU im Bereich der Fischerei stark für den Schutz und die Förderung dieser Tätigkeit auf nachhaltige Weise einsetze. Er erwähnt,

dass sie mit dem für diese Branche zuständigen Kommissar zusammentreffen würden, um auf diese Situation hinzuweisen. Er bekräftigt, dass es nicht darum gehe, das Mar Menor für die Landwirtschaft zu sperren. Er spricht davon, dass es darum geht, die Aktivitäten, die sich negativ auf das Mar Menor auswirkten, umzugestalten, indem man nach einem neuen Produktionsmodell Ausschau halte, das mit dem ökologischen Wandel und dem Grünen Deal zusammenhänge, um die Lagune zu sanieren. Die Mitglieder könnten auf europäischer Ebene reagieren und nicht auf Ebene nationaler oder regionaler Gesetzgebung. Die Mitglieder würden sich mit EU-Richtlinien und EU-Mitteln befassen. Nun gebe es einen Rahmen für vorrangige Maßnahmen zur Wiederherstellung des Mar Menor, für die 482 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen. Er fragt, wie sie zur Neugestaltung der Branche beitragen könnten, und er möchte auch über die Stadtplanung sprechen.

Herr Buxadé bedankt sich für den Einsatz der Menschen, die vor Ort seien und arbeiteten. Er möchte wissen, ob die Organisationen über die Entwicklung des Zero-Waste-Plans informiert seien.

In ihren Antworten erklären die Vertreter der Landwirte, dass sie sich auf die nachhaltige Landwirtschaft und die Umwelt konzentrieren, was für die EU eine Priorität ist. Sie fordern, dass die EU auch die Landwirtschaft unterstütze. Sie seien besorgt über die nächste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in Bezug auf Abkommen mit Nicht-EU-Ländern mit gleichen Bedingungen und Regelungen. Der Ernährungssicherheit werde nicht genügend Bedeutung beigemessen. Sie wollten sich weiterhin für Nachhaltigkeit einsetzen, bräuchten aber klare Unterstützung von der EU.

Herr Jódar Casanova fordert, dass die EU die zuständigen spanischen Behörden auffordern solle, einen klaren Plan mit einem konkreten Zeitplan und Vorschlägen auszuarbeiten. Dabei sollten allen Branchen rund um das Mar Menor berücksichtigt werden. Er stimme mit Herrn Ros Sempere darin überein, dass es wichtig sei, eine ganzheitliche Stadtplanung für den Campo de Cartagena zu entwickeln.

Herr Martínez Gabaldón betont die Notwendigkeit, die nationalen und regionalen Behörden zu drängen, eine gemeinsame Basis für das Verständnis zu finden. Die Lösung sei nicht so kompliziert, wie es scheinen mag, wenn der politische Wille vorhanden sei. Der Mensch sei auf dem Mond gelandet und sollte in der Lage sein, das Problem der Nitrate zu lösen.

Frau Correa Medina antwortet, dass eine Überwachung durch die EU erforderlich sei. Was die EU-Fonds angehe: Es müssten klare Umsetzungsfristen, Kontrollen und im Falle der Nichtumsetzung auch wirtschaftliche Sanktionen festgelegt werden. Die am stärksten betroffenen Branchen benötigten spezifische Hilfe (Nautik, Tourismus und damit verbundene Tätigkeiten). Das gesamte Wirtschaftssystem sei betroffen, ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger, die einen Wertverlust ihrer Immobilien hinnehmen müssten, während sie weiterhin die gleichen oder höhere Steuern zahlten.

Herr Blaya fordert die EU auf, die prekäre Lage der Fischereiwirtschaft zu berücksichtigen. Es bestehe die Gefahr, dass die Fischereiwirtschaft im Mar Menor verschwinde. Es gebe nicht viele Fischer, aber sie seien wichtig.

Herr Moreno Soriano erklärt, dass es Aufgabe der Europäischen Kommission sei, die Umsetzung des Zero-Waste-Plans zu überwachen, der kurz- und mittelfristig eine Lösung für

die Situation im Mar Menor biete. Er verstehe nicht, weshalb die nationale Regierung kein Projekt im Zusammenhang mit den NextGenerationEU-Fonds vorgelegt habe. Das Ministerium für den ökologischen Wandel habe nicht erklärt, warum es den Zero-Waste-Plan nicht umgesetzt habe. Er gehe davon aus, dass die nationalen Behörden Lösungen auf der Grundlage der Natur den Vorrang geben, aber sie bräuchten Erklärungen.

Herr García Piqueras betont, dass zuerst das Ökosystem wiederhergestellt werden müsse und dass dies anschließend zur Erholung der übrigen Wirtschaftszweige im Mar Menor führen werde. Die Lösungen müssten jetzt umgesetzt werden.

Frau Ždanoka schloss mit der Bemerkung, dass sie froh sei, in der letzten Intervention auf das Ökosystem zurückzukommen, weil es gerettet werden müsse.

Freitag, 25. Februar 2022 (09.00–10.30 Uhr)

Treffen mit den Sprechern der Fraktionen des Regionalparlaments

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses begrüßt Frau Ždanoka die Mitglieder des Regionalparlaments und stellt die Mitglieder der Delegation vor.

Zuerst ergreift Francisco Lucas Ayala, Sprecher der sozialistischen Fraktion, das Wort. Er beginnt mit der Frage, was mit dem Mar Menor geschehen sei. Dann nimmt er Bezug auf den Eutrophierungsprozess und die übermäßige Menge an Nitraten aus der intensiven Landwirtschaft. Er fragt sodann, wie es zu dieser Situation gekommen sei. Diese Verschlechterung sei schrittweise erfolgt, und er mache die Untätigkeit der Regionalregierung in den letzten 20 Jahren dafür verantwortlich. Er erklärt, dass die Zuständigkeit für Landwirtschaft, Viehzucht, Umweltschutz und Bodennutzungsplanung der Regionalregierung übertragen worden sei. Er kritisiert, dass die regionalen Behörden wirtschaftlichen Interessen Vorrang vor dem Schutz des Mar Menor einräumen würden. Er behauptet, dass die letzte Regionalregierung der Sozialistischen Partei in den 1980er Jahren mit der Planung der verschiedenen Nutzungen begonnen habe, indem sie 1987 das erste regionale Gesetz zum Schutz des Mar Menor verabschiedet habe. Mit dieser Regelung sei versucht worden, die verschiedenen Aktivitäten, die sich auf die Lagune auswirkten, zu kontrollieren. Dieses Gesetz sei von der Volkspartei angefochten und im Jahr 2001 aufgehoben worden. Er erklärt, dass Umweltorganisationen und gegnerische politische Parteien seit 1995 die Regierung der Volkspartei vor den Gefahren ihrer Politik gewarnt hätten. Im Jahr 2016 sei die Situation des Mar Menor mit der Episode einer „grünen Suppe“ kritisch gewesen. Im Jahr 2019 sei es dann zum ersten Anoxie-Ereignis gekommen, woraufhin 50 000 Menschen zur Verteidigung des Mar Menor demonstriert hätten. Er fordert die Regionalregierung erneut auf, ein umfassendes Gesetz zum Schutz der Lagune zu erlassen. Am 22. Juli 2020 habe die Regionalversammlung dieses Gesetz verabschiedet. Er bestätigt, dass die Regionalregierung das Gesetz nach zwei Jahren immer noch nicht umgesetzt habe. Die nationale Regierung arbeite intensiv an der Sanierung des Mar Menor. Sie habe den Einsatz von Düngemitteln in einem Umkreis von 1 500 m um die Lagune verboten. Er verweist auf den Rahmenplan der nationalen Regierung mit einem Budget von 500 Millionen Euro, das teilweise aus EU-Mitteln finanziert werde. Die Lösungen hätten ihre Grundlage in der Natur und setzten an der Quelle des Problems an. Er wünsche sich, dass die Regionalregierung die politische Konfrontation beiseiteließe und sich für die Wiederherstellung des Mar Menor einsetze.

Joaquín Segado Martínez, Sprecher der Fraktion der Volkspartei, erklärt, der Besuch solle dazu dienen, nach Lösungen zu suchen. Diese Lösungen würden nicht von einer einzigen öffentlichen Verwaltung abhängig sein. Es müsse ein koordiniertes Vorgehen geben. Die EU sei der Schlüssel dazu. Sie hätten die Einsetzung eines Hohen Kommissars vorgeschlagen, der alle das Mar Menor betreffenden Maßnahmen beaufsichtigen und überwachen solle. Er erklärt, dass er konstruktive denke. Er weist darauf hin, dass dieses Ökosystem eines der am meisten überwachten Gebiete sei. Die Verschlechterung des Zustands der Lagune sei nicht auf einen einzigen Faktor zurückzuführen. Mehrere Faktoren hätten dieses empfindliche Ökosystem in den letzten Jahrzehnten beeinträchtigt. Seiner Meinung nach sei es unfair, heute über die Praktiken von vor 40 Jahren zu urteilen. Die ständige Überwachung des Mar Menor sollte bei der Suche nach Lösungen hilfreich sein. Er erwähnt und unterstützt den Zero-Waste-Plan. Er wolle die Kräfte bündeln, um die Situation des Mar Menor zu verbessern. Er unterscheide zwischen langfristigen und kurzfristigen Maßnahmen. Er fordert sofortiges

Handeln, zum Beispiel müsse die Zufuhr von nitrathaltigem Wasser gestoppt werden. Die unterirdischen Gewässer unterlägen der nationalen Zuständigkeit, und die nationalen Behörden müssten hier tätig werden. Er schlägt vor, den Pegel des Grundwasserleiters abzusenken, um zu verhindern, dass Wasser in das Mar Menor fließe. Was die Oberflächengewässer betreffe, so baue die Regionalregierung Regenwasserspeicher, um zu verhindern, dass Regenwasser in die Lagune fließe.

Francisco Álvarez García, Sprecher der Ciudadanos-Fraktion, erklärt, es handele sich um ein multifaktorielles Problem mit vielfältigen Ursachen. Er befürwortet die Einsetzung eines Hohen Kommissars, wie es sein Vorredner bereits gesagt habe. Er bestätigt, dass die Regionalregierung Sanktionsmaßnahmen ergriffen habe. Er spricht auch über die Sperrung von 96 Hektar neben dem Mar Menor wegen Nichteinhaltung der geltenden Vorschriften durch die Segura Hydrographic Confederation. Sie hätten die nationale Regierung aufgefordert, die 8 500 Hektar illegaler Bewässerung in diesem Gebiet zu beschlagnahmen. Es sei ihnen mitgeteilt worden, dass 1 146 Hektar bereits gesperrt worden seien. Die Wiederherstellung des Mar Menor solle nicht anhand von politischen Kriterien erfolgen. Alle beteiligten öffentlichen Verwaltungsorgane sollten zusammenarbeiten. Er erwähnt auch das umfassende regionale Gesetz zum Schutz des Mar Menor. Mehr als 20 Verordnungen auf allen Ebenen würden sich auf den Schutz der Lagune auswirken. Diese Gesetze müssten eingehalten werden, um zu verhindern, dass die Situation unumkehrbar wird. Er verteidigt das Verursacherprinzip und weist darauf hin, dass die Einnahmen aus den Sanktionen für den Schutz des Mar Menor verwendet würden. Das Agrarmodell habe sich geändert und sei jetzt sehr modern. Er erklärt, dass die meisten Zuständigkeiten bei den nationalen Behörden lägen. Er bekräftigt, dass Lösungen nicht nur an der Quelle, sondern auch am Zielort ergriffen werden sollten. Auch er erwähnt und unterstützt den Zero-Waste-Plan.

Juan José Liarte Pedreño, Sprecher der Vox-Fraktion, erklärt, dass er dem, was die Mitglieder der Delegation in den vergangenen drei Tagen gehört hätten, aus technischer oder wissenschaftlicher Sicht nichts hinzufügen könne. Er wolle auf die politische Situation in der Region hinweisen. Es gebe ein offensichtliches Umweltproblem im Mar Menor. Es gebe aber auch ein politisches Problem. Es handle sich dabei um ein komplexes Problem. Es gebe keine einheitliche Haltung, weder politisch noch wissenschaftlich. Selbst die geteilten Zuständigkeiten zwischen den Verwaltungen seien nicht klar. Ihm zufolge sei die Verteilung der Befugnisse zwischen dem Staat und den autonomen Gemeinschaften schwer zu verstehen. Es gebe erhebliche Kompetenzüberschneidungen. Er kritisiert die Untätigkeit der Segura Hydrographic Confederation hinsichtlich der Unterbindung des Wasserzustroms in das Mar Menor aus den verschiedenen Flussbetten. Er kritisiert auch die Untätigkeit der Regionalregierung und den Vorschlag der linken Parteien, den Primärsektor in der Region Murcia aufzulösen. Er glaubt, dass es für das Finden einer Lösung nicht hilfreich sei, die Schuld auf die vor 40 Jahren angewandten landwirtschaftlichen Methoden zu schieben. Er erwähnt auch andere Aktivitäten, die sich auf das Mar Menor auswirkten, wie Stadtentwicklung und Jachthäfen. Er weist auch darauf hin, dass die Schleusentore, die geöffnet worden seien, um das Wasser aus dem Mittelmeer in das Mar Menor fließen zu lassen, nun verstopft seien. Zuvor seien sie in regelmäßigen Abständen gereinigt worden, um den Wasserdurchfluss zu ermöglichen. Er schlägt vor, die Frage des Mar Menor aus den politischen Debatten herauszunehmen. Es solle ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium mit eigenem Budget eingerichtet werden, das sich mit diesem Thema befassen solle. Er habe verstanden, dass der Vorschlag eines Hohen Kommissars in diese Richtung

gehen könne, und er könne diesen Vorschlag daher unterstützen.

Frau María Marín Martínez, Sprecherin der parteilosen Fraktion, erklärt, dass sie einen Bericht über die Schaffung des Regionalparks Mar Menor an die Mitglieder verteilen werde. Ihrer Meinung nach könne dies die endgültige Lösung sein, um die Situation der Lagune zu bewältigen. Der wichtigste Aspekt des Besuchs sei, dass sich die Mitglieder mit eigenen Augen von der dramatischen Situation des Mar Menor hätten überzeugen können. Sie sei dankbar dafür, dass sie den Ausführungen unabhängiger Wissenschaftler hätten zuhören können. Ihre Aufgabe in der Regionalversammlung sei es, Gesetze zur Lösung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Mar Menor zu verabschieden. Sie stellt ihren Vorschlag vor, einen regionalen Naturpark im Mar Menor zu schaffen. Sie möchte die Vorteile dieses Vorschlags erläutern. Dies sei eine globale und umfassende Antwort auf die Umweltkrise in diesem Gebiet. Die einzige Lösung bestehe darin, die Lagune rechtlich abzuschirmen. Sie hätten im Juni 2021 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der im September 2022 in der Regionalversammlung debattiert werden solle. Auch auf nationaler Ebene hätten sie die Zentralregierung aufgefordert, das Mar Menor in den Katalog der gefährdeten Lebensräume aufzunehmen. Sie würden versuchen, einen geschützten Küstenstreifen von mindestens 2 000 Metern zu schaffen, in dem keinerlei Düngemittel verwendet werden dürften. Sie möchte alle bestehenden Maßnahmen vereinheitlichen, um sie effektiver zu gestalten. Sie würden auch die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit des Mar Menor unterstützen. Die Zusammenführung der Maßnahmen brächte administrative Vorteile mit sich. Sie kritisiert, dass die Aufteilung der Zuständigkeiten zur Untätigkeit der nationalen und regionalen Behörden geführt habe. Sie sei der Meinung, dass einige der von den übrigen Rednern vorgeschlagenen Lösungen überholt seien. Sie bestätigt, dass das 2020 verabschiedete Regionalgesetz ein völliger Fehlschlag gewesen sei. Sie erklärt, dass in der Landwirtschaft die Beschränkung der Verwendung von Nitraten nicht eingehalten worden sei. Die Belastung durch die städtischen Gebiete habe zugenommen. Sie kritisiert, dass die Regionalregierung die Ausschlagbecken in der Region nicht überwache. Sie erklärt, dass es einen umweltrechtlichen Rahmen zum Schutz der Lagune geben müsse. Sie befürwortet die Sanierung von Feuchtgebieten und einheimischen Pflanzen rund um das Mar Menor. Die Schaffung des Regionalparks bringe auch wirtschaftliche Vorteile mit sich. Nachhaltige Aktivitäten sollten sich entfalten.

Juan José Molina Gallardo, Mitglied der parteilosen Fraktion, erläutert, dass das Problem darin bestehe, dass die Situation schon seit Langem andauere. Die Stadtentwicklung und die Landwirtschaft hätten diese dramatische Situation verursacht. Die Untätigkeit der verschiedenen Verwaltungen sei nicht hinnehmbar. Er erklärt, dass das natürliche Erbe der EU zerstört werde. Die EU-Organe sollten reagieren und die Verantwortung für die Wiederherstellung der Lagune übernehmen. Er bekräftigt, dass sie die Aufgaben der untätigen Regierungen übernehmen sollten. Er schlägt vor, dass die EU nicht nur überwachen, Mittel bereitstellen und Sanktionen androhen solle, sondern dass sie die Kontrolle darüber übernehmen solle. Distanz und Perspektive könnten sich als nützlich erweisen, um geeignete Maßnahmen zum Schutz des Mar Menor zu ergreifen. Diese von ihm vorgeschlagenen Mechanismen gebe es vielleicht noch nicht, aber sie sollten durch die Abgabe von Zuständigkeiten geschaffen werden. Seiner Meinung nach sei dies keine Frage des rechtlichen Schutzes. Es gebe bereits zu viele juristische Konzepte und Gesetze. Das Problem sei die politische Untätigkeit. Er fordert die EU auf, die Menschen in Murcia nicht allein zu lassen, wenn es darum gehe, das Problem der Verschlechterung des Mar Menor zu lösen.

Fragen und Antworten.

Während der Fragestunde meldeten sich die folgenden Delegationsmitglieder zu Wort:

Herr Vincze erklärt, es gebe Themen, die unabhängig von jeglichen politischen Streitigkeiten behandelt werden sollten. Das Problem des Mar Menor sei eines dieser Themen, das alle politischen Parteien vereinen müsse. Er bekräftigt, dass ein Konsens gefunden und von allen respektiert werden müsse, mit dem das Mar Menor aus dem täglichen Streit zwischen den Parteien herausgenommen würde. Er bestätigt, dass politische Maßnahmen ergriffen werden müssten und dass es nicht Sache der Wissenschaftler sei, Entscheidungen zu treffen. Zwar könnten sie Vorschläge machen, aber die Entscheidungen müssten auf politischer Ebene getroffen werden. Er sei der Meinung, dass es aus politischer Sicht eine Sackgasse gebe. Die Situation sei komplex und Lösungen seien nicht einfach zu finden. Nach drei Besuchstagen bestätigt er, dass es sich nicht nur um ein Umweltproblem handle. Der Hauptaspekt sei natürlich die Verschlechterung der Umweltbedingungen in der Lagune durch Eutrophierung, aber die Ursachen dieses Problems seien vielfältig (Landwirtschaft, Klimawandel, Tourismus, Immobilien). Alles stehe mit der Wirtschaft, den Familien und den Arbeitsplätzen im Zusammenhang. Dieses Problem könne nicht von der Region getrennt werden. Er spricht sich für langfristige Lösungen aus, fragt sich aber, ob eine Zusammenarbeit möglich sei.

Herr Wiezik bestätigt, dass es sich um ein komplexes Thema handle. Es werde für die Delegation schwierig sein, Lösungen zu finden, aber er verpflichte sich, so objektiv wie möglich zu sein, um dem Europäischen Parlament das Bild und das Ausmaß des Problems zu vermitteln. Er erklärt, dass es im Mar Menor ein großes ökologisches Problem gebe, und stellt einen Zusammenhang mit dem Klimawandel her. Auch dieses Problem habe in den 1970er Jahren begonnen. Er betont, dass eine weitere Vernachlässigung des Problems zu kostspielig wäre. Neben dem ökologischen Problem gebe es auch ein wirtschaftliches Problem. Er habe einige schöne touristische Ziele rund um das Mar Menor gesehen, wo er gerne seinen Urlaub verbringen würde, aber dann habe er die Wasserverhältnisse in der Lagune gesehen. Er würde seine Kinder nicht ins Wasser gehen lassen, weil es ihre Gesundheit gefährden würde. Auch die Tourismusbranche müsse bei der Suche nach einer Lösung berücksichtigt werden. Er stimmt seinen Kollegen zu, dass die Politiker zusammenarbeiten müssten und dass sie sich Untätigkeit nicht leisten könnten. Die EU werde ihre Bemühungen unterstützen, aber Europa müsse Ergebnisse sehen. Er bekräftigt, dass das Geld dort ausgegeben werden müsse, wo es am effektivsten sei. Er werde versuchen, die Aufmerksamkeit anderer Parlamentsausschüsse, z. B. des Haushaltskontrollausschusses, auf dieses Thema zu lenken. Er sei der Meinung, dass diese Region einem systematischen Wandel unterzogen werden müsse. Die Erhaltung des Mar Menor müsse im Mittelpunkt aller Maßnahmen stehen.

Frau Ždanoka wirft zwei Fragen auf: Wer ist schuldig und was ist zu tun? Sie fragt, auf welche der beiden Fragen die Redner am ehesten antworten könnten. Sie erklärt, dass die Wissenschaftler die Antwort auf die erste Frage kennen.

Von den begleitenden Mitgliedern fragt Frau Montserrat, was die Europäische Union gemäß ihren Erwartungen für das Mar Menor tun solle. Die EU-Mittel hätten die Region erreicht. Erwarteten sie noch etwas anderes?

Herr Ros Sempere möchte die globale Verantwortung der Regionalversammlung von Murcia

hervorheben. Er habe viel von Koordination gehört, aber jeder müsse seine Pflichten erfüllen. Was die regionalen Behörden betreffe, so habe er von dem Gesetz 3/2020 gehört. Viele Organisationen hätten jedoch festgestellt, dass dieses Gesetz nicht umgesetzt worden sei. Als gesetzgebende Institution habe die Regionalversammlung von Murcia die Aufgabe, die Einhaltung des Gesetzes durch die Regionalregierung zu überwachen. Er bestätigt, dass nach zwei Jahren 80 % der Artikel weder ausgearbeitet noch umgesetzt worden seien. Er fragt, ob man die Regionalregierung auffordern werde, ihre Pflichten zu erfüllen. Er habe gehört, dass die nationale Regierung regionale Zuständigkeiten übernehmen müsse, indem sie einige öffentliche Arbeiten in ihrem Rahmenplan als von allgemeinem Interesse deklariere. Er sei der Meinung, dass es kein Patentrezept gebe, um das Problem zu lösen, da es sehr komplex sei.

Frau Rego möchte sich auf die verschiedenen Vorschläge konzentrieren, die von den regionalen Fraktionen eingebracht worden seien. Sie sei der Meinung, dass diese politische Diskussion nützlich sei, um eine Lösung für das Problem unter verschiedenen Gesichtspunkten zu finden. Dieses Thema habe viele Facetten, und eine davon sei der politische Vorschlag. Sie möchte wissen, ob das rechtliche Konzept eines Regionalparks in dieser Situation Vorteile bringen könne.

Herr Lucas Ayala bestätigt, dass sich alle Redner die Wiederherstellung des Mar Menor wünschten. Dies müsse als eine staatliche Angelegenheit betrachtet werden. Er verpflichtet sich, diesen gemeinsamen Willen der regionalen und nationalen Ebene der Sozialistischen Partei vorzulegen. Er wolle unterstützen, was die nationale Regierung tue, und fordere die regionale Regierung auf, die politische Konfrontation aufzugeben und ihre Pflichten zu erfüllen.

Herr Liarte Pedreño sagt, wenn die notwendige Lösung nicht zu einem Wahlvorteil für die Partei führe, seien sie nicht gewillt, sie zu verwirklichen. Die politischen Zuständigkeiten seien sehr kompliziert. Er bekräftigt, dass die nationale Regierung gerade erst damit begonnen habe, die illegale Bewässerung in dem Gebiet zu stoppen. Dies beweise, dass die Lösung des Problems des Mar Menor Aufgabe der nationalen Behörden und nicht der regionalen Behörden sei. Er fordert eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die den politischen Gremien Vorschläge unterbreite. Politische Einflüsse sollten in dieser Angelegenheit isoliert werden, um Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Umweltüberlegungen zu treffen. Die EU müsse einen gewissen Druck von außen auf die Situation ausüben. Jemand müsse überwachen, was die zuständigen spanischen Behörden tun und was sie nicht tun.

Herr Molina Gallardo hält es im Moment für eine Utopie, die politische Konfrontation aus diesem Problem herauszunehmen. Die politische Situation sei jetzt noch stärker polarisiert. Was das Gesetz anbelange, so habe die Regionalregierung es nicht umgesetzt. Was die EU betreffe, so müsse sie mehr exekutive Maßnahmen ergreifen, da es um einen Teil des Erbes der EU gehe.

Frau Marín Martínez ist der Meinung, dass sie nicht noch mehr Organisationen oder Bürokratie bräuchten. Seit mehr als 30 Jahren würden Gesetze und Institutionen verabschiedet und geschaffen, während das Mar Menor im Sterben liege. Es müssten andere Vorschläge auf den Tisch. Ihre Fraktion stellte mit der Schaffung eines regionalen Naturparks eine echte Lösung vor. Sie erklärt, dass sie von der EU erwarte, dass sie gehört würden und echte Lösungen, die vorgelegt worden seien, berücksichtigt würden. Dieses rechtliche Konzept sei

nützlich, um andere Gebiete zu schützen, nicht nur in der Region Murcia, sondern auch im Rest Spaniens. Sie fordern einen zwei Kilometer langen Schutzstreifen um die Lagune. Sie bekräftigt, dass das regionale Gesetz von Anfang an tot gewesen sei. Das Gesetz spreche von nachhaltiger Landwirtschaft ohne Standards und versuche, die Verschmutzung in dem Gebiet zu verbergen. Zu den Vorteilen des Regionalparks gehöre auch die wirtschaftliche Entwicklung.

Herr Álvarez García erklärt, dass eine politische Einigung nicht nur möglich, sondern für die verschiedenen regionalen Parteien auch zwingend notwendig sei. Das Problem bestehe darin, wer die Zuständigkeit für das Problem habe. Er forderte die Schaffung der Position eines Hohen Kommissars für das Mar Menor, um die verschiedenen Maßnahmen zu koordinieren. Die EU solle nicht nur durch finanzielle Mittel, sondern auch durch die Förderung der Koordination der verschiedenen beteiligten öffentlichen Verwaltungsstellen helfen.

Herr Segado Martínez bestätigt, dass eine politische Einigung notwendig und möglich sei. Verschiedene politische Parteien auf verschiedenen Verwaltungsebenen würden diese Verständigung erschweren. Er sei der Meinung, dass alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung für diese kritische Situation verantwortlich seien. Es scheine nicht so, als ob die verschiedenen Teile zum Gesamtprojekt beitragen würden. Für das Mar Menor gebe es mehr als 20 Verordnungen auf allen Ebenen. Wenn sich alle an diese Vorschriften halten würden, und zwar mithilfe des Baus der notwendigen Infrastruktur, wäre das Problem leichter zu lösen. Die EU müsse sich dem Konsens zum Schutz des Mar Menor anschließen und ihn stärken. Um einen Masterplan für die Flächennutzung zu entwickeln, seien mindestens vier oder fünf Jahre erforderlich. Durch die „Rambla del Albujón“ komme es im Sekundentakt zu Abflüssen aus dem Grundwasserleiter und durch sintflutartige Regenfälle. Diese Ereignisse könnten nicht auf die Entwicklung eines Masterplans warten. Er erwähnt auch den Zero-Waste-Plan. In Bezug auf den Regionalpark betont er, dass das rechtliche Konzept nicht erforderlich sei.

Freitag, 25. Februar 2022 (10.45 bis 12.15 Uhr)

Treffen mit Experten und Fazit

Im Namen der Delegation des Petitionsausschusses begrüßt Frau Ždanoka die Redner und stellt die Mitglieder der Delegation vor.

Zuerst ergreift Miguel Ángel Esteve, Professor für Ökologie an der Universität von Murcia, das Wort. Er weist darauf hin, dass sein Beitrag in den Unterlagen, die er dem Petitionsausschuss vor der Sitzung übermittelt habe, ausführlicher dargestellt sei. Er erklärt, dass die Lagune aufgrund ihrer geografischen Lage eng mit dem Campo de Cartagena verbunden sei. Was in diesem Gebiet geschehe, habe direkte Auswirkungen auf das Mar Menor. Er gibt eine genaue Schilderung der Umstellung von Trockenkulturen auf Bewässerungskulturen, die in den 1980er Jahren mit Tajo-Segura-Transfer begonnen habe. Die Nährstoffeinträge in die Lagune seien in dieser Zeit sehr stark angestiegen. Es gebe noch weitere Nebenprobleme und die Ableitung von Schwermetallen oder aus städtischen Abwässern. Die Hauptursache für diese Verschlechterung sei der Abfluss aus der Landwirtschaft in das Mar Menor. Wissenschaftler hätten Modelle entwickelt, um zu verstehen, was vor sich geht. Nach diesen Modellen seien 85 % der Nährstoffe, die in die

Lagune gelangen, landwirtschaftlichen Ursprungs. Er stellt die Entwicklung des landwirtschaftlichen Gebiets mit zwei Ursachen dar, dem Trajo-Segura-Transfer und der Entsalzung von Brunnenwasser. Das Gleichgewicht hätte bei 45 000 Hektar erreicht werden sollen, aber es habe 65 000 Hektar erreicht. Technologische Veränderungen hätten diesen Anstieg ermöglicht. Ab 1995 seien vermehrt Nährstoffe in das Mar Menor geflossen. Die Lagune verfüge über ihre eigenen natürlichen Schutzmechanismen, die 20 Jahre lang funktioniert hätten. Die Chlorophyllmenge in der Lagune habe immer weiter zugenommen. Dann, im Winter 2015–2016, sei es zu einer Umweltkrise und einem allgemeinen Zusammenbruch des Systems gekommen. Heute sei das Mar Menor weniger wertvoll und anfälliger. Alle ein bis zwei Jahre komme es zu einer Anoxiekrise mit toten Fischen, die von der Bevölkerung beobachtet werde. Die erforderlichen Maßnahmen seien komplex. Bisher seien Maßnahmen ergriffen worden, um die Umweltauswirkungen zu beheben. Es seien jedoch strukturelle Maßnahmen erforderlich, die an der Quelle des Problems ansetzten. Er schlägt vor, die landwirtschaftliche Fläche zu reduzieren, schließlich gebe es Grundstücke mit illegaler Bewässerung (etwa 10 000 Hektar). Außerdem schlägt er vor, die Nitrat- und Phosphatmengen auf der Bodenoberfläche zu reduzieren. Es müsse weniger Landwirtschaft und weniger Umweltverschmutzung geben. Der Campo de Cartagena solle renaturiert werden.

Francisco Javier Gilabert Cervera, Professor an der Fakultät für Chemie- und Umwelttechnik der Gruppe Ökosysteme der Polytechnischen Universität Cartagena (UPCT), geht zunächst auf den Eutrophierungsprozess ein, der im Frühjahr 2016 offensichtlich geworden sei, als das Wasser des Mar Menor aufgrund der massiven Vermehrung des Phytoplanktons grün geworden sei. Dieser Vorfall sei auf das Vorhandensein von Nährstoffen, hohe Temperaturen und einen verringerten Wasseraustausch mit dem Mittelmeer zurückzuführen gewesen. Diese Faktoren hätten zu einer Anreicherung von Nährstoffen und anderen Sedimenten in der Lagune geführt. Die erste Krise mit toten Fischen habe sich im Jahr 2019 ereignet, und zwar nach einer sehr großen Überschwemmung, die tonnenweise Abfälle und Nährstoffe sowie Süßwasser mit sich gebracht habe, wodurch die Nährstoffe im flachsten Teil der Lagune aufgeschichtet worden seien. Die Zunahme des Phytoplanktons habe zum Kollaps des Meeresbodens geführt und den Sauerstoffgehalt in diesem Bereich erhöht. Bei der zweiten Anoxie-Episode im Sommer 2021 sei das Problem durch den kontinuierlichen Wasserzufluss aus dem Grundwasserleiter und dem Oberflächenwasser entstanden. Der im Meeresboden vorhandene Schlamm habe sich gehoben und begonnen, den Sauerstoff in dem Gebiet zu eliminieren, wodurch Anoxie-Taschen entstanden seien, in denen die Fische gestorben seien. Es seien keine Maßnahmen ergriffen worden, um dies zu verhindern, und diese Episode könnte sich in naher Zukunft wiederholen. Er konzentriert sich auf zwei Hauptprobleme: den Grundwasserleiter und die Schlämme im Meeresboden. Er führt aus, dass die Zusammensetzung der Nährstoffe im Grundwasserleiter aus organischen und nicht aus anorganischen Stoffen stamme. Seiner Meinung nach seien diese aus der Zeit vor vielen Jahren. Die Schlämme im Meeresboden seien gefährlich, da ihre Anhebung eine weitere Anoxie-Episode verursachen könne. Im Jahr 2016 habe man versucht, die Schuldigen für diese Situation zu finden. Er bestätigt, dass dies der Grund dafür gewesen sei, dass die Segura Hydrographical Confederation eine Leitung für Salzlake abgebaut habe. Er erklärt, dass die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme zwar zweifelhaft sein möge, sie aber ökologisch sehr effektiv sei. Der Abbau der Entsalzungsanlagen beseitige das einzige Hindernis für den Anstieg des Grundwasserspiegels (an manchen Stellen 70 cm unter der Oberfläche). Dies verschärfe das Problem, wie im Sommer 2021 geschehen. Seiner Meinung nach würden Maßnahmen auf natürlicher Grundlage nicht ausreichen, um diese Situation zu lösen. Ein

realistischer Plan erfordere mehr Maßnahmen zur Entkopplung des Grundwasserleiters vom Mar Menor. Die politische Untätigkeit der regionalen und nationalen Behörden sei Teil des Problems. Nur politische Institutionen könnten eine Lösung herbeiführen. Er sei der Meinung, dass das Mar Menor keine weiteren Schutzkategorien oder Gerichtsverfahren benötige. Die Lagune brauche Anreize, Infrastruktur und die Einhaltung von Gesetzen. Die EU-Rechtsvorschriften seien sehr effektiv, um Verschmutzung zu verhindern, aber nicht so effektiv, um kritische Situationen zu verhindern, wenn die Ökosysteme bereits geschädigt seien. Er verwies als Beispiel darauf, dass die Lähmung der Nährstoffentnahme aus dem Grundwasserleiter ein größeres Problem verursacht habe, als das, welches es zu lösen gegolten habe.

Antonio Urbina Yeregui, Professor für Physik an der Polytechnischen Universität von Cartagena, konzentriert sich auf die wichtigsten Fragen und möchte einen Beitrag mit neuen Vorschlägen leisten. Zunächst erwähnt er die Lebenszyklusanalyse als Methode zur Bewertung der Umweltauswirkungen in der Region Mar Menor. Er verweist auf die Zunahme der Bewässerungsflächen seit dem Transfer in den 1980er Jahren. Er wolle sich auf die Realität hinter dieser Situation konzentrieren. Er spricht über den Anstieg und die Resilienz des Chlorophylls in der Lagune im Laufe der Jahre, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Er bestätigt, dass es seit 2015 zu einem Bruch des Gleichgewichts gekommen sei. Er könne die genaue Menge an Stickstoff und Kalium bewerten. Er unterscheidet zwischen der Realität auf den Satellitenbildern und der offiziellen Realität in den Katasterbüchern. Indem er sich auf die offiziellen Bewässerungsflächen und ihr Eutrophierungspotenzial konzentriert habe, habe er festgestellt, dass das Potenzial enorm sei. Dann habe er sich mit den Empfehlungen befasst. Einige Wissenschaftler seien der Ansicht, dass die in das Mar Menor eingebrachte Nitratmenge zu 80 % für das Problem verantwortlich sei, zusammen mit der städtischen Entwicklung und den Schwermetallabfällen aus den alten Minen. Dies sei unhaltbar, da die Lagune nicht mehr belastbar sei. Es sei dringend erforderlich, das Eutrophierungspotenzial der Kulturpflanzen um mindestens 10 % zu verringern, um eine Renaturierung zu ermöglichen. Darüber hinaus sei eine weitere Reduzierung um 10 % für andere Nutzungen erforderlich. Er spricht sich nachdrücklich für die Schaffung zusätzlicher Umweltschutzmaßnahmen durch die Einrichtung des Regionalparks des Mar Menor aus. Er erwähnt auch die sozioökonomischen Auswirkungen dieses Problems. Er verweist auf Alternativen wie z. B. die Agrophotovoltaik (Agri-Solar), die Anbauflächen mit erneuerbaren Solarenergien verbinden würde. Diese Einnahmen könnten den Rückgang der bewässerten Flächen ausgleichen.

Alejandro Pérez Pastor, Professor für Agrartechnik an der Polytechnischen Universität von Cartagena (UPCT), erklärt, dass er seit mehr als 25 Jahren an der Optimierung der Wassernutzung in der Landwirtschaft arbeite. Er erwähnt die EU-Projekte „Water4rever“ und „Irriman“ als Plattformen für nachhaltige Bewässerung, die in der Region Mar Menor umgesetzt worden sei. Er möchte darauf hinweisen, dass die tatsächliche Bewässerungszeit im Vergleich zu den zu bewässernden Grünflächen auf ein Minimum reduziert worden sei. Sie hätten auf Modellparzellen verschiedene Datenpunkte bezüglich der Wassermenge im Boden, seines Salzgehalts und der Bodentemperatur überwacht und gemessen. Mit mehr Daten könnten sie diese Systeme optimieren, und die Landwirte wüssten, wie lange sie die einzelnen Pflanzen bewässern sollten, um ein Versickern in tiefere Bodenschichten zu verhindern. Mit diesem Modell könne der Wasserverbrauch um 20 % gesenkt werden, was auch den Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation entspreche. Er betont, dass diese Methode die Versickerung von Wasser in den Boden verhindere, die bis

30 cm nicht nachweisbar sei. Das Wasser werde erfolgreich von den Pflanzen absorbiert und dringe nicht in den Boden ein. Ihm zufolge seien 95 % der Bewässerungssysteme in der Region Murcia mit diesen Systemen ausgestattet. Er bekräftigt, dass die EU-Gesetzgebung die Wasser- und Nährstoffzufuhr in den letzten Jahren eingeschränkt habe und die Landwirte in Murcia sich an die entsprechenden Vorschriften gehalten hätten. Die Landwirte bräuchten Wasser von guter Qualität, sonst sei der Produktivitätsrückgang enorm. Technologie helfe, die Aufnahme von Nährstoffen zu verhindern. Er betont, dass die Landwirte mit der derzeitigen Technologie bis zu 30 % des Wasserverbrauchs nach internationalen Standards einsparen könnten. Er ist der Ansicht, dass Trockenfeldbau nicht besser für den Umweltschutz sei als Bewässerungsfeldbau.

Angel Faz Cano, Universitätsprofessor an der Polytechnischen Universität von Cartagena, Koordinator der Doktorarbeit mit dem Titel „Technology and Modelling in Civil, Mining and Environmental Engineering“ und Hauptprüfer, konzentriert sich auf andere wirtschaftliche Aktivitäten in der Region des Mar Menor. Er erwähnt die Viehzucht, die räumlich sehr stark konzentriert sei. Das größte Problem seien die Ausschlagbecken, die sowohl auf natürliche als auch auf künstliche Weise abgedichtet werden müssten, um eine Versickerung zu verhindern. Er stellt eine Methodik für die Arbeit in diesem Bereich mit einer detaillierten Präsentation vor. Die Technologie werde eingesetzt, um den Boden bis zu einer Tiefe von 15 m vor jeglichen Umweltschäden zu schützen. Da das Ausschlagbecken nicht ausreichend abgedichtet sei, empfahl er die Installation eines Piezometers in 10–15 m Tiefe hinter dem Becken und eine jährliche Sickerwasserkontrolle dieses Piezometers.

Herr Ginés Luengo Gil, Dekan des offiziellen Biologenkollegiums der Region Murcia, erklärt, dass das Biologenkollegium anlässlich der Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Probleme des Mar Menor im Jahr 2019 lösen sollte, 58 Maßnahmen vorbereitet habe, die für dieses Gesetz in Erwägung gezogen werden sollten. Leider sei keine einzige von ihnen in dem schließlich verabschiedeten Gesetz berücksichtigt worden, weder in dem von der regionalen Exekutive vorgeschlagenen noch in dem von der Regionalversammlung endgültig verabschiedeten Gesetz. Er wolle die Initiativen der Generaldirektion des Mar Menor unterstützen. Sie seien der Ansicht, dass das Problem des Mar Menor ein Umweltproblem sei, das nicht ausschließlich mit der landwirtschaftlichen, städtischen oder touristischen Planung zusammenhänge. Er sei der Meinung, dass diese wirtschaftlichen Aktivitäten ein wichtiger Teil der Ursachen für die derzeitige Situation des Mar Menor seien, während es sich um Wirtschaftszweige handle, die ebenfalls davon betroffen seien, als ob es sich um zwei Seiten derselben Medaille handle. Er bekräftigt, dass die Ursachen für die Umweltverschlechterung des Mar Menor eine ganz klare Quelle hätten: die übermäßige Ausbeutung des natürlichen Erbes, insbesondere die intensive Landwirtschaft und die unkontrollierte Stadtentwicklung. Die Philosophie des neuen Gesetzes hätte auf naturnahen Lösungen und der Renaturierung der Lagunenumwelt als Eckpfeiler beruhen sollen, mit dem letztendlichen Ziel, nachhaltigere und widerstandsfähigere Ökosysteme und Gesellschaften zu erreichen. Der Ansatz sei jedoch nicht nur unzureichend, sondern es seien auch Maßnahmen vorgeschlagen worden, die zwar eine vorübergehende Lösung für das schwerwiegendste Problem, nämlich die Nährstoffzufuhr aus dem Grundwasserleiter, darstellten, aber die schwerwiegenden Beeinträchtigungen, die zu dieser Situation geführt hätten, nicht beheben würden. Es sei dringend notwendig, einen großen Teil der angrenzenden terrestrischen Ökosysteme, die durch die intensive Landwirtschaft zerstört worden seien, wiederherzustellen und das Wachstum der Städte in diesem Gebiet vollständig zu stoppen, um eine weitere Verschärfung des Problems zu verhindern. Er spricht sich für naturnahe Lösungen aus und nicht für solche, mit denen

versucht würde, ein Problem provisorisch zu flicken, das alle Ökosysteme in dem Gebiet betreffe. Die gesetzgeberischen Initiativen müssten viel intensiver sein als bisher.

Alfredo Pérez-Morales, außerordentlicher Professor an der Fakultät für Humangeographie der Universität Murcia (UM), konzentriert sich auf die Bodennutzungsplanung. Er erklärt, dass die Behörden in der Region Murcia bis zu sieben Rechtsinstrumente zur Bodennutzungsplanung entwickelt hätten. Er erklärt, er sei persönlich beschämt über die kritische Situation im Mar Menor. Er nennt den Tajo-Segura-Transfer als erste Maßnahme, die in diesem Gebiet deutliche Auswirkungen gehabt habe. Darauf sei das Gesetz über das Mar Menor von 1987 gefolgt. Die Gemeinden seien die öffentlichen Verwaltungsorgane, die sich diesem Gesetz widersetzen. Ein ehrgeizigeres Umweltgesetz sei 1992 verabschiedet worden, jedoch ebenfalls an den spekulativen Interessen gescheitert. 1995 sei ein neues Gesetz verabschiedet worden, in dem alle Aspekte des Umweltschutzes für die Region Murcia enthalten gewesen seien, aber auch dieses habe nicht die erforderlichen Ergebnisse gebracht. In diesen Jahren sei es zu einer verstärkten Entwicklung der bewässerten Flächen gekommen. Dann spricht er von einem zweiten Zyklus, der mit dem Gesetz von 2001 begonnen habe. Die regionalen und lokalen Behörden hätten über mehr Erfahrung verfügt und versucht, die Bodennutzungspolitik für verschiedene sozioökonomische Bereiche zu kombinieren. Neue Gesetze in den Jahren 2005 und 2015 hätten nicht verhindern können, dass es im Mar Menor zu kritischen Überschwemmungen und Anoxie gekommen sei. Er bestätigt, dass es im Laufe der Jahre keinen Unterschied zwischen dem Baurhythmus in Überschwemmungsgebieten und in Trockengebieten gegeben habe. Diese Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bodennutzungsplanung hätten kritische Folgen gehabt, wie z. B. den Verlust der biologischen Vielfalt und wirtschaftliche Schäden durch Überschwemmungen.

Julia Martínez Fernández, Professorin für Biologie und technische Direktorin der Stiftung Neue Wasserkultur, weist auf die Tatsache hin, dass es einige Interpretationen gebe, nach denen die Lagune Mar Menor nicht eutrophiert sei. Sie erklärt, dass einige Leute fälschlicherweise behaupten würden, dass die Hauptursache für die Verschlechterung des Mar Menor nicht in dem Überschuss an Nährstoffen landwirtschaftlichen Ursprungs zu suchen sei, die in die Lagune gelangten. Auf jeden Fall werde mit diesen Interpretationen behauptet, dass die Hauptquelle der Nährstoffströme, die in die Lagune gelangten, die Verunreinigungen seien, die sich im Grundwasserleiter des Quartärs angesammelt hätten. Diese Verunreinigungen wären daher ein Erbe vergangener Tätigkeiten und nicht eine direkte Folge der derzeitigen landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Angesichts solcher Interpretationen verteidigt sie jedoch die Erkenntnis auf der Grundlage zahlreicher wissenschaftlicher Berichte, dass das Mar Menor eutrophiert sei. Es leide unter einem Überschuss an Nährstoffen. Dies habe dazu geführt, dass sich das Mar Menor seit 2016 extrem verschlechtere habe, unter anderem durch ein Massensterben in den Jahren 2016, 2019 und 2021. Die Hauptquelle für diese Nährstoffe, die in die Lagune gelangten, seien intensive landwirtschaftliche Aktivitäten (Landwirtschafts- und Viehzuchtbetriebe) in Campo de Cartagena. Im Falle von Stickstoff sei die Hauptquelle landwirtschaftlicher Dünger aus dem Anbau von Pflanzen. Außerdem würden die Nährstoffströme hauptsächlich über die Oberfläche in die Lagune gelangen und seien daher auf die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Aktivitäten zurückzuführen und nicht so sehr auf die Verschmutzung durch frühere Aktivitäten, die sich im Grundwasserleiter aus dem Quartär angesammelt hätten. Sie verteidigt, dass in verschiedenen Studien aufgezeigt worden sei, dass die Oberflächenwasserströme bis zu fünfmal höher seien als die unterirdischen Wasserströme. Der Nährstoffgehalt im Campo de Cartagena sei in den letzten Jahren nicht zurückgegangen.

Frau Ždanoka dankt den Rednern im Namen des Petitionsausschusses für ihre Ausführungen, und obwohl die Zeit für Fragen und Antworten nicht ausreichend gewesen sei, freue sie sich über die wissenschaftlich fundierten Beiträge und die Tatsache, dass es neben vielen negativen Schlussfolgerungen auch einige positive und konstruktive Vorschläge gegeben habe.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Schlussfolgerungen

Der Informationsbesuch zum Mar Menor hat der Delegation gezeigt, dass dieses vielschichtige Problem umfassende Maßnahmen aller zuständigen Behörden erfordert. Die Komplexität und Dramatik der Umweltsituation der Lagune zeigt, dass alle nationalen, regionalen und lokalen Akteure umgehend und koordiniert handeln müssen, um eine weitere Verschlechterung des Zustands des Ökosystems und eine weitere Eutrophierung und einen zu niedrigen Sauerstoffgehalt zu verhindern und für die Wiederherstellung der Lagune zu sorgen. Gleichzeitig machte der Besuch deutlich, dass die Kommission mit Blick auf die (Nicht-)Einhaltung des Umweltrechts der EU handeln muss, indem sie alle verfügbaren Instrumente einsetzt und die unverzügliche Wiedergutmachung aller Verstöße einfordert, um irreparablen Schäden vorzubeugen.

Nach Ansicht der meisten Experten ist das Mar Menor nach wie vor zu einer gewissen Selbstregulierung imstande, was darauf hoffen lässt, dass es seine ökologische Integrität wiederherstellen kann, wenn die Behörden richtig und schnell handeln.

Die ergriffenen Maßnahmen müssen in eine umfassende Strategie eingebettet sein, die kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen umfasst, damit eine wesentliche Verbesserung des derzeitigen Zustands und ein umfassender Schutz für die Zukunft der Lagune und aller betroffenen Wirtschaftsakteure sichergestellt sind.

Das Hauptproblem ist zwar ein Umweltproblem, sodass mit den ergriffenen Maßnahmen zunächst die schwere Schädigung des Mar Menor angegangen werden muss, es sind jedoch auch weitere relevante soziale und ökonomische Faktoren im Spiel, denen ernsthaft Rechnung getragen werden muss.

Die landwirtschaftliche, städtische und touristische Nutzung in dem Gebiet muss überwacht werden. Für diese Wirtschaftszweige muss es eine entsprechende Gebietseinteilung geben, und es bedarf gut durchdachter und strenger Regulierungsmaßnahmen. Mit diesen Maßnahmen und der erforderlichen Infrastruktur sollte es möglich sein, primäre produktive Tätigkeiten – vor allem Landwirtschaft und Fischerei mit tertiären Tätigkeiten wie naturbasiertem Tourismus – auf einem Niveau zu erhalten, das nachhaltig und mit der Erholung der Lagune vereinbar ist, und die ökologische Integrität des Ökosystems im Rahmen des blauen Wachstums und des Grünen Deals zu schützen. Ohne umfassende Maßnahmen, deren Wirksamkeit für die Wiederherstellung der Lagune durch wissenschaftliche Studien belegt ist, wird keines dieser Ziele – zumindest nicht in der gewünschten Qualität – erreicht.

In jüngster Zeit wurden auf nationaler und regionaler Ebene umfassendere Rahmenmaßnahmen und Verwaltungsstrategien zum Schutz des Mar Menor verabschiedet. Es wurde zwar eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die Umsetzung steht jedoch in einigen Fällen noch aus und in anderen mangelt es an Koordination, sodass nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen miteinander vereinbar sind, weshalb es unabdingbar ist, dass diese Beschlüsse ordnungsgemäß und rasch umgesetzt werden, damit die Forderungen der Einwohner der Region Murcia erfüllt werden und das EU-Recht eingehalten wird. Es bedarf somit konkreter, abgestimmter und sofortiger Maßnahmen, damit die größten Probleme im

Zusammenhang mit der Schädigung des Mar Menor gelöst werden. Darüber hinaus müssen eine wirksame und konstruktive Zusammenarbeit, Abstimmung und der Austausch von Informationen zwischen den Verwaltungsbehörden auf verschiedenen Ebenen im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Wiederherstellung des Ökosystems der Lagune stehen.

Schließlich begrüßt die Delegation die Bürgerinitiative, die zum Ziel hatte, dem Mar Menor Rechtspersönlichkeit zu verleihen, und die Verabschiedung eines diesbezüglichen Rechtsakts, der es Bürgern und juristischen Personen ermöglicht, ihre Rechte vor Gericht geltend zu machen, sowie die rechtliche Vertretung der und Vormundschaft über die Lagune, die durch eine Instanz ausgeübt werden, welche sich aus Vertretern öffentlicher Verwaltungen, Universitätsangehörigen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftszentren und Einwohnern lokaler Gemeinden zusammensetzt.

Empfehlungen

Maßnahmen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene

Das Europäische Parlament und insbesondere der Petitionsausschuss respektieren uneingeschränkt die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Union, die nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung besagt, dass die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr von den Mitgliedstaaten in den Verträgen zugewiesenen Zuständigkeiten handelt, um die dort festgelegten Ziele zu erreichen.

Auf der Grundlage dieses Informationsbesuchs werden die folgenden Empfehlungen an die zuständigen spanischen Behörden ausgesprochen:

1. Die zuständigen spanischen Behörden werden eindringlich aufgefordert, grundsätzlich alle für das Mar Menor geltenden EU-Umweltvorschriften sowie regionalen, nationalen und internationalen Vorschriften einzuhalten und insbesondere unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Nitrat-Richtlinie und die Habitat-Richtlinie eingehalten werden, insbesondere Artikel 6 Absatz 2 (keine Verschlechterung) und Artikel 6 Absatz 3 (Folgenabschätzung von Tätigkeiten, die an die besonderen Schutzgebiete des Mar Menor angrenzen) der Habitat-Richtlinie, wobei zu beachten ist, dass die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien und andere Mitgliedstaaten eingeleitet hat.
2. Die zuständigen spanischen Behörden sollen ihre Bemühungen fortsetzen, gegen die illegale Wasserentnahme, die landwirtschaftlichen Umstrukturierungen, die Viehzuchtbetriebe ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und die verschmutzenden Leckagen aus den umliegenden landwirtschaftlichen Flächen vorzugehen, um die Wasserrahmenrichtlinie im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals einzuhalten.
3. Die zuständigen spanischen Behörden werden verpflichtet, die Abwassereinleitungen aus der Landwirtschaft und der Viehzucht in das Mar Menor zu unterbinden, und zwar durch die Umsetzung folgender spezifischer Maßnahmen:
 - Beseitigung aller illegal bewässerten landwirtschaftlichen Flächen, um sie an die tatsächliche und legale Wasserverfügbarkeit anzupassen,

- Förderung der Umstellung auf nachhaltige Landwirtschaft, Wiederherstellung der Böden, Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und Verhinderung von Schäden durch eine unsachgemäße Wasserbewirtschaftung,
 - Optimierung des Einsatzes agrochemischer Mittel in Form von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln,
 - Verstärkung der Überwachungssysteme, um die direkte oder diffuse Wasserverschmutzung durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen zu verringern,
 - Überwachung der Intensivtierhaltung, um die Praktiken mit den Umwelt- und Pflanzenschutzvorschriften in Einklang zu bringen, Verbesserung der Kontrollsysteme für die Bedingungen in der Tierhaltung, wobei insbesondere Kreisläufe für die Eliminierung sowie die Behandlung von Purinen und die Ableitung von Abfällen aller Art erforderlich sind,
 - Förderung der Sammlung von Sickerwasser aus der Landwirtschaft und Einrichtung von Kreislaufsystemen zur Rückführung von aufbereitetem Wasser zur Wiederverwendung auf den Feldern nach einer speziellen Behandlung zur Entfernung von Nitraten und Phosphaten,
 - Wiederherstellung der traditionellen Landschaft durch die Schaffung wirksamer natürlicher Pflanzenbarrieren mit einheimischen Pflanzen und Grüngürteln zur Wiederherstellung der Bodengesundheit und zur Erhöhung der Artenvielfalt sowie durch die Verwendung terrassenförmig angelegter Steine, Feuchtgebiete und Sträucher, die überschüssiges Wasser aus Bewässerung und Regen zurückhalten, Nährstoffe eliminieren, Wasserabflüsse absorbieren und Erosion verhindern,
 - Anwendung naturbasierter Lösungen in den landwirtschaftlichen Gebieten des Mar-Menor-Beckens durch die Schaffung natürlicher Vegetationsflächen und das Anlegen grüner Hecken und die Wiederherstellung von Feuchtgebieten in der Nähe des Lagunenufers, um die Fähigkeit des Beckens zur Speicherung und Eliminierung von Nährstoffen, zur Absorption von Wasserabflüssen und zur Verhinderung von Erosion bei großen Regenfällen zu erhöhen.
4. Die zuständigen spanischen Behörden werden aufgefordert, der Verschmutzung durch Schwermetalle im Bergbaugebiet ein Ende zu setzen, indem sie folgende Maßnahmen ergreifen:
- stabile und nachhaltige Versiegelung der durch die Bergbautätigkeiten in der Sierra de La Unión entstandenen Becken und Schächte, da ihre Ableitungen das Mar Menor verschmutzen,
 - Wiederherstellung der Bergbaulandschaft, um kontaminiertes Erdreich und kontaminierte Abwässer aufzufangen und zurückzuhalten,
 - Wiederherstellung und Sanierung von Gebieten mit schwer geschädigten und verschmutzten Böden,
 - Überwachung des Bleigehalts im Blut der Bewohner des Gebiets, wobei die Kontrolle nicht auf Blei zu beschränken ist, sondern auch andere Schwermetalle einzubeziehen sind.
5. Die zuständigen spanischen Behörden werden nachdrücklich aufgefordert, den städtischen Abwassereinleitungen und -austritten ein Ende zu setzen, indem sie folgende Maßnahmen entwickeln:

- Verbesserung, , Überprüfung und Überwachung des Abwassernetzes der Küstenstädte sowie Modernisierung oder Ersatz der veralteten und/oder verfallenen Abschnitte,
 - Sammlung und Aufbereitung von Regenwasser, um es vom Abwassersystem zu trennen und einem Wiederverwendungskreislauf zuzuführen,
 - Modernisierung von Kläranlagen und Bau weiterer Kläranlagen, wo sie benötigt werden,
 - Anpassung des Kanalisations- und Abwassernetzes an die für diese Region charakteristischen Bevölkerungsschwankungen,
 - Anwendung von Maßnahmen in Bezug auf nachhaltige Entwässerungssysteme in städtischen Gebieten, wie z. B. durchlässige Böden, Regengärten und die Vergrößerung von Grünflächen, um den Abfluss bei starken Niederschlägen und seine verschmutzende Wirkung zu verringern und den Klima- und Umweltkomfort in städtischen Gebieten zu verbessern.
6. Die zuständigen spanischen Behörden werden ersucht, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Überschwemmungen und das Auffüllen des Mar Menor aufgrund von Abflüssen oder sintflutartigen Regenfällen zu verhindern, einschließlich folgender Maßnahmen:
- Schaffung einer grünen Infrastruktur, wie z. B. eines Grüngürtels um die Küstenlagune mit schützender einheimischer Vegetation auf der Grundlage von Biodiversität und Pflanzenschutz,
 - Anlegung pflanzlicher Barrieren entlang von Wadis und anderen Infrastrukturen, die als ökologische Korridore fungieren können, und Verbreiterung der Anpflanzungen in den am stärksten überschwemmten Gebieten,
 - Wiederherstellung des natürlichen Entwässerungsnetzes, um das ökologische Gleichgewicht der Lagune wiederherzustellen,
 - Erneuerung des Antriebssystems der Rambla del Albuñón mit den erforderlichen Entsalzungs- und Denitrifikationsanlagen, da das durch diese Pumpe aufgefangene Wasser derzeit weder für die Bewässerung geeignet ist, noch in das Mittelmeer eingeleitet werden kann, weil es aufgrund seiner hohen Nitratkonzentration nicht den Umweltauforderungen entspricht,
 - Wiederherstellung des ursprünglichen Verlaufs und der Funktionsfähigkeit der zeitweilig aussetzenden Wasserläufe und der verschiedenen öffentlichen Gewässer, Schaffung von Mäandern, wo die Strömung intensiver ist, um die Geschwindigkeit des Wassers zu verlangsamen, und Wiederherstellung und Einrichtung von Feuchtgebieten, vor allem im Oberlauf, um das Wasser für die Nutzung zu sammeln und den Abfluss in das Mar Menor zu dämpfen,
 - Schutz der Einzigartigkeit des Gebiets des Mar-Menor-Beckens, um die Bereitstellung von Mitteln für das Mar Menor, seine Landschaft und sein Kulturerbe zu erhalten,
 - Wiederherstellung der Rambla del Albuñón, Wiederherstellung natürlicher Feuchtgebiete, die derzeit in bewässerte landwirtschaftliche Flächen umgewandelt werden, um die Fähigkeit der trockenen zeitweilig aussetzenden Wasserläufe zur Rückhaltung und Eliminierung von Nitraten wiederherzustellen.

7. Die zuständigen spanischen Behörden werden aufgefordert, die Entwicklung der städtischen und zivilen Infrastruktur durch folgende Maßnahmen zu überwachen:
- Überwachung der allgemeinen Stadtplanung der Städte und Gemeinden im Einzugsgebiet des Mar Menor im Hinblick auf die Einhaltung der Umweltvorschriften,
 - Ausarbeitung, Genehmigung und Umsetzung des Flächennutzungsplans für das Einzugsgebiet an der Küste des Mar Menor gemäß dem Gesetz über den Schutz des Mar Menor, das im Juli 2020 von der Regionalversammlung von Murcia verabschiedet wurde,
 - Überprüfung der Kläranlagen in allen Städten des Mar Menor, die in die Lagune einleiten, und Festlegung der von den lokalen und regionalen Behörden zu ergreifenden sofortigen und mittelfristigen Maßnahmen,
 - ordnungsgemäße Überwachung der Bauarbeiten und genehmigungspflichtigen Tätigkeiten,
 - Sanktionierung aller illegalen Aktivitäten und Bauvorhaben durch Förderung der Wiederherstellung der Legalität und der Wiederherstellung beschädigter Räume,
 - Anpassung einer integralen Stadtplanung der Gemeinden der Region Campo de Cartagena an die Festlegungen, die im Flächennutzungsplan für das Einzugsgebiet des Mar Menor genehmigt wurden,
 - Einstellung des Baus unangemessener und übermäßiger Infrastruktureinrichtungen und Verhinderung, Analyse und Beseitigung der Auswirkungen der auf der Ostseite von La Manga errichteten Infrastruktur, die möglicherweise den natürlichen Austausch zwischen dem Mar Menor und dem Mittelmeer verhindert.
8. Die zuständigen spanischen Behörden werden nachdrücklich aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen für die direkte Nutzung oder Ausbeutung des Mar Menor zu ergreifen, insbesondere folgende Maßnahmen:
- Regulierung der Schifffahrt durch einen spezifischen Plan für die nautische Nutzung und nautische Tätigkeiten im Mar Menor,
 - Umsetzung von Rechtsvorschriften, mit denen die Regeneration der Arten der Fauna dieses Meeres (insbesondere derjenigen, die vom Aussterben bedroht sind) sowie die Kontrolle, Überwachung und Beseitigung von invasiven Arten ermöglicht werden,
 - Verhinderung und Kontrolle des unsachgemäßen Ankerns von Schiffen, das den Meeresboden beschädigt,
 - Überwachung und Bestrafung der Fischerei ohne Fanglizenz mit Bußgeldern,
 - Wiederherstellung der Dünensysteme von La Manga,
 - Beschränkung des Einsatzes von Maschinen, die den Meeresboden beschädigen.
9. Die zuständigen spanischen Behörden werden aufgefordert, in Bezug auf den Grundwasserleiter dringend folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- Verbesserung der Qualität des Grundwasserleiters im Einklang mit der Erklärung der spanischen Regierung vom Juli 2020, dass die Gefahr bestehe, dass kein guter chemischer Zustand erreicht werde, was den Erlass einer Reihe von Maßnahmen

- zur Verringerung der Verschmutzung des Grundwasserkörpers voraussetzt,
- Verringerung der Düngemittelbelastung im Wassereinzugsgebiet,
- Prüfung der Möglichkeit, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Mechanismen zur Verringerung des Wasserzuflusses in den Grundwasserleiter und zum Ausgleich mit dem Wasser aus dem Mar Menor zu schaffen,
- Förderung der nachhaltigen Entnahme von Wasser aus dem Grundwasserleiter zur Rückgewinnung und Wiederverwendung von Wasser, ohne dass die Gesamtressourcen für die verschiedenen Wassernutzer oder neue Bewässerungsgebiete erhöht werden oder die Zahl oder Größe der Viehzuchtbetriebe zunimmt,
- Schaffung einer Infrastruktur, die eine nachhaltige Grundwasserentnahme mit einem ganzheitlichen und integrierten Ansatz ermöglicht,
- Verringerung der Düngemittelbelastung im Einzugsgebiet durch die Festlegung strengerer Grenzwerte und wirksamerer verbindlicher bewährter landwirtschaftlicher Verfahren zur Verringerung der Nährstoffauswaschung,
- Untersuchung, wie der Austausch zwischen dem Mittelmeer und dem Mar Menor durch menschliches Handeln verändert wurde und wie er sich auf die Lagune auswirkt, um die am besten geeigneten Maßnahmen in dieser Hinsicht zu ermitteln, und Untersuchung der Auswirkungen von Wassersport und Jachthäfen innerhalb und in unmittelbarer Nähe von Mar Menor auf die Verschlechterung seines Zustands und Durchführung entsprechender Messungen,
- Verbot der Einschleppung von Organismen sowie von organischen und anorganischen Stoffen, die das biologische Erbe des Mar Menor nachhaltig verändern könnten.

10. Die zuständigen spanischen Behörden werden nachdrücklich aufgefordert, eine gemeinsame Grundlage zu finden, um auf institutioneller Ebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Umwandlung des bestehenden institutionsübergreifenden wissenschaftlichen Ausschusses zum Schutz des Mar Menor in ein wirklich unabhängiges und autonomes Gremium, das auf wissenschaftlicher Grundlage die verschiedenen öffentlichen Verwaltungsorgane hinsichtlich der Prioritäten und der zu ergreifenden Maßnahmen zum Schutz der Lagune beraten kann,
- Verpflichtung dazu, dafür zu sorgen, dass geteilte oder sich überschneidende Zuständigkeiten dem Gemeinwohl und der Erholung des Mar Menor Vorrang geben und nicht zu Untätigkeit führen,
- Entwicklung, Einführung und Umsetzung der Maßnahmen, die im Gesetz über das Mar Menor vorgesehen sind, das von der Regionalversammlung von Murcia im Juli 2020 verabschiedet wurde,
- Koordination zwischen den öffentlichen Verwaltungsorganen der verschiedenen Ebenen, um alle wirtschaftlichen Ressourcen, die für die Wiederherstellung der Lagune eingesetzt werden, so effizient wie möglich zu nutzen und unnötigen Überschneidungen, widersprüchlichen Maßnahmen oder vergessenen Wirtschaftszweigen aufgrund unterschiedlicher Entscheidungsebenen entgegenzuwirken,
- Weiterverfolgung, Erleichterung, Schutz und Ausarbeitung der Gesetzesinitiative zur Verleihung der Rechtspersönlichkeit für das Mar Menor,

- Umsetzung und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, mit denen dem Mar Menor und seinem Einzugsgebiet der Status einer Rechtspersönlichkeit zuerkannt wird, und Anerkennung des Rechts des Mar Menor auf Existenz und natürliche Entwicklung sowie seines Rechts auf Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung,
- unverzügliche Erfüllung der in der regionalen Gesetzgebung festgelegten Verpflichtungen zum Schutz des Mar Menor, insbesondere die Einrichtung des Mar-Menor-Rates zur Einbeziehung der Gesellschaft und des wissenschaftlichen Beirats,
- Mobilisierung aller notwendigen Ressourcen für das bevorstehende und sofortige Inkrafttreten des Gesetzes zur Anerkennung der Rechtspersönlichkeit und der Rechte der Lagune Mar Menor und ihres Einzugsgebiets.

Maßnahmen im Zusammenhang mit EU-Richtlinien

Die folgenden Empfehlungen werden auch an die EU-Organe gerichtet:

11. Die Kommission wird aufgefordert, weiterhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen der spanischen Behörden in vollem Umfang mit der Nitratrichtlinie in Einklang stehen, insbesondere in Bezug auf das Gebiet des Mar Menor und im Hinblick auf ihren Beschluss vom 2. Dezember 2021, Spanien vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, weil das Land keine ausreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Verunreinigung durch Nitrat ergriffen hat.
12. Die Kommission wird eindringlich aufgefordert, den nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei der Bewältigung der Schwachstellen in der Umsetzung des EU-Rechts und insbesondere der Nitratrichtlinie sowie der Habitat-Richtlinie zur Seite zu stehen, da die Kommission bereits ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien eingeleitet hat. Die Kommission wird in Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit des Mar Menor aufgefordert, unverzüglich tätig zu werden und zu fordern, dass umgehend Abhilfe geschaffen wird.
13. Die Kommission wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das Verursacherprinzip, das als Richtschnur für die Umweltpolitik der EU dient, auf den verschiedenen Verwaltungs- und Zuständigkeitsebenen angewandt wird.
14. Die Kommission wird aufgefordert, die spanischen Behörden mit Blick auf die Wasserrahmenrichtlinie darin zu bestärken, weiterhin gegen illegale Wasserentnahmen und Verschmutzungen durch die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen vorzugehen, um den Zustand der Lagune zu verbessern, und zwar insbesondere in Bezug auf die Entnahmen und Austritte, die den Nitratgehalt im quartären Grundwasserleiter des Mar Menor durch Bewässerung weiter erhöhen, da dies mit Abstand der wesentlichste Faktor für die Schädigung des Mar Menor ist.
15. Die Europäische Kommission wird nachdrücklich aufgefordert, zu überwachen, ob die spanischen Behörden ausreichend detaillierte und quantifizierte Ziele für die Erhaltung der Lagune festlegen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um der Habitat-Richtlinie und dem Naturschutz im Gebiet des Mar Menor gerecht zu werden.

16. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit den spanischen Behörden weiterhin finanzielle Mittel für die Erhaltung und Wiederherstellung des Mar Menor über die verschiedenen Investitions- und Entwicklungsfonds zur Verfügung zu stellen,
17. Die Kommission wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Zuweisung von EU-Mitteln auf wissenschaftlich fundierten Maßnahmen beruht, und darauf zu achten, dass die Mittel bei von der EU finanzierten Projekten korrekt ausgegeben werden. Die Kommission wird in diesem Zusammenhang ferner aufgefordert, die Anpassung der GAP-Mittel und der Beihilfen für die Organisationen der Obst- und Gemüseerzeuger zu berücksichtigen, um den Übergang zu einer weniger umweltbelastenden, sondern umweltfreundlicheren Landwirtschaft zu unterstützen und zu verhindern, dass diese Mittel Unternehmen zugutekommen, die Landwirtschafts- oder Viehzuchtverfahren anwenden, die die Ursache für die Verschmutzung des Mar Menor sind.
18. Der Haushaltskontrollausschuss wird aufgefordert, den Anschuldigungen – die während der Reise mehrfach ausführlich dargelegt wurden – des potenziellen Missbrauchs von EU-Geldern für Projekte in der Gegend, die zur weiteren Verschlechterung des Zustands des Mar Menor beigetragen haben, nachzugehen.
19. Die Europäische Union wird mit Nachdruck dazu aufgefordert, den öffentlichen Ankauf von Produkten aus ökologischem Landbau zu fördern, damit diese auf den Speiseplänen von Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern und Wohnheimen sowie in Lebensmittelbanken angeboten werden.
20. Die Europäische Union wird aufgefordert, die Stichprobenkontrollen für die europäischen Fonds (Landwirtschaft, Viehzucht, Aquakultur und Umwelt) auszuweiten.
21. Es wird gefordert, dass die Strafen für die Nichteinhaltung der europäischen Umweltvorschriften, insbesondere der Vorschriften über die Verschmutzung durch Nitrat, direkt von denjenigen gezahlt werden, die für das Handeln oder Unterlassen verantwortlich sind.
22. Es wird die Ernennung eines auf Umweltfragen spezialisierten EU-Staatsanwalts durch eine Erweiterung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft gefordert.
23. Es wird zum Erreichen des Ziels der Nullableitung durch die Einhaltung der Vorschriften zum Schutz des Ökosystems, zur Nutzung der Natur selbst (z. B. durch grüne Infrastrukturen), zur Förderung der nachhaltigen Wirtschaft und der Kreislaufwirtschaft, den umweltfreundlichen Gesundheitstourismus und zur Umsetzung der Rechtspersönlichkeit der Küstenlagune und ihres Einzugsgebiets aufgefordert.
24. Durch die Verwendung europäischer Mittel wird die Sammlung und Zerkleinerung von Baumschnittresten zur späteren Wiederverwendung im Boden gefördert, um illegales Verbrennen zu verhindern.

In Bezug auf die Petitionen:

Empfehlung:

25. Die Prüfung der Petitionen Nr. 0886/2016, Nr. 1168/2016, Nr. 1095/2018, Nr. 1059/2019, Nr. 1331/2019 und Nr. 0756/2020 sollte noch nicht abgeschlossen werden.
26. Der Petitionsausschuss wird sich innerhalb einer angemessenen Frist erneut mit der Angelegenheit befassen, um die Fortschritte zu bewerten, und die Maßnahmen zur Behebung des schlechten Zustands der Lagune gemeinsam mit den nationalen und regionalen Behörden Spaniens und der Kommission verfolgen.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	25.10.2022
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 23 -: 2 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alex Agius Saliba, Marc Angel, Margrete Auken, Alexander Bernhuber, Tamás Deutsch, Francesca Donato, Agnès Evren, Gheorghe Falcă, Ibán García Del Blanco, Peter Jahr, Radan Kanev, Cristina Maestre Martín De Almagro, Ana Miranda, Dolors Montserrat, Emil Radev, Sira Rego, Yana Toom, Loránt Vincze, Michal Wiezik, Tatjana Ždanoka, Kosma Złotowski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Karolin Braunsberger-Reinhold, Angel Dzhambazki, Maite Pagazaurtundúa, Anne-Sophie Pelletier, Stefania Zambelli
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Pietro Bartolo, Eider Gardiazabal Rubial, Marcos Ros Sempere

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS

23	+
NI	Tamás Deutsch, Francesca Donato
PPE	Alexander Bernhuber, Karolin Braunsberger-Reinhold, Agnès Evren, Gheorghe Falcă, Peter Jahr, Radan Kanev, Dolors Montserrat, Emil Radev, Loránt Vincze
Renew	Maite Pagazaurtundúa, Yana Toom, Michal Wiezik
S&D	Alex Agius Saliba, Marc Angel, Pietro Bartolo, Ibán García Del Blanco, Eider Gardiazabal Rubial, Cristina Maestre Martín De Almagro, Marcos Ros Sempere
Verts/ALE	Margrete Auken, Ana Miranda

2	-
ECR	Angel Dzhambazki, Kosma Zlotowski

4	0
ID	Stefania Zambelli
NI	Tatjana Ždanoka
The Left	Anne-Sophie Pelletier, Sira Rego

Berichtigungen des Stimmverhaltens	
+	Tatjana Ždanoka
0	

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung